

**Stenographischer Bericht**  
über die  
**75. Sitzung des Landtages Rheinland-Pfalz**  
im Landtagsgebäude zu Mainz  
am 21. März 1955

**Tagesordnung:**

Seite

- 1. Zweite und dritte Beratung eines Landesgesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1955**  
- Drucksache II/990 -

Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/1039 -  
Änderungsanträge des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksachen  
II/1040/1041/1042/1043/1044/1045/1046/1047/1048/1049/1050/1054/1055/1056/1057 -

**Beratung der Einzelpläne in zweiter Lesung**

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -** 2530

Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/1041 -  
Berichtersteller: Abg. Schmidt

*Drucksache II/1041 in zweiter Beratung angenommen* 2549

*Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - in zweiter Beratung  
angenommen* 2549

Dazu:

**Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache II/1060 -** 2534

*Abgelehnt* 2549

**Einzelplan 03 - Ministerium des Innern -** 2549

Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/1042 -  
Berichtersteller: Abg. Hartmann

*Drucksache II/1042 in zweiter Beratung angenommen* 2567

*Einzelplan 03 - Ministerium des Innern - in zweiter Beratung angenommen* 2567

Dazu:

**Ergänzungsantrag des Haushalts- u. Finanzausschusses - Drucksache II/1054 -** 2550

*Angenommen* 2567

**Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr -** 2567

Berichterstattung: Haushalts- und Finanzausschuß - Drucksache II/1047 -  
Berichtersteller: Abg. Völker

*Drucksache II/1047 in zweiter Beratung angenommen* 2575

*Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in zweiter  
Beratung angenommen* 2575

2. Mitteilung des Präsidenten des Landtages betreffend Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes; hier: Wahl der Beisitzer zu den Beschwerdeausschüssen  
- Drucksache II/1016 -  
*Zurückgestellt zur 78. Sitzung am 24. März 1955*
  
3. Berichterstattung des
  - a) Ausschusses für Sozialpolitik und Fragen der Vertriebenen,
  - b) Haushalts- und Finanzausschusses  
zum Urantrag der Fraktion der SPD betreffend Landesgesetz über die Gewährung von Pflegegeld an Zivilblinde  
- Drucksache II/922 -  
Berichterstatter: Abg. Hermans-Hillesheim - II/1038 -  
*Zurückgestellt zur 78. Sitzung am 24. März 1955*
  
4. Erste, zweite und dritte Beratung eines Zweiten Landesgesetzes zur Änderung des Landesgesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden  
- Drucksache II/1053 -  
*Zurückgestellt zur 78. Sitzung am 24. März 1955*
  
5. Antrag des Petitionsausschusses betreffend beratene Eingaben  
- Drucksache II/1058 -  
*Zurückgestellt zur 78. Sitzung am 24. März 1955*

## Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Altmeier, die Staatsminister Becher, Dr. Nowack, Stübinger,  
Dr. Zimmer, der Chef der Staatskanzlei Staatsminister a. D. Dr. Haberer,  
Staatssekretär Dr. Steinlein

## Es fehlten:

Entschuldigt: Die Abgeordneten Dauber, Dr. Finck, Hülser, Mieden,  
Sommerey.

## Rednerverzeichnis:

Präsident Wolters	2530, 2534, 2538, 2540, 2543, 2547 2549, 2550, 2553, 2556, 2559, 2560, 2567, 2568 2570, 2571, 2573, 2574, 2575
Vizepräsident Wilms	2561, 2563
Bauer (SPD)	2553
Dr. Boden (CDU)	2540
Claus (FDP)	2571
Dedenbach (SPD)	2560
Dr. Habighorst (CDU)	2561
Hartmann (CDU)	2549
Heller (CDU)	2570
Klein (FDP)	2538
Lotz (FDP)	2556
Matthes (CDU)	2559
Merz (SPD)	2568
Pickel (CDU)	2573
Roth (SPD)	2573
Schmidt (SPD)	2530, 2534, 2547
van Volxem (CDU)	2550
Völker (SPD)	2567
Ministerpräsident Altmeier	2530, 2543
Staatsminister Dr. Zimmer	2563
Staatssekretär Dr. Steinlein	2574

### 75. Plenarsitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am 21. März 1955

Die Sitzung wird um 11.13 Uhr durch den Präsidenten Wolters eröffnet.

#### Präsident Wolters:

Meine Damen und Herren! Die 75. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz ist eröffnet. Die Beisitzer der heutigen Sitzung sind die Frau Abgeordnete Hermans-Hillesheim und die Frau Abgeordnete Seppi. Die Rednerliste führt Frau Abgeordnete Hermans-Hillesheim. Entschuldigt für die heutige Sitzung infolge Erkrankung sind die Herren Abgeordneten Mieden, Hülsler, Dr. Finck und Sommerey.

Die Tagesordnung wurde bereits in der letzten Sitzung aufgestellt; wir haben Ihnen noch eine Ergänzung zur Tagesordnung übermittelt. Erhebt sich gegen die Tagesordnung Widerspruch? - Ich stellte fest, daß das nicht der Fall ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich darauf hinweisen, daß wegen Teilnahme an dem Bundesparteitag der FDP eine Reihe von Abgeordneten der FDP und auch der Herr Finanzminister am Donnerstagnachmittag abreisen müssen. Wir müssen also versuchen, die Tagesordnung so abzuwickeln, daß wir am Donnerstagnachmittag fertig sind. Ich darf darum alle Sprecher der Fraktionen bitten, gegenseitig Rücksicht zu nehmen. Der Ältestenrat hat das Präsidium beauftragt, den in der Mitteilung an die Abgeordneten vom 14. März vorgesehenen Ablauf der Tagesordnung einzuhalten, so daß es vermutlich notwendig sein wird, bis in die späteren Abendstunden zu tagen.

Wir beginnen heute mit dem

#### **Einzelplan 02**

#### **- Ministerpräsident und Staatskanzlei -**

Ich erteile zunächst dem Herrn Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Schmidt, das Wort.

#### Abg. Schmidt:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei umfaßt außer diesen beiden Hauptdienststellen des Landes auch noch die Vertretung des Landes beim Bund, das Oberverwaltungsgericht und den Verfassungsgerichtshof, Bezirksverwaltungsgericht, Landesarchiv, die Hochschule für Verwaltungswissenschaften und das Statistische Landesamt. Die Gesamteinnahmen dieser Dienststellen sind auf rund 387 000 DM veranschlagt. Die Gesamtausgaben waren veranschlagt auf 5 233 000 DM; mithin ergibt sich ein Zuschußbedarf von 4 845 900 DM. Der Haushalts- und Finanzausschuß hat zu dem vorgelegten Gesamtplan noch einige Abänderungsvorschläge beschlossen. Der Titel 306 des Ihnen vorliegenden Einzelplans ist von 120 000 auf 200 000 DM erhöht worden; er ist für die Förderung der demokratischen Aufbauarbeit gedacht. Die Einzelansätze bei diesem Titel 306 sind folgendermaßen geändert worden. Es entfallen auf: 1. Ring politischer Jugend statt bisher 50 000 jetzt 70 000 DM; 2. - neu eingesetzt - Bürgerkundlicher Arbeitskreis 50 000 DM und 3. sonstige Förderungsmaßnahmen statt bisher 70 000 DM 80 000 DM.

Der Haushalts- und Finanzausschuß glaubte, gerade durch Hebung dieser Voranschläge in erhöhtem Umfang einen Beitrag für die wichtigen demokratischen Arbeiten, besonders für unsere Jugend vorschlagen zu müssen.

Wir empfehlen Ihnen diese Veränderungen zur Annahme. Lassen Sie mich aber noch einige grundsätzliche Bemerkungen machen als Berichterstatter zu diesem ersten Haushaltsplan. Wir haben gleich bei Beginn der Haushaltsberatungen uns mit der Problematik von Haushaltsberatungen kurz vor neuen Landtagswahlen beschäftigt. Um allen möglichen Schwierigkeiten, die sich aus dieser Tatsache, besonders auf dem Gebiete der Personal-Dispositionen ergeben könnten, zu begegnen, faßte der Haushalts- und Finanzausschuß von vornherein den Beschluß, daß auf Einzelanträge bezüglich Stellenveränderungen und Stellenhebungen seitens der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses grundsätzlich verzichtet werden sollte. Dieser Beschluß konnte von uns um so leichter gefaßt werden, als die Landesregierung uns bekanntgab, daß im nächsten Herbst die große Besoldungsreform ohnehin zu erwarten sei, und wir glaubten, daß dann alle Einzelwünsche, die jetzt einzelnen Abgeordneten vorgetragen wurden, bis zu diesem Termin auch hinausgeschoben werden könnten.

Ich glaube, als Berichterstatter feststellen zu müssen, daß dieser Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses unter Beweis stellt, daß der Haushalts- und Finanzausschuß trotz bevorstehender Wahlen sich nur von strenger Sachlichkeit bei seinen Beratungen hat leiten lassen.

(Bravo! bei der CDU.)

#### Präsident Wolters:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Berichterstattung. Zunächst hat das Wort der Herr Ministerpräsident.

#### Ministerpräsident Altmeier:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige nicht, zu den Positionen des Etats des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei im einzelnen Stellung zu nehmen, zumal hier wesentliche Änderungen gegenüber dem vergangenen Jahre nicht eingetreten sind. Wir waren in unserem Hause immer der Auffassung, der Staatsverwaltung in bezug auf Sparsamkeit mit gutem Beispiel vorangehen zu müssen.

(Abg. Dr. Boden: Sehr richtig!)

Wenn ich gleichwohl zur Einleitung der zweiten Lesung den Herrn Präsidenten um das Wort gebeten habe, so deshalb, weil mir bei der Behandlung des Landesetats einige Bemerkungen angebracht erscheinen, die das Verhältnis Bund und Länder betreffen und Grundsätze berühren, die die politische Situation über die reinen Zahlen hinaus angehen.

Meine Damen und Herren! Der Etat ist ein Spiel mit vielen Zahlen; aber diese Zahlen bedeuten zugleich Grundsätze und Verpflichtungen, Wollen und Vollbringen. Sie schaffen die Voraussetzungen für das Leben im Volke überhaupt, gleich, ob es sich hierbei um die wirtschaftliche Entwicklung des einzelnen wie des Ganzen handelt, oder um die soziale Verpflichtung gegenüber dem großen Heer derer, die durch Krieg und Zusammenbruch unserer sozialen Hilfsbereitschaft und Hilfe bedürfen; um die kulturellen Güter für Jugend und Volk oder um die vielen Notwendigkeiten, mit denen wir uns im Laufe der Behandlung der einzelnen Etats ja noch zu beschäftigen haben werden.

Diese Beschäftigung mit dem Zahlenspiel des Etats ist daher, wie ich es früher einmal an dieser Stelle aussprechen durfte, zugleich ein Wandern durch die Nöte und die Erfordernisse unserer Zeit, ist die politische Aufgabe schlechthin, getragen von der Verant-

(Ministerpräsident Altmeyer)

wortung, die dem Parlament und der Regierung aufgegeben sind.

Es ist bei der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes - ich glaube von dem Herrn Abgeordneten König - gesagt worden, daß Rheinland-Pfalz „einfach keinen Vergleich mit anderen Ländern verträgt“. Gemeint war hiermit die Steuerkraft und die Finanzkraft des Landes, dem durch diese Feststellung die Leistungskraft bestritten werden sollte, wozu dann aber auch Zahlen aus anderen Ländern zitiert, also doch wieder Vergleiche angestellt worden sind, Vergleiche, meine Damen und Herren, die sehr interessant sind - immer wieder -, bei deren Gegenüberstellung es freilich auch auf den Zeitpunkt ankommt, aus dem sie stammen, denn wer von uns möchte bestreiten, daß wir in Rheinland-Pfalz - oder noch besser und klarer ausgedrückt, in der ehemaligen französischen Zone - zunächst schwer nachhinken, weil wir in dem Aufstieg nach der Währung durch die Abschließung von der damaligen Bi-Zone - auch ein heute längst vergessenes Wort - zunächst, das heißt bis zur Begründung der Bundesrepublik, behindert waren, was zweifellos vielen Wirtschaftszweigen unseres Landes damals in dem Anschluß an das gesamte neue Wirtschaftsgeschehen zum Nachteil gereichte. Aber die Entwicklung ist ja nicht stehengeblieben. Sie hat auch in der Wirtschaft unseres Landes einen damals sicherlich von uns allen nicht geahnten Aufstieg genommen, deren Folgen zum Guten jedem einzelnen in der Schaffung neuer Arbeitsplätze, in dem Wiederaufbau unserer Gemeinden zuteil wurden. Bei der Gegenüberstellung der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf den Kopf der Bevölkerung rangierten 1953 von den vier sogenannten finanzschwachen Ländern Niedersachsen an der Spitze, Bayern an zweiter, Rheinland-Pfalz nur noch an dritter und Schleswig-Holstein an vierter Stelle. Das sind die Zahlen aus dem Jahre 1953; im ersten Halbjahr 1954 hat sich dagegen Rheinland-Pfalz bei dieser Gegenüberstellung der Einkommen- und Körperschaftsteuer von diesen vier finanzschwachen Ländern an die Spitze gesetzt. Als zweites folgt Bayern, als drittes Niedersachsen und am Schluß steht wiederum Schleswig-Holstein.

Das gleiche gilt auch für die Entwicklung der Umsatzsteuer, die allerdings vom Bund kassiert wird, andererseits aber sicherlich einen guten Gradmesser für die Wirtschaftskraft des Landes und gleichzeitig jeden einzelnen Bürgers darstellt. Auch hier rangierte Rheinland-Pfalz unter den genannten vier Ländern im Jahre 1953 mit 129 DM an dritter Stelle, während es im ersten Halbjahr 1954 mit 73,50 DM gleichfalls an die erste Stelle aufrückte.

Um noch eine weitere Zahl zu nennen, darf ich feststellen, daß die Aufwendungen des Landes für den Straßenbau, die ja von jeher im besonderen Kreuzfeuer der Kritik gestanden haben, sich durchaus neben den Leistungen anderer Länder sehen lassen können. Schon 1952 hat Rheinland-Pfalz nämlich pro Kopf seiner Bevölkerung für die Landstraßen erster Ordnung 7,27 DM aufgewandt gegenüber dem nächstfolgenden Land Baden-Württemberg mit 6,47 DM.

Meine Damen und Herren! Durch das bisher Gesagte ist der Begriff der finanzstarken und der finanzschwachen Länder angesprochen; ein Begriff, den es in Deutschland immer gegeben hat und entsprechend seiner Struktur auch in aller Zukunft geben wird. Er wird geprägt von der Landschaft und vor allem davon, ob in dem betreffenden Land die industrielle oder aber die Agrarwirtschaft überwiegt. Diesem Tatbestand sucht der Länderfinanzausgleich Rechnung zu tragen. Er ist - wohlgerneht - eine Aktion der Län-

der untereinander, die durch ein Bundesgesetz festgelegt wird, wobei diese Länder einen Finanzausgleich unter sich schaffen, also ohne die Finanzen des Bundes, und zwar durch Gegenüberstellung von Steuerkraftmeßzahl und Ausgleichszahl unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, des Realsteuereinkommens der Gemeinden sowie bestimmter Sonderbelastungen und Sonderleistungen. Nach den neuesten Verhandlungen im Vermittlungsausschuß sind dabei jene Länder ausgleichsberechtigt, deren Steuerkraftmeßzahl im Ausgleichsjahr 95 v. H. ihrer Ausgleichmeßzahl nicht erreicht.

Ich glaube, wir alle müssen zugeben, daß in der bisherigen Entwicklung des Länderfinanzausgleiches durch die Erhöhung der Finanzmasse und durch diese Festlegung der 95prozentigen Angleichung wesentlich dazu beigetragen wurde, die Begriffe „steuerstark“ und „steuerschwach“ auszugleichen, denn ein Hundertsatz von 95 dürfte eine solche Gleichstellung der Länder hinsichtlich ihrer Leistungen wesentlich begünstigen. Meine Damen und Herren, ich sage das deshalb, weil an dieser Stelle gelegentlich der Beratungen in der ersten Lesung bezweifelt wurde, ob die im Etat eingesetzte Summe von rund 65 Millionen DM Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich wohl aufrecht erhalten werden könnte. Es klang damals aus den Ausführungen des Herrn Kollegen König so durch, als wenn man hier eine zweifelhafte Summe lediglich deshalb eingesetzt habe, um einen besseren oder günstigeren Ausgleich des Etats zu schaffen. Lassen Sie mich nach den jüngsten Verhandlungen aussprechen, daß solche Bedenken absolut unbegründet sind. Der neueste Stand des Länderausgleichsgesetzes hat in der vorigen Woche zu einer Einigung im Vermittlungsausschuß geführt, und dieses Ergebnis wird in der Sitzung des Bundestages am 24. März - also in dieser Woche - sowie in der Sitzung des Bundesrates am 1. April - wie man als sicher annehmen kann - einen endgültigen Abschluß dieser monatelangen Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich herbeiführen.

Die nunmehr festgelegte Finanzausgleichsmasse, die von den finanzstarken Ländern in den Topf eingebracht wird, beträgt 438 Millionen DM. Sie hat eine ganz wesentliche Erhöhung gegenüber dem bisherigen Zustand gefunden, und sie hat dazu geführt, daß auf Grund der Komponenten, die für die Ausrechnung maßgebend sind und die auf Steuerschätzungen beruhen, die Summe für Rheinland-Pfalz von 65 sogar auf 75 Millionen DM erhöht werden konnte, während die Ausgleichssumme für Niedersachsen 123 Millionen, für Schleswig-Holstein sogar 181 Millionen und für Bayern 55 Millionen vorsieht. Selbstverständlich handelt es sich hier nach der ganzen Struktur dieses Länderausgleichsgesetzes um Steuerschätzungen, auf denen zunächst einmal die Berechnungen aufbauen müssen, wobei dann nach Abschluß des jeweiligen Rechnungsjahres die Gesamtsteuersumme für die endgültige Errechnung in das nächste Jahr hinein von Jahr zu Jahr maßgebend ist.

Aber ich meine, das könnte für uns kein Grund zu einer pessimistischen Beurteilung dieser Zahl sein, die wir - wohlgerneht in der alten Höhe - in den Etat eingesetzt haben. Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht auch noch folgendes sagen. Ich glaube, es wäre für uns alle nichts wünschenswerter als eine Entwicklung in Rheinland-Pfalz, die durch ein weiteres Ansteigen der eigenen Steuerkraft die Leistung aus dem Länderfinanzausgleich herabmindern würde; denn dadurch bekäme das Land ja schon zuvor durch sein eigenes Mehrsteueraufkommen jene Summe, die ihm aus dem Länderfinanzausgleich für die Erfüllung sei-

(Ministerpräsident Altmeyer)

ner Aufgaben zusteht. Es brauchte also in diesem Falle nichts mehr „ausgeglichen“ zu werden, ein Zustand - das möchte ich hier als meine Meinung offen aussprechen -, der mir natürlich weit lieber wäre als jener andere eines Länderfinanzausgleiches.

Ich darf in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, auch ein Wort sagen über den derzeitigen Stand der Finanzreform, denn sie spielt ja - wenn auch die Gesetzgebung auf der Bundesebene erfolgt - mitten in die Landesfinanzverwaltung und die Landesgesetzgebung hinein und bildet infolgedessen gerade für die Etatberatung eine wichtige Grundlage. Ein Wort vor allen Dingen im Blick auf die im Grundgesetz vorgesehene und anderweitige Steuerverteilung im Sinne einer Änderung der Grundgesetzartikel 106 und 107. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß die Länder im Bundesrat im Dezember des vergangenen Jahres das damalige Finanzreformgesetz abgelehnt haben, wogegen die Bundesregierung dann den Vermittlungsausschuß angerufen hat. Dieses Finanzreformgesetz mußte damals scheitern, weil ein zu starker Zug zu einem Bundesfinanzcentralismus zweifellos die Interessen der Länder weitgehend übersah und infolgedessen eine Gefahr für die weitere Entwicklung unserer Länderhaushalte geworden wäre. Das betraf vor allem auch die Einkommen- und Körperschaftsteuer, die als eine echte Ländersteuer in Frage gestellt werden sollte zugunsten des Begriffes einer gemeinsamen Steuer für Bund und Länder. Es betraf auch verschiedene andere Ländersteuern, die auf den Bund übergehen sollten, ohne daß zuvor eine Garantie für einen entsprechend herabgesetzten Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer gegeben worden wäre.

Nun haben Sie sicherlich aus der Presse ersehen, daß der Vermittlungsausschuß und sein Unterausschuß in den letzten drei Monaten anerkennenswerte Anstrengungen gemacht haben, um zu einer Verständigung zu kommen, nachdem die Frist, die das Grundgesetz für die Änderung seiner Artikel 106 und 107 bewußt vorgesehen hatte, eine zweite Verlängerung bis zum 31. Dezember 1955 erfahren hat.

Es liegen auch in der Zwischenzeit Ergebnisse des Vermittlungsausschusses vor, die aber sicherlich noch zu sehr ernststen Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern bzw. Bundestag und Bundesrat führen werden, weil auch diese neuen Vermittlungsvorschläge nach unserer Auffassung - man kann sagen, nach der Auffassung der Mehrheit der Länder - den lebensnotwendigen Belangen der Länder nicht die gebührende Rechnung tragen. Sicherlich bilden die Etats von Bund und Ländern in Verbindung mit denen der Gemeinden schließlich und zuletzt eine Einheit. Aber andererseits liegen die Aufgaben der Länder fest. Niemand nimmt ihnen Aufgaben ab. Neue Aufgaben kommen vom Bunde her Tag für Tag auf uns zu. Ich meine, es geht ja nicht an, daß man, wie es kürzlich in einer Besprechung in Bonn gesagt wurde, von den Ländern einen erhöhten Bundesanteil schon deshalb erwarten müßte, weil der Bund nach dem Grundgesetz verpflichtet sei, seinen Etat auszugleichen, während solche Verpflichtungen in den Länderverfassungen nicht enthalten seien.

Eine solche, die Länderetats auf die Dauer auf den Kopf stellende These wird von allen Ländern abgelehnt. Nun wissen Sie, meine Damen und Herren - deshalb sei auch darüber ein offenes Wort gesprochen -, daß gerade diese Auseinandersetzungen wegen Finanzreform und Finanzanpassungsgesetz im Verlaufe der letzten Monate zu weitgehenden Meinungsverschiedenheiten führten, die im Bundestag bei verschiedenen

Gelegenheiten bedauerliche Bemerkungen, um nicht schärfer zu werden, gegenüber dem Bundesrat hervorriefen.

Ich darf Ihnen vielleicht einige Bemerkungen zitieren. Man sprach im Bundestag vom Bundesrat als dem „Bürokratenföderalismus“, ein anderer Redner von dem „Möchte-gern-Konkurrenten des Bundesrats gegenüber dem Bundestag“; man sprach von dem Bundesrat, den man, wie ein Abgeordneter sehr bissig bemerkte, mit einem „Verein zur Wahrung der Interessen der Bleistiftfabrikanten“ vergleichen müßte, und sprach schließlich auch - das ist sehr beachtlich - von der „Brüskierung des Bundestages durch den Bundesrat“, wobei die Ablehnung der Finanzreform als eine solche „Brüskierung“ bezeichnet wurde, die - so fügte der Redner damals wörtlich hinzu - „er nicht für möglich gehalten hätte“.

Nun meine ich, meine Damen und Herren, es kann niemals eine Brüskierung des einen Hauses sein, wenn das andere Haus in der Wahrung und Ausübung der ihm übertragenen Pflichten von seinem im Grundgesetz verankerten Recht Gebrauch macht.

(Abg. Dr. Boden: Sehr richtig!)

Dazu gehört zum Beispiel die Ablehnung eines Zustimmungsgesetzes, wovon der Bundesrat bei dieser Finanzreform Gebrauch gemacht hat - übrigens während der 6 Jahre des Bestehens des Bundesrates erst dreimal - und wovon er bei der Finanzreform aber aus den eben dargelegten Gründen Gebrauch machen mußte, weil diese in der damaligen Form die Lebensnotwendigkeiten der Länder außer Betracht ließ.

Ich habe Ihnen nur eine kleine Blütenlese von Ausführungen im Bundestag gebracht. Man könnte sie beliebig vermehren. Es gab Aussprüche von allen Parteivertretern, die sich bei der Behandlung dieser Finanzgesetze meist in einer sonst seltenen Übereinstimmung befanden - auch im Vermittlungsausschuß -, was andererseits die Länder, alle zusammen, ganz von selbst auch zusammengeschweißt hat, wobei diese aber zu keinem Augenblick vergessen möchten und auch nicht vergessen haben, daß der Bundesrat nach Artikel 50 des Grundgesetzes bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirkt, dadurch also ein echtes Bundesorgan ist, einerseits mit den Rechten der Wahrung der Länderinteressen, andererseits mit den Pflichten, die das Grundgesetz jedem seiner Bundesorgane zuweist. Ich glaube sagen zu dürfen, daß der Bundesrat in seiner bisherigen Arbeit stets bewiesen hat, daß es ihm nicht darauf ankommt, eigensüchtige Länderinteressen im Streit der Länder untereinander oder im Streit der Länder mit dem Bund durchzusetzen. Er war vielmehr stets bereit, ein echtes Verhältnis zwischen Bund und Ländern zu schaffen; das heißt, dem Bunde zu geben, was er zur Erfüllung seiner Bundesaufgaben braucht, wobei aber die Wahrung der Länderinteressen in eine echte Synthese zu bringen ist mit der Sicht der Dinge vom Bunde her.

Meine Damen und Herren! Bei den geschichtlichen Voraussetzungen Deutschlands ist der bundesstaatliche Aufbau nach meiner Meinung die stärkste Sicherung zugleich für Freiheit und Recht, weil er nämlich von unten aufbauend jedem eigenständigen Lebenskreis so viel Raum läßt, wie dieser zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht, während andererseits der höhere Lebenskreis die Aufgabe zu übernehmen hat, die der kleinere nicht zu bewältigen vermag. Diese Prinzipien garantieren nach meiner Auffassung den geordneten Rechtsstaat und in seiner Ordnung zugleich die Einheit in all ihrer Vielgestaltigkeit. Dabei ist es zweifellos den Ländern aufgegeben, in ihren eigenen Bereichen überall dort auf Vereinheitlichungen hinzuwirken, wo

(Ministerpräsident Altmeyer)

diese notwendig sind, wie dies die kürzliche Konferenz der Ministerpräsidenten auf dem Gebiet der Schule, getragen von der Verantwortung der Kulturhoheit der Länder, praktiziert hat. Mit Recht hat Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen bei dieser Gelegenheit in Düsseldorf darauf hingewiesen, daß es die Länder waren, die die Voraussetzungen für die Bildung der Bundesrepublik geschaffen haben, und daß das Verhältnis von Bund und Ländern nach dem Grundgesetz nicht auf Gegensätzlichkeiten, sondern auf Mitwirkung und Zusammenarbeit begründet sein muß. „Es seien“, so sagte er auf der Düsseldorfer Konferenz wörtlich, „die Länder, die die Bundesgesetze ausführen, und zwar durchweg als eigene Angelegenheit, d. h. sie tragen hierfür die Verantwortung und ernten Tadel, wenn das nicht in zweckmäßiger und einwandfreier Weise geschieht.“ Deshalb sind andererseits die Länder alle an der Gestaltung und Vereinfachung der Bundesgesetzgebung auch weitgehend interessiert. Deshalb hat ihnen das Grundgesetz mit Absicht ihre Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung und bei der Bundesverwaltung ausdrücklich zugestanden, damit eben die Länder Gelegenheit bekommen, eine lebensnahe Gesetzgebung im Bunde praktikabel, auch für die Ausführung in den Ländern, zu gestalten.

Ich habe eben schon von dem viel erhobenen Vorwurf gegen die „Länderbürokraten“ gesprochen. Der Bundesrat sei - so habe ich dieser Tage gelesen - der „Tummelplatz der Länderbürokratie“.

Vielleicht darf gerechterweise dazu von dieser Stelle aus einmal folgendes gesagt werden.

Die Mitarbeit der Länder im Bundesrat hat sich nach meiner festen Überzeugung und nach dem Erlebten bisher, im ganzen gesehen, sicherlich nicht zum Schaden, sondern sehr zum Nutzen der Qualität der Bundesgesetze ausgewirkt. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang. Denn der typische Ablauf der Dinge ist doch so, daß die Gesetzesvorlagen der Bundesregierung durch den Filter des Bundesrates - wenn ich mich einmal so ausdrücken darf - laufen, bevor sie an den Bundestag herangetragen werden; und in diesem Filter können die Länder ihre Erfahrungen bei dem sogenannten „ersten Durchgang“ beisteuern; Erfahrungen, die sie gewissermaßen an der Front der Verwaltung in der Praxis des täglichen Lebens gemacht haben. Es ist ganz natürlich, daß sich eine solche Synthese von Theorie und Praxis nur zum Vorteil der Gesetze ausgewirkt hat. Deshalb möchte ich bei einer Gelegenheit wie der heutigen gewissermaßen eine Art von Ehrenrettung für die vielgelästerte Ministerialbürokratie vornehmen. Ihr Wirken steht ja nun einmal in einer Art spannungsgeladenen, aber eben deshalb zugleich auch fruchtbaren Polarität zur legislativen Tätigkeit des Parlaments, und ihr Mitwirken in den Ausschüssen des Bundesrates hat gewiß viel dazu beigetragen, die Verwaltungserfahrungen des praktischen Lebens in den Ländern für die Bundesgesetzgebung nutzbar zu machen. Dabei kommt es selbstverständlich auch darauf an, die besonderen regionalen Anliegen immer wieder anzubringen. Ich denke hier, meine Damen und Herren, an unsere besonderen Aufgaben in unserem westlichen Grenzland. Denn wir alle wissen ja aus eigenster Anschauung, daß hier besondere Notlagen gegeben waren und gegeben sind, die im letzten nicht in einem besonderen regionalen Schicksal dieses Raumes und unseres Landes, sondern im Gesamtschicksal des deutschen Volkes wurzeln.

Wie wir stets darauf hingewiesen haben, daß nämlich diese Anliegen auch deshalb die Hilfe des Bundes rechtfertigen und fordern, so haben wir auch immer in unserer Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung

darauf geachtet, die berechtigten Interessen dieses schwergeprüften Raumes zu wahren. Ich erwähne hier nur aus der allerjüngsten Vergangenheit die Anträge unseres Landes wegen der Güternahverkehrszone-Regelung im Entwurf des Straßenentlastungsgesetzes oder etwa die gleichfalls auf unseren Antrag in das Gesetz gekommenen erweiterten Investitionsmöglichkeiten im ERP-Wirtschaftsplan-Gesetz für das Jahr 1954, Beispiele, die beliebig vermehrt werden könnten und die das grundsätzliche Wollen in dieser Richtung deutlich machen.

Diese besondere Mitwirkung gilt über die Bundesgesetzgebung hinaus auch für den Bereich der Verwaltung des Bundes, wobei auf dessen verschiedene Mithilfen, vor allem in den Bereichen von Landwirtschaft, Wirtschaft und Kultur nur hingewiesen werden soll mit der Feststellung, daß sie zusammen mit der finanziellen und mit der Verwaltungsleistung des Landes mit dazu beigetragen haben, unserem Grenzlande ungeachtet aller noch übrig gebliebenen Aufgaben in diesen wenigen Jahren ein neues Gesicht zu geben.

Meine Damen und Herren! Damit kehre ich von der Mitwirkung im Bundesrat, von der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, wieder zurück zu den Aufgaben im Lande selbst, wie sie uns gerade bei der Etatverabschiedung in allen Zahlen - ich sagte es eben schon - vor der Seele stehen. Ich habe eingangs davon gesprochen, daß Haushaltsführung und das Programm von Parlament und Regierung wie zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Dabei ist zunächst festzustellen, daß der Etat des laufenden Rechnungsjahres 1954 in jeder Hinsicht in allen seinen Teilen bisher fristgerecht erfüllt worden ist. Wer die Vierteljahresberichte der Landesfinanzverwaltung mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird mir bestätigen, daß das Land seinen haushaltsmäßigen Verpflichtungen korrekt und pünktlich nachgekommen ist.

In der Kritik der Opposition an der Etatrede meines Kollegen Dr. Nowack ist in der ersten Lesung der - so hieß es wörtlich - „temperierte Optimismus“ in Zweifel gestellt worden. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, woher man die Berechtigung dazu ableitet. Lassen Sie mich nur auf eines hinweisen.

Im Etat 1954 ist das Gesamtaufkommen an Landessteuern mit rund 629 Millionen DM veranschlagt. Für die jetzt übersehbaren elf Monate des Rechnungsjahres ist bereits ein Aufkommen von 576 Millionen DM zu verzeichnen, und dies trotz der seit dem 1. Januar eingetretenen nicht unerheblichen Tarifsenkung durch die Steuerreform. Wenn ich nun davon ausgehe, daß das Aufkommen im März 1955 sich etwa im Rahmen dessen von 1954 bewegen wird - der Verlauf des ersten halben Monats hat dieser Auffassung recht gegeben; es waren damals, im März 1954, für den ganzen Monat 72 Millionen DM -, dann läßt sich schon jetzt einwandfrei feststellen, daß der Haushaltsansatz der Landessteuern von 629 Millionen DM nicht nur erreicht, sondern überschritten wird.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Bravo!)

Auf die inzwischen zu verzeichnende beachtliche Steigerung der Umsatzsteuer bin ich bereits eingegangen.

Alles zusammen, meine Damen und Herren, läßt die Feststellung zu, daß der „wohltemperierte Optimismus“ durchaus am Platze war und am Platze ist, und daß für die Zukunft keine Veranlassung für einen Pessimismus - wenn wir von einem betonten Zweckpessimismus absehen - besteht.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CDU.)

(Ministerpräsident Altmeier)

Meine Damen und Herren! Wenn wir das Rechnungsjahr 1954 zumindest mit einer ausgeglichenen Rechnung abschließen können - es gibt daran keinen Zweifel, wobei gleichzeitig festzustellen bleibt, daß auch die Haushaltsdefizite der Vorjahre restlos getilgt sind -, dann ist dies nach meiner Meinung eine Realität, die niemand bestreiten kann und die zu guten Hoffnungen auch für das neue Rechnungsjahr 1955 berechtigt. Das scheint mir übrigens auch - verzeihen Sie diese Feststellung! - die Auffassung des Haushalts- und Finanzausschusses gewesen zu sein, der, wie ich aus den Verhandlungsberichten gelesen habe, durch die Erhöhung von Leistungen zugleich ja auch eine Erhöhung der Steueransätze über die von der Regierung vorgeschlagenen Ansätze hinaus vorgenommen hat.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Wer möchte bestreiten, daß die Aufgaben des Staates heute andere und schwerer geworden sind als etwa zu den Zeiten unserer Großväter, die ihr Staatsideal damals noch darin sahen, darauf hinzuwirken, von diesem Staat möglichst in Ruhe gelassen zu werden. Der Staat hatte damals allenfalls die Aufgabe, dann einzugreifen, wenn seine öffentliche Ordnung gestört war. Aber wie hat sich dies alles in den letzten 40 Jahren nach zwei Kriegen, nach zwei Zusammenbrüchen, nach diesen Jahrzehnten so großer Not und Entbehrungen und Verpflichtungen grundsätzlich gewandelt!

Der Staat ist heute nicht nur die Ordnungsgewalt, sondern er ist vor allen Dingen der Träger so vieler Leistungen, die von dem einzelnen Staatsbürger erwartet werden. Natürlich sind mit diesen neuen Staatsaufgaben dann auch die Staatsausgaben gewachsen, und seine Verwaltung ist notwendigerweise größer geworden.

Ich glaube, das muß man sich immer wieder vor Augen halten, und es muß immer wieder gesagt werden, wenn man den eigentlichen staatlichen Verwaltungsapparat einer Kritik unterzieht. Es wurde bereits früher hier in diesem Hause festgestellt, daß Rheinland-Pfalz mit seinen 40 v. H. Aufwendungen für seine Verwaltung sich etwa auf der Höhe von Nordrhein-Westfalen bewegt, da seinerseits sicherlich manche günstigere Voraussetzung durch seine Großstädte hat als unser Land mit seinen zahlreichen kleinen Gemeinden. Die Aufwendungen für die Verwaltung halten sich daher auch bei uns im Rahmen des Erträglichen; und hier dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, bei dem eigentlichen Verwaltungsaufbau immer vorsichtig vorgegangen zu sein, wobei vor allem bei den neuen Aufgaben, die dem Staate zugewiesen wurden, immer sehr sorgfältig geprüft wurde, welche Personal- und Sachaufwendungen dafür erforderlich wurden.

Nun gestatten Sie mir zum Schluß, meine Damen und Herren, beim Etat des Ministerpräsidenten in bezug auf die Landesgesetzgebung noch die Feststellung, daß Sie, meine Damen und Herren, die Sie vier Jahre hindurch die Gesetzgebung in diesem Hohen Hause ausgeübt haben, ja am besten wissen und konstatieren können, was die rund 120 Gesetze, die in diesen vier Jahren verabschiedet wurden, beinhalten. Ich glaube, wir dürfen feststellen, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelungen ist, auf großen Gebieten abschließende Arbeit zu leisten. Das gilt vor allen Dingen für das Gebiet des Polizeirechts, des Kommunalrechts, des Schulrechts und - ich darf es mit einer gewissen Einschränkung sagen - auch für das Gebiet des Besoldungsrechts, bei dem wir allerdings von der Rahmengesetzgebung des Bundes abhängig sind.

Die Regierung, meine Damen und Herren, hat sich bei ihren Gesetzesvorlagen nie dazu verleiten lassen, etwa in einer ad-hoc-Gesetzgebung möglichst viele Materien anzusprechen und zu bewältigen, sondern sie hat planmäßig und zielstrebig eine Neuordnung derjenigen Rechtsgebiete angestrebt, die für das saubere Funktionieren der Landesverwaltung notwendig waren. Und, meine Damen und Herren, die Bewältigung dieser gesetzgeberischen Arbeit ist uns - so darf ich wohl sagen - gemeinsam gelungen.

Am Abschluß dieser Legislaturperiode 1951/55 darf daher die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Bevölkerung unseres Landes seinem Parlament diese Arbeit dankt, und daß sie dabei auch die Mitwirkung der Landesregierung nicht vergißt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schmidt von der Fraktion der SPD.

**Abg. Schmidt:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat in seinen Ausführungen einleitend festgestellt, er beabsichtige nicht, in seinen Ausführungen nur zu dem kaum umstrittenen Etat seiner Dienststelle und der der Ministerpräsidentenschaft und der Staatskanzlei angeschlossenen Dienststellen Stellung zu nehmen. Ich glaube, der Herr Ministerpräsident wird von mir als Sprecher der Opposition auch nicht erwarten, daß ich mich nur mit seinem Etat beschäftige, sondern er rechnet sicherlich damit, daß wir, ausgehend von der Bestimmung der Verfassung, daß der Ministerpräsident die Richtlinien der Politik bestimmt, auch zu der gesamtpolitischen Entwicklung Stellung nehmen, die wir in den letzten vier Jahren zu verzeichnen hatten, nachdem wir heute letztmalig Gelegenheit nehmen können, auf diese Entwicklung in diesem Landtag hinzuweisen.

Wenn ich aber zunächst den reinen Etatvorgang nicht übersehe, darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf die **Drucksache II/1060** lenken, in der wir nur einen **einzigen Zusatz** beantragen, nämlich, daß Bewilligungen über 1000 D-Mark der Genehmigung des Ministerrates unterliegen. Wir wollen damit abkehren von der bisherigen Übung, weil wir glauben, daß es nicht gut ist, wenn die persönlichen Verfügungsmittel allzu groß werden.

Das ist nicht gut aus Gründen der Haushaltskontrolle. Dieser Antrag verfolgt also lediglich das Ziel, auch bei Verwendung dieser Mittel die Kontrollmöglichkeit zu verstärken. Außerdem haben wir bei Einsicht in die Liste der Organisationen, die aus diesem Titel betreut wurden, festgestellt, daß die Verteilung dieser Mittel einen etwas allzu einseitigen Charakter hatte. Man hatte uns zwar gesagt, es seien keine anderen Anträge vorgelegt worden, aber in unserer Fraktion wurde berichtet, daß bereits vor einem halben Jahr der Chef der Staatskanzlei einen auf diesen Titel gerichteten Antrag der Gewerkschaftsjugend mit der Mitteilung beantwortet hätte, es stünden leider keine Mittel mehr zur Verfügung. Wenn dem so ist, dann ist eine schnelle Verdisponierung dieser Mittel zu verzeichnen gewesen, vielleicht in der Annahme, man müsse noch andere Anträge erwarten.

Nun einiges zu den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten. Wir nehmen es Ihnen nicht übel, Herr Ministerpräsident, daß Sie als Chef dieser Regierung und dieses Landes immer wieder versuchen, den Beweis dafür zu führen, daß auch auf dem finanziellen Gebiete die Existenz dieses Landes absolut und aus-



(Schmidt)

reichend gesichert sei. Denn mit dieser Beweisführung ist ja die Kardinalfrage, die in diesem Lande überhaupt besteht, verbunden. Wenn diese Behauptung ohne Einschränkung richtig wäre, dann hätten wir im Haushalts- und Finanzausschuß nicht den Vorgang zu verzeichnen, daß von einer Regierungspartei bei den jüngsten Beratungen der Antrag gestellt wurde, um den Ausgleich des Haushalts zu erreichen, sämtliche Mittel für die Wasserwirtschaft aus dem ordentlichen Etat in den außerordentlichen Etat hinüberzunehmen. Zu einem solchen Antrag kann man nur kommen, wenn man der Überzeugung ist, daß die Decke, die man hat, einfach nicht langt, ob man nun oben oder unten zapft. Die Übernahme von reinen Zuschußmitteln aus dem ordentlichen Etat in den außerordentlichen Etat widerspricht einem alten haushaltsrechtlichen Grundsatz. Es ist haushaltsrechtlicher Grundsatz, daß Beihilfen und Zuschüsse nie in den außerordentlichen Etat hinübergenommen werden dürfen, und daß im außerordentlichen Etat nur die Mittel Platz zu finden haben, die über Darlehenswege wieder einen Rücklauf zu erwarten haben, oder vielleicht um einmalige Förderungsmittel, die ansonsten planmäßig nicht erfassbar sind.

Aber schauen Sie sich unseren außerordentlichen Haushalt an. Sie werden finden, daß hier nicht nur dieser Posten, sondern auch eine Reihe anderer Posten untergebracht sind, die darin gar nichts zu suchen haben. Nun frage ich Sie, Herr Ministerpräsident, ist das ein Beweis für die Finanzkraft unseres Landes? Das ist vielmehr eine Kennzeichnung der Tatsache, daß wir trotz aller Bemühungen und anderer Behauptungen auf dem finanziellen Gebiete nie ausreichend fundiert sein werden. Ich will in diesem Zusammenhang nur auf eines hinweisen. Wenn Sie den Beweis damit führen, wir seien in der Einkommen- und Körperschaftsteuer jetzt an die Spitze der vier steuerschwachen Länder gekommen, dann möchte ich dazu sagen, es ist nie besonders schwer, unter vier Armen einmal zufällig der Reichste zu werden.

(Beifall bei der SPD. - Ministerpräsident Altmeier: Herr Kollege Schmidt, ich habe das Gegenteil behauptet. Das muß ich feststellen. Lesen Sie nach, was ich gesagt habe!)

Mein Kollege König ist nicht da. Er hat nie behauptet, daß wir der Ärmste seien. Aber ich warne im Interesse unseres Landes jetzt besonders davor, Herr Ministerpräsident, so zu tun, als ob wir bereits zu den Reichen gehörten.

(Abg. Dr. Boden: Das tut keiner!)

Diese Behauptung könnten wir sonst teuer bezahlen.

(Abg. Dr. Boden: Der Herr Ministerpräsident braucht gar nicht eingehend zu erörtern, wie wir die 65 bzw. 75 Millionen behandeln!)

Gestatten Sie, daß ich dazu namens meiner Fraktion unsere gegenteiligen Bemerkungen vortrage.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich habe nur Feststellungen gemacht, die Sie als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses werden unterschreiben müssen.

(Abg. Hertel: Wenn Illusionen zerstört werden, kann man nichts daran machen!)

Ich will Ihnen etwas anderes sagen. Würdigen wir doch einen Augenblick bei unserer jetzigen finanziellen Situation, daß in unserem Lande Ausgaben Mächte wirksam sind, die wir besser nicht hätten.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wären wahrscheinlich auf der anderen Seite reicher, wenn wir nicht mehr als eine Milliarde Besatzungsausgaben in unserem Lande zu verkräften hätten.

(Abg. Hertel: Und hätten weniger Kummer!)

Diese Tatsache wirkt sich auch auf unsere Einkommen- und Körperschaftsteuer. Das ist keine gesunde Einnahmequelle, die wir hier zu verzeichnen haben. Das ist eine sehr zweifelhafte Einnahmequelle, die uns auf der anderen Seite außerordentlich krank macht.

Ich will noch einen Beweis führen, daß die Beweisführung des Herrn Ministerpräsidenten nicht ganz zieht. Wir haben bei der letzten Haushaltsberatung einmal die Wohnungsbaumittel genau unter die Lupe genommen. Wir haben bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß das Land von all den Mitteln, die bisher in den Haushaltsansätzen enthalten waren, kaum einen Pfennig eingesetzt hat. Wir haben festgestellt, daß auch die neuen Vorschläge, die in dem Haushaltsplan enthalten sind, von der Landesregierung gar nicht flüssig gemacht zu werden brauchen, weil innerhalb des Landes - wie es heißt - die Baukraft nicht vorhanden sei, um diese ganzen Mittel zu verkräften. Auf der anderen Seite heißt es, daß wir nicht die Verwaltungsvoraussetzungen hätten, um die Mittel zu verkräften. Vom Bauwillen brauchen wir nicht zu reden; der ist genügend vorhanden und auch die Bau-notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn sich aber hier solche Schwächen ergeben, dann bitte ich, Herr Kollege Dr. Boden, nicht unwillig zu werden, wenn wir Gelegenheit nehmen, auf diese Dinge hinzuweisen. Das, was mein Freund König gesagt hat, ist also nicht widerlegt. Im übrigen darf ich sagen, daß wir uns als sozialdemokratische Fraktion nicht allein in dem sogenannten Zweckpessimismus befunden haben, es gab keine größeren Pessimisten im Laufe der Etatberatungen als den Herrn Finanzminister und seine Vertreter.

(Abg. Dr. Boden: Das ist seine Pflicht!)

- Ich danke Ihnen, Herr Kollege Dr. Boden; dann ist es mindestens unsere Pflicht, vor übertriebenem Optimismus, der uns schaden könnte, zu warnen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Nein! - Beifall bei der SPD.)

Nun noch einige Bemerkungen zu dem Wechselspiel im Bundesrat. Auch dazu einige grundsätzliche Feststellungen. Ich habe mir einmal sagen lassen, eine Familie, die in einem kleinen Wohnraum zusammengepfercht sei, hätte mehr Streit untereinander als eine Familie, in der jeder in ein einzelnes Zimmer gehen und sich alleine durchhängern kann. Das trifft auch für die hohe Bundespolitik zu. Diese Spannungen ergeben sich doch aus der politischen Überorganisation im allzuengen Raume. Da streiten sich nun gute politische Köpfe in einem einzigen Zimmer, wo sie eigentlich für diese staatspolitische Organisation, wie wir sie in der Bundesrepublik gefunden haben, mehr und größere Zimmer zur Verfügung haben müßten.

Ich habe aber bei der Stellungnahme des Herrn Ministerpräsidenten zu dem Wechselspiel im Bundesrat heute einen einzigen Hinweis vermißt, auf den wir eigentlich auf Grund der Landtagssitzung vom vorigen Dienstag alle gewartet haben; nämlich sein Hinweis auf das Wechselspiel im Bundesrat über die Saarfrage fehlt heute völlig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

(Schmidt)

Ich werde darauf noch zurückkommen. Zunächst sind wir der Meinung, daß gerade der Hinweis des Herrn Ministerpräsidenten unsere Anschauung unterstützt, daß die politische Organisation der Deutschen Bundesrepublik einer Überprüfung bedarf. Sie wissen, daß ich zu denen gehöre, die das Prinzip des Zentralismus nicht ohne jede Einschränkung vertrete, sondern umgekehrt, ich halte einen gesunden Föderalismus auch im deutschen Raume für vertretbar, vielleicht auch für nötig.

(Bravo! bei der CDU.)

\*Aber wenn ich sage: einen gesunden, dann spreche ich mich immer um so schärfer gegen eine Überorganisation aus föderalistischem Prinzip aus,

(Beifall bei der SPD.)

wehre ich mich immer mehr gegen eine Organisation der Deutschen Bundesrepublik, an der wir Deutsche nicht nur nicht beteiligt waren, sondern die auch immer mehr offensichtlich deutschen Notwendigkeiten widerspricht.

(Abgeordnete Völker und Bögler: Sehr gut!)

Deshalb werden wir Sozialdemokraten nicht aufhören, darauf zu drängen, daß die Länderfrage einer Revision unterzogen wird. Wenn der Artikel 29, der bis zur Stunde noch auf französischen Widerspruch hin suspendiert ist,

(Abg. Kuhn: Hört, hört!)

in Kraft gesetzt worden ist, werden wir auch in diesem Lande unsere Bevölkerung bitten, sich endgültig zu erklären, wie sie zur Landesfrage steht. Die Entscheidung dieser Bevölkerung wird für uns Sozialdemokraten dann zunächst verpflichtend sein; aber wir glauben, es ist notwendig, daß die einzelnen Gebietsteile nach Jahren, in denen sie nicht gefragt wurden, bei der ersten Gelegenheit, wo die Bevölkerung gefragt werden kann, auch gefragt wird, wie sie zu den Dingen steht.

(Beifall bei der SPD.)

Diese Frage muß gestellt werden, damit der häßliche Streit zwischen deutschen Ländern um die Ländergrenzen beendet wird. Es ist wirklich nicht nett, wenn heute die Bayern - auf historische Ansprüche gestützt - ihre Pfalzanstrengungen machen und unsere Staatskanzlei morgen dann eine gegenteilige Beweisführung versucht. Dabei kann man unter Umständen manchmal den Eindruck haben, als ob man kurz vor der Mobilisierung der beiderseitigen Bereitschaftspolizeien stehe.

(Abg. Dr. Habighorst: Feuerwehr! - Heiterkeit - Frau Abg. Dr. Gantenberg: Nicht so ernst!)

- Entschuldigen Sie, ich habe ganz übersehen, daß der Wert der Feuerwehr vielleicht infolge der Masse auf der politischen Ebene noch größer sein könnte, als der der Polizei.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Wirkungsvoller! - Abg. Dr. Habighorst: Dann wird gelöscht! - Heiterkeit.)

- Verehrte Frau Kollegin! Ob wirkungsvoller weiß ich nicht, wenn die an den pfälzischen Wein geraten, werden die sich vermutlich schnell einig.

(Heiterkeit.)

Wissen Sie, was die nämlich sagen würden? Was stört uns der Streit dort oben? Die Palz ist Palz, wir wollen nur unseren König wieder haben!

(Heiterkeit. - Abg. Dr. Habighorst: Den haben Sie doch! - Heiterkeit. - Frau Abg. Dr. Gantenberg: Aber der muß sein!)

Ich sage: das könnte am Schluß einer gemeinsamen Prüfung in der Pfalz herauskommen.

Aber Spaß beiseite! Es ist das wirklich ein sehr ernstes Problem, und es sollte aus dem Streit zwischen den Ländern baldigst herausgebracht werden. Es sollte herausgebracht werden, weil wir mit dieser Neuordnung die Hoffnung verbinden, daß sich dann der Weg für eine echte Verwaltungsreform öffnet, die vor vier Jahren der Herr Ministerpräsident und der Herr Innenminister angekündigt haben. Aber die Ankündigung war das einzige, was von dieser Verwaltungsreform übriggeblieben ist. Im Gegenteil: Wir haben eine laufende Vermehrung der Verwaltung, deren Zwangsläufigkeit teilweise auch von uns nicht beanstandet wird, wenn wir auch der Meinung sind, daß die Herren vom CV von der Personalpolitik unseres Landes mehr und bessere Stellen fordern als vertretbar ist.

(Beifall bei der SPD.)

Aber wir glauben auch, daß mit der Entscheidung dieser Frage die Frage der Verwaltungsreform dann entweder so oder so angepackt werden muß. Denn bleiben wir so ein kleines Land, wie wir es sind mit Rücksicht auf die Gesamtsteuerkraft, die wir letztlich zu erwarten haben, dann können wir uns nicht all die Sträußchen leisten, die wir uns - meistens unfreiwillig - an unsere Hüte stecken mußten. Dann müßten wir bestimmte Revisionen vornehmen, denn so sehr wir die Kulturpolitik schätzen, so sehr muß auch sie auf die Möglichkeiten eines kleinen Landes aufgebaut werden. Ich glaube, daß ich dabei wohl nicht zu versichern brauche, daß ich dabei nicht an das Volksschulwesen und an das Fortbildungsschulwesen denke und an das Wesen der historisch übernommenen Bildungsmöglichkeiten. Ich glaube nur, die Enden müssen auch hier dann zusammengebracht werden.

Damit habe ich eine andere Frage angesprochen. Herr Ministerpräsident! Es ist nicht die Schuld der sozialdemokratischen Fraktion, daß die Sympathien im Lande für Ihr Land in den letzten Monaten sich nicht vermehrt haben.

(Abg. Dr. Boden: Woher weißt Du?)

- Herr Kollege Dr. Boden: Die „Fincken“-Schläge aus Mainz haben im Lande so gewirkt, wie der Winter an diesem Frühlingstage draußen wirkt.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist eine Frage, die mit in den Amtsbereich des Herrn Ministerpräsidenten fällt. Die kulturpolitischen Auseinandersetzungen gingen ja nun nicht vom Elternwillen aus; sie gingen vom gelenkten Elternwillen aus; und gelenkter Elternwille wäre nie aufgekommen, wenn der Herr Ministerpräsident gegenüber den Lenkern ganz klar und eindeutig gesagt hätte, daß eine Unterstützung seitens der Landesregierung nicht zu erwarten sei.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das habe ich schon einmal hier bei einer früheren Debatte festgestellt, und wie sehr der Elternwille gelenkt wird, beweist der Vergleich Rheinland-Pfalz und Hessen. In Hessen haben die kulturellen Kräfte, die bei uns den Elternwillen lenken, keine politische Unterstützung zu erwarten, infolgedessen haben sie auch auf die Lenkung des Elternwillens in ihrem Sinne verzichtet. Bei uns hatten sie politische Unterstützung zu erwarten; infolgedessen haben sie den Elternwillen gelenkt und haben damit den Unfrieden in Tausende unserer Familien gebracht.

(Beifall bei der SPD. - Ministerpräsident Altmeier: Wir haben das verfassungsmäßige Recht, in Hessen haben sie das verfassungsmäßige Recht nicht!)

(Schmidt)

- Herr Ministerpräsident! Dann darf ich Ihnen einen anderen Einwand entgegenhalten. Wenn man von 1947 bis 1951 Ruhe gehalten hat, weil man wußte, man werde mit den Ansprüchen bei der damaligen Koalitionsregierung nicht durchkommen, dann verstehe ich nicht, warum man nicht vier Jahre länger Ruhe gehalten hat.

(Abg. Schuler: Sie haben die Ruhe gestört!)

- Sehen Sie, Herr Kollege Schuler! Unser Land ist zwar nicht groß, aber es scheint noch immer zu groß zu sein, um in der Pfalz in gewissen Städtchen und Dörfern davon Kenntnis zu nehmen, was in Rheinhesen vor sich gegangen ist.

(Heiterkeit.)

Es mag sein, daß gerade diese Entwicklung unsere Freude am Lande nicht erhöht hat.

Noch einen anderen Gesichtspunkt. Als wir heute vor acht Tagen hier in diesem Hause zusammen-saßen, wurde von den sozialdemokratischen Sprechern darauf hingewiesen, daß, wenn es für das Land überhaupt noch einen leisen Anhaltspunkt auf der politischen Ebene gegeben hätte, um die Selbständigkeit zu behaupten, dann sei das der ständige Hinweis auf das Saargebiet gewesen. Damit ich nicht mißverstanden werde, Herr Ministerpräsident! Ich glaube, die Entscheidung am Freitag ist Ihnen menschlich nicht leicht geworden;

(Sehr richtig! bei der SPD.)

das möchte ich ausdrücklich festhalten. Ich kenne Sie persönlich zu gut, als daß ich nicht wüßte, daß Sie jahrelang ernsthaft in dieser Frage mit Ihren politischen Freunden ebenso gerungen haben wie wir mit unseren politischen Gegnern. Wir sind nie hier in diesem Hause von der Meinung ausgegangen, daß das, was Sie so sagten, unecht sei. Wir haben nur um Ihre Stunde gefürchtet, und diese Stunde war am Freitag für Sie da. In dieser Stunde sind Sie gezwungen worden, Ihr Erstgeburtsrecht in der Saarfrage gegen das Linsengericht der Zustimmung zur Politik des Herrn Bundeskanzlers preiszugeben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich will hier keine neue Saardebatte eröffnen, sondern nur diese Feststellung treffen. Herr Ministerpräsident! Sie haben am vorigen Dienstag erklärt, der Ministerrat werde erst am Donnerstag seine Stellungnahme festlegen. Wir kennen nicht ganz die Geheimnisse der Kabinettsitzungen,

(Abg. Dr. Habighorst: Nicht ganz?)

aber wir kennen die Vorgänge in Bonn dafür um so besser. Wir aber, die wir mit der Saarfrage immer aufs engste verbunden waren, werden eines Tages die geschichtliche Bedeutung dieser Entscheidung am besten begreifen.

(Beifall bei der SPD.)

Das war eine Entscheidung, Herr Kollege, nicht für sondern gegen die deutsche Demokratie.

(Abg. Dr. Habighorst: Das ist kein Beweis, das ist eine tolle Behauptung!)

- Herr Kollege Dr. Habighorst -

(Abg. Dr. Habighorst: Ich werde leider jetzt ans Telefon gerufen!)

- Ich nehme es Ihnen nicht übel. Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen dann jetzt folgendes sagen. Solche geschichtlichen Entscheidungen gelten ja nicht nur für den Augenblick, sondern man muß einen Blick in die Geschichte - selbst in die jüngste Geschichte - hineinwerfen, um heute schon zu wissen, daß sich an

diesem Vorgang auch in Deutschland die Kräfte wieder emporranken werden, die wir unter allen Umständen niederhalten müssen!

(Zuruf von der CDU: Mit Ihrer Hilfe!)

Ich will gar nicht von Europa reden. Wer Europa so einleitet, wie das in der Saarfrage geschehen ist, darf nicht erwarten, daß seine europäischen Erklärungen noch ernst genommen werden. Ich bedauere diese politische Entscheidung, die Sie in Bonn getroffen haben, auf das tiefste und ich füge hinzu: Wir bedauern sie nicht nur politisch, sondern wir verbinden damit auch gleichzeitig unser menschliches Mitgefühl für Sie. Wir haben nur nicht angenommen, daß - ich möchte einmal sagen - Schwächen gegenüber dem Herrn Bundeskanzler bei Ihnen so weit gehen würden. Herr Ministerpräsident! Als Sie vor vier Jahren Ihr Amt zum zweiten Male übernahmen, war in Ihrer Regierungserklärung die Feststellung enthalten, daß diese Landesregierung die Politik der Bundesregierung weitgehend unterstützen werde, und da haben wir gesagt, wer diese Politik unterstützt, der trägt auch eines Tages für diese Politik mit die volle Verantwortung.

(Abg. Dr. Boden: Das ist klar!)

- Wenn Sie sagen „klar“, dann will ich mit dem Hinweis enden: Wo stehen wir denn? In diesen Tagen sind die Protokolle der Konferenz von Jalta veröffentlicht worden. Der Herr Bundeskanzler hat nach der Abstimmung im Bundesrat festgestellt: Das ist die Überwindung von Jalta! Nein, nein, nein! Jalta ist nicht überwunden, sondern Jalta wird für das deutsche Volk echte Wirklichkeit. In Jalta war die Teilung Deutschlands vorgesehen.

(Abg. Dr. Christoffel: Vorher schon!)

In wenigen Monaten wird in den zwei Teilen Deutschlands die Aufrüstung deutscher Armeen beginnen. Deutsche Söhne werden auf der einen Seite unter Stahlhelmen marschieren, die amerikanischen Charakter tragen, und deutsche Söhne werden auf der anderen Seite unter Stahlhelmen marschieren, die russischen Charakter tragen.

(Abg. Dr. Habighorst: Das ist alles Auffassungssache! - Abg. Korbach: Warum verschweigen Sie, Herr Schmidt, daß das im Osten schon seit Jahren vorhanden ist?)

- Wir können nur Tatsachen feststellen.

(Weitere erregte Zwischenrufe der CDU.)

- Meine Damen und Herren, regen Sie sich nicht auf,

(Abg. Dr. Boden: Dazu haben wir keine Veranlassung!)

sonst könnten wir zu großen politischen Auseinandersetzungen kommen. Ich möchte das aber heute vermeiden. Ich wollte nur sagen, wer glaubt, daß die Politik der letzten vier Jahre zur Überwindung der deutschen Spaltung beigetragen habe, der ist im Irrtum!

(Abg. Dr. Habighorst: Das behaupten Sie! - Weitere Zwischenrufe der CDU.)

Auf der anderen Seite ist das Saargebiet in eine Vertragsform hineingezwungen worden, über deren Wirkung wir uns hier auch einig sein sollten, meine Damen und Herren!

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Das ist aber doch besser als der augenblickliche Zustand!)

Ich darf Sie zum Schluß noch darauf hinweisen, daß vor wenigen Monaten erst bei der Debatte um die Pariser Verträge seitens der französischen Besatzungsmacht der Hinweis kam: Dann aber nicht in der französisch besetzten Zone!, als man von Washington und

England aus drohte - und der Herr Bundeskanzler unterstützte diese Meinung! -, dann werde man ohne Frankreich aufrüsten. Noch zu keiner Stunde war die Gefahr der endgültigen Spaltung Deutschlands so groß, wie sie jetzt gegeben ist.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das ist das Ergebnis einer vierjährigen Politik. Für dieses Ergebnis hat auch der Herr Ministerpräsident auf der politischen Ebene seinen Teil der Mitverantwortung zu tragen.

(Beifall bei der SPD. - Unruhe und Zwischenrufe bei der CDU und SPD.)

#### Präsident Wolters:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Klein von der Fraktion der FDP. Ich bitte um Ruhe!

#### Abg. Klein:

Meine Damen und Herren! Nach dieser leidenschaftlichen Schlußerklärung meines Vorredners, des Herrn Abgeordneten Schmidt, darf ich zunächst einmal feststellen, daß zweifellos der Etat des Herrn Ministerpräsidenten Anlaß dazu gibt, über die Grundsätze zu sprechen, von denen die Landespolitik geleitet wird. In den Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Schmidt gemacht hat, wie auch in den Darlegungen, die der Herr Ministerpräsident selbst an die Spitze der heutigen Verhandlungen gestellt hat, wurde die Mitwirkung der Landesregierung an der Gesetzgebung im Bundesrat gestreift. Schon beim bloßen Durchblättern der Bundesratsprotokolle wird man nicht umhin können, der Vielfalt der Gesetzesvorlagen Respekt zu bezeugen, die dort zu bewältigen sind, worunter sich - wie uns das ja besonders in den letzten Wochen deutlich bewiesen worden ist - Vorlagen von außerordentlicher Bedeutung und Tragweite befinden. Rein politisch gesehen - und deswegen wurde wohl von der Fraktion der SPD auf diese Ausführungen besonderer Wert gelegt - stand das vergangene Jahr im Zeichen der Außenpolitik. Ich will diese Linie noch einmal mit ganz kurzen Strichen nachzeichnen.

Nach dem Kampf um die Ratifizierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die Bundesrepublik erlebten wir das Scheitern dieses Vertrages in der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954. Dann kamen die Londoner Verhandlungen an der Wende vom September-Oktober 1954 und anschließend, zur Ausführung der dort gefaßten Beschlüsse, die Pariser Vereinbarungen vom 23. Oktober 1954. Der Inhalt ist uns allen bekannt. Bei dem Meinungsstreit über diese Pariser Verträge stand selbstverständlich das Saarstatut im Vordergrund, und wir haben ja am vergangenen Dienstag Gelegenheit genommen, unsere Meinung dazu zu sagen. Ich darf hier feststellen, daß unsere Fraktion es lebhaft begrüßt und dankbar anerkennt hat, daß der Herr Ministerpräsident - und damit die Landesregierung - sich unsere Entschliebung, die wir hier im Hause eingebracht hatten, zu eigen gemacht hat. Wir haben zu unserer großen Freude festgestellt, daß auch der Bundesrat diese Entschliebung sogar einstimmig angenommen hat.

(Zurufe der FDP: Mit der SPD!)

Ich darf feststellen, daß nach den wirklich hervorragenden Ausführungen des Herrn Senatspräsidenten Kaisen aus Bremen im Bundesrat, die mit Würde vorgetragen wurden und die sachlich klar und eindeutig waren, diese Ausführungen - und das kommt im Bundesrat sehr selten vor - den lebhaften Beifall des ganzen Hauses fanden. Wenn den Herren von der Fraktion der SPD Bremen vielleicht etwas zu weit ab liegt,

dann darf ich demgegenüber zum mindesten feststellen, daß der Ministerpräsident des Landes Hessen unserer Erklärung, die Sie hier glaubten nicht annehmen zu können, im Bundesrat zugestimmt hat.

(Beifall bei der FDP.)

Wir wollen zunächst einmal folgendes feststellen. Die Entscheidung über das Saarstatut lag beim Bundestag, und diese Entscheidung war praktisch mit der Abstimmung am 27. Februar schon gefallen. Wenn wir hier dem Antrag der Fraktion der SPD zugestimmt hätten, was hätten wir politisch dann praktisch erreicht? Nur ein kurzes Hinausschieben!

(Abg. Hertel: Was haben Sie denn erreicht?)

Wir haben zum mindesten erreicht, daß die allgemeine Erklärung, die am Schluß einstimmig die Fraktionen des Bundestages angenommen haben,

(Abg. Bögl: Es war die schwächste, die möglich war!)

- gut, ich gebe Ihnen zu, wenn Sie sagen, sie war schlecht -

(Abg. Hertel: Mutlos und kraftlos!)

wir haben diese Erklärung aber ergänzt durch wichtige und wesentliche Forderungen, die Sie auch erhoben haben. Und diese Erklärung, ergänzt durch diese wichtigen Forderungen, hat sich der Bundesrat zu eigen gemacht. Wenn die beiden Häuser in Bonn - Bundestag und Bundesrat - der Bundesregierung diese Weisung gegeben haben, so glauben wir, daß wir damit einen konstruktiven Beitrag geleistet haben,

(Abg. Dr. Boden: Sehr richtig! - Beifall bei den Regierungsparteien.)

während wir mit der anderen Lösung lediglich ein Hinausschieben, aber nichts Positives erreicht hätten.

Das muß man, um Mißverständnisse auszuschließen, doch einmal ganz klar herausstellen.

(Abg. Schmidt: Sie können uns nicht überzeugen!)

- Das ist möglich. Meine Fraktion ist auch - im Gegensatz zu der Fraktion der SPD und im Gegensatz zu der Meinung, die der Herr Kollege Schmidt eben festgestellt hat - nicht der Meinung, daß mit einer Annahme der Pariser Verträge die Wiedervereinigung für alle Zeiten vertagt worden sei. So wenig diese Frage durch bloße Propaganda gelöst werden kann, so ist doch andererseits ein ständiger und nachhaltiger Widerhall der Forderungen auf Wiedervereinigung in der breitesten Öffentlichkeit die unumgängliche Voraussetzung dafür, sozusagen die klimatische Voraussetzung dafür, daß dieser Gedanke immer im Volke wach bleibt.

Wir bitten deshalb die Landesregierung, auch ihrerseits alles zu tun, was die psychologischen Gegebenheiten, wie sie die Lösung dieser Fragen erheischt, zu schaffen geeignet ist. Verwickelter wie die außenpolitischen Probleme, vor deren Bewältigung die Bundesrepublik gestellt ist, hätten sie wohl kaum sein können. Wir wissen selbstverständlich heute genau so wenig wie Sie, meine Damen und Herren von der SPD, ob alle Arbeit, die für die Wiedererringung der deutschen Selbständigkeit bisher geleistet wurde, nicht wiederum umsonst gewesen ist, das heißt, ob die Pariser Verträge diesmal von Frankreich, dem politisch wichtigsten Partner, ebenfalls ratifiziert werden oder nicht. Aber wir wissen, daß in absehbarer Zeit eine wie immer geartete Lösung Platz greifen muß und wird. Davon sind wir überzeugt.

Es ist unser Wunsch - ich glaube, wir stehen damit nicht allein -, daß dann in der politischen Arbeit diejenigen Fragen endlich wieder in den Vordergrund

(Klein).

treten möchten, die zwangsläufig durch die großen außenpolitischen Entscheidungen in den Hintergrund gedrängt wurden, nämlich die drängenden innerpolitischen Probleme. Ich darf hier vor allem die Neuordnung der sozialen Ordnung, das heißt eine bessere Versorgung der sozial Schwachen, im Rahmen der uns wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten nennen. Ich darf vielleicht nennen zum mindesten die abschnittsweise Durchführung einer Finanzreform, die Regelung der Verkehrsfragen, um nur das Wichtigste herauszugreifen. Wir sind davon überzeugt, daß diese Gesetze von einer großen Tragweite sind und daß ihre Materie sehr viele Schwierigkeiten beinhaltet. Aber es läßt sich, nachdem nun das brennende außenpolitische Problem doch vor einer endgültigen Entscheidung steht, der Wunsch anmelden, daß nunmehr diese innenpolitischen Fragen schnellstens angefaßt und erledigt werden. Wir wissen, daß es freilich nicht Schuld des Bundesrates ist, daß diese Fragen etwas auf die lange Bank geschoben worden sind.

Doch wenden wir unseren Blick nunmehr wieder in die räumlichen Grenzen unseres Landes. Mein Kollege Schmidt hat die zu scheinbar objektive Darstellung der Finanzkraft unseres Landes angegriffen. Er hat aber zu meiner Freude auch festgestellt, daß - ich hatte nicht den Eindruck, daß die Ausführungen unseres Herrn Ministerpräsidenten allzu optimistisch gewesen seien - der Herr Finanzminister etwas pessimistischer bei den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß eingestellt gewesen wäre. Es wird von der Regierung und es wurde von unserem Herrn Finanzminister niemals bezweifelt, daß das Land Rheinland-Pfalz zu den finanzschwachen Ländern gehört. Man kann aber doch nun auf der anderen Seite auch die Freude darüber, daß man, trotzdem man zu den finanzschwachen Ländern gehört, auf immerhin beachtliche Leistungen hinweisen kann, nicht damit abtun, daß es sehr leicht ist, unter vier schwachen Ländern an die Spitze zu kommen. Zum mindesten muß man die Leistung und die Arbeit anerkennen.

(Abg. Motz: Sehr richtig!)

Der Umstand, daß wir zu den finanzschwachen Ländern gehören, führt halt dazu, daß wir in bestimmten Leistungen etwas langsamer tun müssen und wir gewisse Leistungen erst in zeitlichen Abständen erfüllen können. Während dieser Abschnitte hat sich das Sozialprodukt und das Steueraufkommen entsprechend erholt. Über die Gründe dafür brauche ich Ihnen nichts zu sagen. Es ist genügend darauf hingewiesen worden. Wir wissen alle, daß sie in der Struktur des Landes liegen. Wir wollen aber doch feststellen - das darf ich für meine Fraktion sagen -, daß die Leistungen des Landes auf dem Gebiete des Straßenbaues und des Wohnungsbaues, beim Wiederaufbau zerstörter Amtsbauwerke und nicht zuletzt auch die Leistungen des Landes im Mitgehen bei der Beamtenbesoldung anerkannt werden müssen.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang einmal ganz kurz auf die Frage eingehen, die mein Kollege Schmidt bezüglich des Artikels 29 GG angeschnitten hat. Sobald sich dieser Artikel auswirken kann, werden wir von der Fraktion der FDP selbstverständlich auch dafür eintreten, daß sich die Bevölkerung dazu äußern kann. Wir bedauern selbst, genau wie Sie, daß die Länderreform vorerst noch auf Eis liegt. Aber solange wir nicht diese Möglichkeit haben, müssen wir uns den gegebenen Möglichkeiten unterwerfen. Es hat auch keinen Zweck, in irgendeiner Form propagandistisch darauf hinzuwirken. Die gegebenen Tatsachen sprechen im Moment noch dagegen.

(Beifall bei der FDP.)

In diesem Zusammenhang wurde auch eine Frage angeschnitten bezüglich der Haltung der Regierung in kulturpolitischen Angelegenheiten.

Allgemein darf ich dazu folgendes sagen: Bezüglich des Verhältnisses von Legislative zur Exekutive kann doch in unserem Lande gesagt werden, daß eigentlich eine recht glückliche Verbindung besteht. Es ist ja in diesem Hause mehrfach anerkannt und festgestellt worden, daß der Geist der Sachlichkeit, der hier zu walten pflegt, als vorbildlich angesehen werden darf. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Fraktion der FDP nun grundsätzlich - ich freue mich, daß Sie jetzt schon darüber lächeln - mit allem einverstanden ist, was sich hier in diesem Lande ereignet oder nicht ereignet hat.

Ich habe in diesem Falle eben schon darauf hingewiesen, daß wir es bedauern, genau so wie Sie, daß die Verwaltungsreform vorerst noch unter dem Tisch liegt. Wir sind aber nicht wie Sie davon überzeugt, daß sie unter den Tisch gefallen ist, sondern es sind zunächst noch keine Möglichkeiten dafür da.

Ich darf dann auch noch auf die von Ihnen angeschnittene konfessionelle Frage eingehen. Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, dies zu tun; aber da diese Frage von Ihnen angeschnitten worden ist, muß ich doch darauf eingehen. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die konfessionelle Parität bei Einstellung und Beförderung der Staatsdiener kein bloßes Lippenbekenntnis sein darf, wobei ich besonderen Wert darauf lege, die Parität nicht so sehr quantitativ als auch vielmehr qualitativ verstanden zu wissen, eben im Sinne einer gleichmäßigen Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Konfessionen.

Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht auch einmal - weil Sie, Herr Kollege Schmidt, diese Frage angeschnitten haben - einen Blick in unsere Landesverfassung werfen. Ich bin überzeugt davon, daß die Verfassung in der Form - und ich meine jetzt insbesondere die kulturpolitischen Artikel darin - wahrscheinlich nur unter günstigen Umständen, wie sie 1947 noch herrschten, zustandekommen konnte. Ich hatte leider damals nicht das Vergnügen und die Ehre, daran mitarbeiten zu können. Ich bin persönlich überzeugt davon, daß einige ihrer Bestimmungen noch deutlich das Gepräge der damaligen Zeit tragen. Aber ich sehe keine Möglichkeit, zunächst zu irgendeiner Änderung; und deswegen machen wir uns das zu eigen, was wir zum Grundsatz unserer gesamten Politik gemacht haben: die unbedingte Toleranz gegenüber dem anderen.

Aus diesem Grunde neige ich auch nicht ihren Ausführungen zu, daß man bei den kulturpolitischen Fragen eine andere Lösung hätte finden können. Sie haben das Wort geprägt, daß der „Finckenschlag“ von Mainz im Lande sehr viel Unruhe ausgelöst hätte. Ich bin überzeugt davon, daß die beiden Fraktionen, die CDU und meine Fraktion, im Rahmen der Möglichkeiten, die uns der Artikel 29 gegeben hat, das toleranteste Schulgesetz geschaffen haben, das im Rahmen des Artikels 29 überhaupt nur möglich war.

(Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich bin im Gegensatz zur Fraktion der SPD überzeugt davon, daß wir Freien Demokraten gemeinsam mit der CDU gerade zum Schutze derjenigen, die Sie glauben vertreten zu müssen, das Bestmögliche herausgeholt haben, was im Rahmen der Verfassung möglich war.

Wir haben selbstverständlich zu Beginn der Beratungen anerkannt, daß die Verfassung für uns bindend ist, und das haben Sie ja selbst auch zugegeben. Also, ich habe nicht die Überzeugung gewonnen draußen -

(Klein)

und wir leben ja in einem und demselben Gebiet, wir haben ja eine und dieselbe Heimat -, daß unsere Leute dort jetzt den Eindruck haben, daß man ihnen ihre Simultanschule antastet, Herr Kollege Schmidt!

(Abg. Sassenroth: Bis jetzt noch nicht; warten. Sie mal ab!)

- Ja, warten wir einmal ab. Aber eines dürfen Sie dann auch zur Kenntnis nehmen. In dem von uns verabschiedeten Schulgesetz sind so viele Sicherungen zum Schutze der Minderheiten eingebaut, daß sich niemals mehr ein ferngesteuerter Elternwille, wie Sie es zu bezeichnen beliebten, so auswirken kann wie hier in Rheinhessen; das ist zum mindesten erreicht worden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich möchte aber über diese konfessionelle Frage keine längeren Ausführungen machen; das würde zu weit führen. Im übrigen habe ich die Überzeugung, daß man solche delikaten Dinge zum mindesten nicht in den kommenden Wahlkampf hineinbringen sollte.

(Abg. Kuhn: Dafür sorgen andere!)

Man sollte auch dort über die kommenden Auseinandersetzungen zum mindesten zunächst den Begriff Toleranz setzen.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Ich möchte abschließend nur noch ein Wort sagen zu einer Frage, die noch nicht gestreift worden ist, und zwar möchte ich einmal darauf hinweisen, daß unser Land und besonders unsere Regierung immer vor der schwierigen Frage der Beschlagnahmung von Grund und Boden für Besatzungszwecke stehen. Diese Beschlagnahme muß ja geschäftsmäßig in der Staatskanzlei bearbeitet werden, und es ist vielleicht wichtig, daß man im Rahmen dieser Ausführungen einmal darauf hinweist. Wir kennen die Planungen, und wir wissen, daß alle Besatzungsbauten und alle größeren Objekte - oder wie man es jetzt in Zukunft einmal nennen wird, wir werden es ja recht bald erleben -, daß alle Einrichtungen sich auf der linken Rheinseite abspielen sollen. Wir gewinnen daraus die Erkenntnis, daß unser Land damit praktisch stellvertretend für den Bund handeln muß. Wir wissen, daß die Anlagen, die in Rheinland-Pfalz ausgeführt werden, uns zwar irgendwann einmal selber zufallen werden, wenn der Zeitpunkt dazu gekommen ist und die Besatzungstruppen abziehen oder unsere Verbündeten von morgen werden. Es ist uns auch klar, daß ohne die Landhingabe der Zweck, den die Besatzungsmächte heute zu erfüllen haben, nicht zu verwirklichen wäre.

Es kann sich mithin für uns immer nur darum handeln, daß nach Möglichkeit der am wenigsten wertvolle Boden für militärische Zwecke benutzt wird. Das läßt sich aber sicherlich leichter formulieren als verwirklichen; denn eine Planung militärischer Anlagen kann nicht ausschließlich nach der Auswahl der schlechtesten und unfruchtbarsten Böden erfolgen. Auch ist uns bekannt, daß gerade in der Vorderpfalz und in Rheinhessen kaum ein Stück Land vorhanden ist, das nicht auf das intensivste bewirtschaftet wird und zum großen Teil Erträge hat, die an der Spitze der Bundesrepublik liegen. Aber auch anderwärts - wenn Sie in den Hunsrück oder in die Eifel gehen - besteht eine solche Vielzahl von kleinen Bauernwirtschaften, daß sich Beschlagnahmungen in jedem Falle für den Betroffenen praktisch tödlich auswirken, weil eine Ersatzbeschaffung für das verlorene Land in diesem Raum kaum möglich ist.

Als Land kommen wir an diesem Opfer nicht vorbei. Wenn wir auch lobend anerkennen, daß sich die Landesregierung bisher immer bemüht hat, Härten zu ver-

meiden und dort zu helfen, wo es eben ging, so möchte ich in diesem Zusammenhang doch die Frage anschnitten, ob nicht der Bund mit der Beschaffung von Bauernstellen dort, wo die Existenzfähigkeit entfallen ist, mildernd eingzugreifen hätte. Denn diese Frage wird auf die Dauer vom Lande her gesehen nicht allein gelöst werden können.

Wenn ich zum Abschluß kommen darf, dann darf ich eines feststellen. Wir wissen, daß uns im Lande Rheinland-Pfalz in materieller Hinsicht vielfach die Hände gebunden sind, und daß wir nicht die Möglichkeit haben, uns im Rahmen der Etats, die wir nun in dieser Woche zu beraten haben, so auszuwirken, wie wir das vielleicht gern wollten oder wie das den finanzstarken Ländern möglich ist. Zum mindesten wollen wir aber eines feststellen, nämlich, daß die Landesregierung wieder weit darauf gelegt hat, daß wir einen ausgeglichene Etat zu beraten haben, und daß wir als finanzschwaches Land immerhin stolz sein können auch auf die auch im letzten Jahre wieder erzielten Leistungen und Taten.

(Bravo-Rufe und Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Ich schlage dem Hause vor, nunmehr in die Mittagspause einzutreten. Ich schlage Ihnen weiter vor, die Mittagspause zu beschränken bis 14.15 Uhr. - Das Haus ist damit einverstanden. Die Sitzung beginnt also wieder um 14.15 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung der Sitzung um 12.54 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 14.18 Uhr.

**Präsident Wolters:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Als nächster hat das Wort Herr Abgeordneter Dr. Boden von der Fraktion der CDU.

**Abg. Dr. Boden:**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Als wir genau vor Jahresfrist - am 22. März 1954 - in diesem Hohen Hause versammelt waren, da haben wir in der Diskussion über die Etatrede des Herrn Finanzministers unter dem Eindruck gestanden, den die unmittelbar vorher ergangene Veröffentlichung des Herrn Bundesfinanzministers über die Steuerreform und die Finanzreform erweckt hatte. Ich habe damals in meinen Ausführungen gesagt: So sehr ich die Steuerreform begrüße, so sehr müßte ich davor warnen, daß sie durch die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Finanzreform erkauft werden dürfte. Ich habe damals an den Herrn Ministerpräsidenten und die Landesregierung die Bitte gerichtet, doch alle Augen offenzuhalten, damit dafür gesorgt wird, daß mit der einen Hand nicht wieder genommen werde, was mit der anderen gegeben werden sollte, denn dadurch würden wir dazu kommen, daß die von der ganzen Wirtschaft und vom ganzen Volke gleichermaßen erwünschte Steuerermäßigungen auf den Rücken der Länder - wenigstens zum hohen Prozentsatz - abgewälzt würde.

Ich freue mich, nach den heutigen Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten feststellen zu können, daß der Bundesrat dem auch entsprochen hat; wir wissen alle, daß er die Finanzreform des Herrn Bundesfinanzministers Schäffer im Dezember 1954 abgelehnt, und nach den neuesten Mitteilungen, die uns heute morgen der Herr Ministerpräsident gemacht hat, steht ja zunächst fest, daß der in der Finanzreform zugunsten der

(Dr. Boden)

Länder eingebaute Länderfinanzausgleich bestehen bleibt und dem Lande nicht nur die etatmäßig für 1955 angesetzten 65 Millionen DM garantiert, sondern auch eine Erhöhung um etwa zehn Millionen DM erwarten läßt, und daß im übrigen die Bedingungen dieser Finanzreform durch den Vermittlungsausschuß einer Erledigung entgegengehen, die zugunsten der Länder bestens auszuwerten der 1. April dieses Jahres bei der nächsten Sitzung Gelegenheit bieten soll.

Meine Damen und Herren! Das gibt mir in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses eine große Beruhigung dafür, daß der Haushaltsplan, der Ihnen heute vorliegt, auch wie die vorangegangenen echt durchgeführt werden kann. Der Herr Ministerpräsident hat in seinen Ausführungen schon darauf hingewiesen, daß wir die Ansätze aus der Regierungsvorlage um etwa 20 Millionen DM erhöht hätten und auch trotzdem einen Haushaltsplan ohne Defizit vorzulegen in der Lage seien.

Das ist vielleicht ein Schlaglicht für diejenigen, die behaupten wollen, daß das Land einen echten Ausgleich des Defizits überhaupt nicht herbeiführen könne.

Der Herr Kollege Schmidt ist bei seinen Ausführungen davon ausgegangen, daß nach dem Artikel 104 unserer Verfassung der Herr Ministerpräsident die Richtlinien der Politik bestimmt, und daß die jetzige Situation - der heutige Tag - die gegebene Zeit sei, unter diesem Aspekt Rechenschaft für diese Politik, die der Herr Ministerpräsident im letzten Jahr und in den letzten Jahren verfolgt hat, zu fordern. Ich habe den Eindruck, daß von diesem politischen Aspekt aus der Herr Ministerpräsident uns in einer fast einstündigen Rede eine sehr eingehende Rechenschaft gegeben hat, und ich habe nicht nur den Auftrag, sondern auch die eigene fest fundierte Meinung, daß wir auch in diesem Jahr allen Anlaß haben, gelegentlich dieser Etatberatung über den Haushaltsplan des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei dem Herrn Ministerpräsidenten und der Landesregierung sowie allen Beamten und Angestellten der Landesregierung herzlichen Dank zu sagen für die aufopfernde, freudige und erfolgreiche Betätigung im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung im abgelaufenen Jahr.

(Beifall der Regierungsparteien.)

Aber, meine Damen und Herren, der Artikel 104 unserer Verfassung fährt fort:

Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag.

Ich habe den Eindruck - und ich muß das bedauern -, daß hier in der Diskussion doch mancherlei Dinge vorgebracht worden sind, die dieser Verfassungsvorschrift nicht entsprechen. Ich habe den Eindruck, daß man dartun will, daß das Land nicht stark genug sei, um einen echt ausgeglichenen Haushaltsplan vorzulegen und deshalb einen Ausweg suche, indem man aus dem ordentlichen Haushalt finanziell ins Gewicht fallende Positionen in den außerordentlichen Haushalt verschiebe, um - sagen wir einmal - diesen Ausgleich künstlich herbeizuführen. Ja, Herr Kollege Schmidt, ich muß Ihnen sagen, daß das nicht mehr gelten kann, wenn Sie auf die Abänderung der Vorlage der Landesregierung einerseits und das Ergebnis der Ausschußberatung andererseits hinblicken, denn wir haben zwar einen um 20 Millionen erhöhten Zuschußbedarf herausgearbeitet, aber diese 20 Millionen ergeben sich aus einer Erhöhung von 40 Millionen in dem ordentlichen Haushalt und nur 20 Millionen in dem außerordentlichen Haushalt. Das bedeutet also eine recht erhebliche Verschlechterung des ordentlichen Haushaltsplanes gegenüber dem außerordentlichen.

Aber darauf näher einzugehen, erscheint mir zur Stunde müßig. Ich richte mich nur gegen die These, die der Herr Kollege Schmidt bei dieser Gelegenheit ausgesprochen hat, oder - besser gesagt - ich richte mich dagegen, diese These hier global zu vertreten und zu behandeln, nämlich, daß es unmöglich sei, Zuschüsse, die an die Gemeinden oder an die Gemeindeverbände gegeben wurden, aus dem außerordentlichen Haushaltsplan zu entnehmen. Das mag grundsätzlich stimmen, aber ob es im Einzelfall stimmt, das läßt sich erst erörtern, wenn man genau weiß, um welche Art Zuschüsse es sich handelt.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Deshalb erscheint es mir richtig, daß diese Frage nicht heute, sondern bei dem Kapitel Allgemeine Finanzverwaltung behandelt wird, und zwar sollte dann jeder dieser Punkte, die hier strittig sind, ebenso behandelt werden, wie jene Positionen des außerordentlichen Haushalts, die als Zuschüsse bezeichnet werden.

(Zustimmung bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Ein weiteres, was mir heute hier nicht am Platze erscheint, waren die verschiedenen Fragen, die sich auf kulturellem Gebiet bewegten. Ich bin der Auffassung, daß das nicht zu der großen politischen Linie, die der Herr Ministerpräsident zu vertreten hat, gehört, sondern daß es - nach dem Satz 2 des Artikels 104 - bei dem betreffenden Ressort, d. h. in diesem Fall bei dem Kultusministerium, zu behandeln ist.

(Zustimmung bei der CDU.)

Und ich glaube auch, daß wir unter diesem Aspekt im letzten Jahr ressortmäßig sehr viel erledigt haben und daß wir der Diskussion in den nächsten Tagen nicht aus dem Wege zu gehen brauchen. Was gerade das Schulgesetz angeht, so muß ich sagen, ich könnte Ihnen keine bessere Unterstützung meiner Auffassung vorweisen, als sie mir mein verehrter Vorredner, der Herr Kollege Klein von der FDP, gegeben hat.

(Abg. Matthes: Sehr wahr!)

Ich habe insgesamt den Eindruck, daß Sie, sehr verehrter Herr Kollege Schmidt, an der Kernfrage vorbeigegangen sind, nämlich an der Frage, ob der Herr Ministerpräsident die politische Linie, die er zu vertreten hat, verantworten kann. Diese Kernfrage läßt sich meines Erachtens nur durch die Beantwortung der Frage erledigen: Hat die Politik des Ministerpräsidenten zu einem Erfolg geführt oder nicht?

(Beifall bei der CDU.)

Und hier bin ich der Auffassung, daß unsere Landesregierung auf den Erfolg, den wir ihr in den letzten Jahren immer und immer wieder quittiert haben und den wir auch heute für das Jahr 1954 bestätigen, mit Stolz zurückblicken kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich bin aber auch der Auffassung, daß die letzte Entscheidung hierüber nicht wir als Volksvertreter zu fällen haben, sondern daß das eine Entscheidung ist, die das Volk selbst zu treffen hat.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Dazu hat es gerade in diesem Jahr Gelegenheit, wenn wir alle zusammen am 15. Mai an die Wahlurne zur Wahl des neuen Landtages zu treten haben. Und, meine Damen und Herren, nach all dem, was in Rheinland-Pfalz in dem Vierjahresraum von 1951 bis 1955 geleistet worden ist, braucht man seitens der Landesregierung dem Ausgang dieser Wahl nicht zweifelnd entgegenzusehen.

(Bravo-Rufe und Beifall bei der CDU.)

(Dr. Boden)

Was wir hier in der Volksvertretung vorgetragen bekommen, was wir in den Ausschüssen erarbeitet haben, das muß der Kritik des Volkes standhalten; und diese Kritik des Volkes entspricht dem, was jeder einzelne tagtäglich erlebt. Und ich bitte Sie, aus dem Aspekt des Staatsbürgers sich einmal an die Brust zu schlagen und sich das tagtägliche Erleben von 1947 ab, von 1951 im Fortgang und heute im Jahre 1955 zu vergegenwärtigen: Ich glaube, dann hat jeder Staatsbürger die Pflicht, ein Wort des Dankes und der Anerkennung zu sagen und das auch an der Wahlurne zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die verschiedensten übrigen Punkte, soweit sie der Herr Ministerpräsident schon angeschnitten hat, nicht eingehen. Ich fühle mich aber doch verpflichtet, auf einen Punkt noch einzugehen, der zunächst von dem Herrn Kollegen Schmidt aufgeworfen wurde, nämlich die Haltung unserer Landesregierung, insbesondere des Herrn Ministerpräsidenten, bei der Abstimmung zur Saarfrage im Bundesrat.

Der Herr Kollege Schmidt hat von sich aus - ich sage ehrlich: begrüßenswerterweise - darauf verzichtet, hier das ganze Problem nochmals zu entwickeln, wie das im Bundestag zu wiederholten Malen in langen Ausführungen gemacht wurde, wie wir es aber selbst noch in der vergangenen Woche hier tun konnten und getan haben. Ich kann auch darauf verzichten und tue es gerne, nachdem mein verehrter Kollege Klein inzwischen die Meinung der Koalitionsparteien zum Ausdruck gebracht und dabei Feststellungen über den Gang der Dinge gegeben hat, die ich restlos unterstreichen möchte. Aber was ich nicht kann, das ist, daß ich es ohne Widerspruch über die Bühne gehen lasse, wenn man nun unserem verehrten Herrn Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesrats den Vorwurf macht, er sei im Bundesrat umgefallen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion muß ich diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich erspare es mir, auf die Einzelheiten einzugehen. Aber eins muß ich doch zur Begründung global sagen und das ist, zwischen dem 4. November 1954, als wir hier auch darüber gesprochen hatten, und dem 18. März 1955, als die Entscheidung im Bundesrat fiel, da haben sich Dinge ereignet, die bei der Entscheidung des Bundesrates von ausschlaggebender Bedeutung sein mußten. Nur durch die Annahme im Bundesrat ist es möglich gewesen, das Gesamtwerk der Pariser Verträge, nachdem ein Großteil der Wünsche, die am 4. November 1954 der Herr Ministerpräsident hier einzeln und ausdrücklich aufgezählt hat, im weiteren Gang der Verhandlungen, insbesondere bei den Verhandlungen in Baden-Baden ausgeräumt bzw. in einem günstigen Sinne entschieden worden sind.

(Abg. Hertel: Wenn Sie das aber beweisen müssen, Herr Kollege Dr. Boden, dann bekommen Sie Leibweh!)

Meine Damen und Herren! Wir sind uns ja darüber einig, daß wir die grundsätzliche Debatte gar nicht mehr führen wollen.

Im übrigen, Herr Kollege Hertel, gilt hier etwas ganz ähnliches, was ich vorhin von der Meinung des Staatsbürgers gesagt habe: ob das, was für die Saar durch den 18. März beschlossen und entschieden worden ist,

glücklich ist im Sinne unserer deutschen Saar, das entscheiden wir nicht, das entscheidet Bonn nicht, das entscheiden die anderen Staaten nicht, das entscheidet die Weltgeschichte. Und diesem Urteil wollen und müssen wir uns unterwerfen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. - Widerspruch bei der SPD.)

Wenn ich nun zum Schluß zu dem Haushaltsplan des Herrn Ministerpräsidenten im einzelnen ein kurzes Wort sagen darf, so betrifft das lediglich die Vorlage II/1060, das ist der neue Antrag, der hier seitens der SPD gestellt worden ist.

Hier möchte ich aus den Verhandlungen des Haushalts- und Finanzausschusses folgendes feststellen. Die Debatte über die Frage, ob hier eine Genehmigung seitens des Ministerrates beibehalten werden soll oder nicht, ist aus der Mitte des Ausschusses veranlaßt worden. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der Herr Ministerpräsident, der anwesend war, diesen Antrag nicht selbst gestellt hat und daß er auch selbst von vornherein sich uninteressiert erklärt hat an dem Beschlusse des Ausschusses. Ich darf Ihnen aber mitteilen, wie die ganze Sache sich entwickelte. Es handelte sich um die bekannten Zuschüsse für die staatspolitische Betreuung der Bevölkerung, so will ich kumulativ sagen, die bisher mit 120 000 DM angesetzt waren. Dieser Ansatz wurde auf 200 000 DM erhöht. Diese 200 000 DM wurden aber untergeteilt, indem zunächst der in Sonderposition der Erläuterung stehende Ansatz für den „Ring politischer Jugend“ von 50 000 DM auf 70 000 DM erhöht wurde, und daß der bisherige Globalansatz von 70 000 DM, aus dem u. a. 20 000 DM an den Bürgerkundlichen Arbeitskreis gezahlt wurden, geteilt wurde insofern, als man den Zuschuß für den Bürgerkundlichen Arbeitskreis herausnahm, als Spezialposition ansetzte und von 20 000 auf 50 000 DM erhöhte. Dann blieben 80 000 DM zur Verfügung für allgemein gehaltene Anträge.

Ich muß zunächst meinerseits feststellen, daß auch - und zwar auf Wunsch, ich glaube des Herrn Kollegen Schmidt selber - schon in der Ausschusssitzung der Ministerpräsident aufgefordert wurde, in großen Zügen eine Erläuterung über die Verwendung der vorjährigen 50 000 DM geben zu lassen. Durch den Sachbearbeiter, Herrn Oberregierungsrat Duppré, wurde auch eine ganze Reihe von Positionen verlesen. Daß hier eine Einseitigkeit bestehen könnte - ich selbst habe nicht den geringsten Eindruck davon gehabt - ist mit keinem Wort im Ausschuss erwähnt worden.

Wenn der hier vom Herrn Kollegen Schmidt angeführte Fall zur Rechtfertigung des Vorwurfs der Einseitigkeit dienen könnte, dann möchte ich bitten, daß im Interesse der Sache dieser Fall genauestens aufgeklärt wird. Ich weiß mich sehr gut zu erinnern, daß unter den aufgezählten Fällen ein größerer Betrag von mehreren tausend Mark für die Gewerkschaftsjugend dabei war.

(Abg. Völker: 2500 DM!)

- Ganz recht!

Ich würde also bitten, daß, wenn man schon solche Einwürfe gegen den Herrn Ministerpräsidenten erhebt, diese hieb- und stichfest nachgewiesen werden.

Meine Damen und Herren! Im übrigen sind zu dem Haushaltsplan des Herrn Ministerpräsidenten, wie auch von allen Fraktionen anerkannt wurde, irgendwelche nennenswerte Änderungen nicht vorgeschlagen worden. Ich bitte Sie, den Antrag Drucksache II/1060 abzulehnen und im übrigen dem Haushaltsplan 02 Ihre Zustimmung zu erteilen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)



**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Altmeier.

**Ministerpräsident Altmeier:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um gleich mit dem letzten zu beginnen, nämlich mit der Etatposition Titel 306 - Demokratische Aufbauarbeit -, die im vergangenen Jahr 50 000 DM betragen hat. Dazu möchte ich folgendes sagen:

Der Herr Kollege Schmidt hat heute morgen von einer einseitigen Verteilung gesprochen. Diese Einseitigkeit müßte definiert werden. Solange das nicht geschieht, bin ich nicht in der Lage, zu diesem Anwurf Stellung zu nehmen. Worin soll die Einseitigkeit bestehen? Ich darf feststellen, daß ich dem Herrn Kollegen Schmidt die Liste zur Einsichtnahme sofort zur Verfügung gestellt habe. Wie mir berichtet wurde, hat er sich eine halbe Minute lang die Liste angesehen. Ich darf weiterhin feststellen, daß ein Antrag der Gewerkschaftsjugend im vergangenen Jahr eingegangen ist. Hier wurde beschlossen, einen Zuschuß in Höhe von 2000 DM zur Verfügung zu stellen, worüber der Gewerkschaftsbund in Mainz am 8. Dezember in einem liebenswürdigen Brief - gezeichnet Uhrig - an die Staatskanzlei gedankt hat.

Ich darf schließlich feststellen, Herr Kollege Schmidt, daß ein weiterer Antrag in der Staatskanzlei nicht vorliegt, so daß ich bitten möchte, auf jeden Fall Herrn Minister Dr. Haberer die Möglichkeit einer eingehenden Überprüfung zu verschaffen.

Meine Damen und Herren! Ich darf dem Herrn Abgeordneten Klein danken für die zustimmenden Ausführungen zu den verschiedenen politischen Fragen, die er angeschnitten und die zu erledigen sich die Landesregierung im vergangenen Jahre bemüht hat.

Herr Abgeordneter Klein hat vor allem auch die Frage der Landbeschlagnahmen angerührt und alle die Schwierigkeiten, die sich daraus für die Betroffenen, aber auch für die Behörden ergeben haben. Ich stimme dem Herrn Abgeordneten Klein absolut zu, wenn er gesagt hat, daß hier der Größere, der Bund, angesprochen ist in der Frage einer schnelleren Entschädigung, der Landersatzbeschaffung, der Siedlung und der Errichtung neuer Bauernhöfe für jene, die ihre eigene Scholle verlassen mußten.

Meine Damen und Herren! Wir haben bisher in der Gemischten Kommission, die seinerzeit auf Grund der noch bestehenden Besatzungsbestimmungen gebildet wurde, bei jedem einzelnen Fall immer wieder den Versuch gemacht, ihn zu verhindern, wenn er nach unserer Auffassung mit den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht in Einklang gebracht werden konnte, oder Abmilderungen zu erreichen, zu verlangen, daß auf diese und auf jene Gegebenheiten Rücksicht genommen wird. Ich kann sagen, daß in vielen Fällen unser Mühen nicht vergeblich gewesen ist, sondern zu einem Erfolg geführt hat.

Ich glaube, daß, wenn wir demnächst nach der Ratifizierung der Verträge nun diese Dinge nicht mehr mit der Besatzungsmacht zu verhandeln haben, sondern vom Land zum Bund, dann auch neue Formeln gefunden werden können, um hier den berechtigten Belangen unseres Landes Rechnung zu tragen, um auf der anderen Seite den Notwendigkeiten zu entsprechen, die sich daraus ergeben, daß Entschädigungen geleistet werden müssen und daß vielerlei getan werden muß, wie Herr Abgeordneter Klein es dankenswerterweise hier vorgetragen hat.

Ich muß ein paar Worte sagen zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Schmidt, bei denen es sich um das „Zahlenspiel“ gehandelt hat, von dem ich gesprochen hatte. Herr Kollege Schmidt hat gemeint, ich hätte Zahlen angeführt, um die weitere Existenz des Landes wieder einmal zu beweisen. Meine Damen und Herren! Ich habe es nicht für notwendig gehalten - und ich unterstreiche es auch jetzt -, heute vormittag auch nur ein einziges Wort in der Frage der Länderreform und der Ländergrenzen usw. zu sprechen; sondern ich bin ausgegangen von Zahlen, die der Herr Kollege König nach dem Sitzungsbericht am 25. Januar hier genannt hat, als er die Aufkommen an Landessteuern von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein - allerdings ohne Zeitangaben - ausdrücklich erwähnt hat, denen ich heute die Verbesserung und die Veränderungen im Laufe des letzten Jahres sachlich gegenübergestellt habe. Ich meine, Sie sollten (zur SPD) doch nicht - wie soll ich sagen - gleich so aufgeregt werden, wenn eine solche rein sachgemäße Feststellung gemacht wird. Warum soll denn alles und jedes hier immer unter dem Gesichtspunkt der „Existenz des Landes“ dargestellt werden? Meine Damen und Herren! Kann denn die Landesregierung, kann denn der Ministerpräsident nicht einmal diese oder jene Feststellung treffen, ohne daß er gleich verdächtigt wird, hier über die Existenz des Landes zu sprechen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich muß doch einmal die Frage stellen: Was wird in Bayern oder in Niedersachsen gesprochen, wenn dort von denselben Problemen die Rede ist, die ich heute vormittag hier vorgetragen habe? Ich habe gar keine Beweisführung unternommen, um irgendwie die weitere Existenz des Landes nachzuweisen. Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, daß wir das im gegenwärtigen Augenblick überhaupt nicht mehr nötig haben,

(Abg. Dr. Boden: Sehr richtig!)

weil die Entwicklung hier die Antwort gibt, weil die Frage der Entscheidung des Ländergrenzenproblems - das ist schon hundertmal an dieser Stelle auch von mir ausgesprochen worden - im Artikel 29 begründet liegt, der zum Beispiel sofort zum Tragen kommt, wenn demnächst die vom Bundesrat angenommenen Verträge ihre Wirksamkeit erlangt haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der Herr Kollege Schmidt hat in diesem Zusammenhang in beachtlichen Bemerkungen Bezug genommen auf das, was ich über den Bundesrat und das Zusammenwirken von Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung gesagt habe. Er hat von dem zu engen Zimmer gesprochen, also von der Struktur, und er ist der Meinung, daß hier die Entwicklung weitergehen wird. Meine Damen und Herren! Das ist eine Frage, die der großen Politik aufgegeben ist. Ich hatte heute vormittag bei meinen Ausführungen von dem Tatbestand auszugehen, wie er sich nach dem Grundgesetz ergeben hat. Ob die große Politik in Deutschland, Herr Kollege Schmidt, die Frage des föderativen Staatsaufbaues einmal ändert, ob sie wieder einen „zentralen Eintopf“ schafft, wie wir ihn ja - Gott sei's geklagt! - leider erleben mußten, ist, wie ich schon sagte, der Dynamik der politischen Entwicklung in Deutschland aufgegeben. Ich werde bei einer solchen Auseinandersetzung bestimmt auf der Seite derer sein, die die bundesstaatliche Entwicklung für Deutschland als die gemäßige und beste Form ansehen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sind vielleicht auf der Seite des Bundeseinheitsstaates. Ich

(Ministerpräsident Altmeyer)

bin persönlich der Auffassung, Herr Kollege Schmidt, daß ich bei einem Eintreten für eine bundesstaatliche Entwicklung in einem echten föderativen Sinne, wie ich es heute vormittag vorgetragen habe, zum Beispiel in Reih' und Glied marschieren werde mit Ihrem Parteifreund Kopf von Niedersachsen und Ihrem Parteifreund Hoegner in Bayern.

(Abg. Schmidt: Entschuldigen Sie, sogar mit mir, Herr Ministerpräsident!)

- Gut, aber ich mußte diese Frage ja ansprechen, weil Sie diese heute vormittag angesprochen haben. Ich wollte also damit sagen, daß hier der Bundespolitik eine Zukunftsaufgabe gegeben ist, die aber heute vormittag in meinen Ausführungen oder gar bei der Auseinandersetzung über unseren Etat nicht zur Debatte stand. Zu gegebener Zeit wird auch über diese Frage - gebe Gott, daß dies bald kommt; sicherlich dann, wenn wir die gesamtdeutsche Einheit wieder herbeigeführt haben - wieder gesprochen werden können.

Es ist eben schon von Herrn Dr. Boden gesagt worden, daß die heute vormittag hier angeschnittene Frage des sogenannten „gelenkten Elternwillens“ eigentlich in die Debatte über den Etat des Kultusministers gehört.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Aber da diese Frage angesprochen worden ist, meine Damen und Herren, darf ich ein Wort dazu sagen.

Ich hatte ja schon den Zwischenruf gemacht, daß das Verfassungsrecht, das zur Zeit in Hessen besteht - der Abgeordnete Schmidt hatte ja die Frage gestellt, warum es hier praktiziert wird und drüben nicht -, das Elternrecht nicht kennt, und daß infolgedessen auch keine irgendwie gearteten Institutionen der Eltern oder andere Institutionen in Hessen heute auf Grund von verfassungsmäßigen Bestimmungen die Praktizierung des Elternrechts verlangen können. Dieses Elternrecht besteht aber in unserer Verfassung, und infolgedessen ist es - das ist schon oft hier ausgesprochen worden - die Aufgabe einer jeden Landesregierung, in der Treue vor dem verfassungsmäßigen Recht jene Bestimmungen durchzuführen und zu achten, die sich hieraus, insbesondere aus dem Artikel 29 der Verfassung, ergeben.

Und wenn heute vormittag gefragt worden ist, warum denn in den vier Jahren vorher - ich glaube, so lautete die Frage - die Fragen der Schule nicht praktiziert worden seien, dann muß ich im Interesse der Wahrheit doch wohl darauf hinweisen, daß in den Jahren von 1947 bis 1951 sehr viele Schulen in der Pfalz konfessionalisiert worden sind, wobei es sich zum Teil - ich betone, zum Teil - um solche handelte, die in der Form der Wiedergutmachung, der Wiederherstellung des Zustandes von vor 1933, in eine katholische oder evangelische Bekenntnisschule umgewandelt worden sind, andererseits auch um solche Schulen, bei denen diese Umwandlung auf Grund des Elternrechts sowohl für die evangelischen als auch für die katholischen Kinder neu verlangt worden ist.

(Zuruf des Abg. Bögler.)

- Ja, das können Sie doch nicht bestreiten, Herr Bögler!

(Abg. Völker: Wo denn?)

- In der Pfalz! Wir sind bereit, Ihnen darüber einmal eine Liste aufzustellen; darin werden wir dann einmal die Orte nennen, die deshalb wieder konfessionalisiert wurden, weil sie vor 1933 so waren.

(Abg. Bögler: Wird ja nicht bestritten; das zeigt nur unsere Toleranz!)

- Schön, wird nicht bestritten - und andere, die das neu verlangt haben, sowohl im katholischen wie im evangelischen Raum. Nur, meine Damen und Herren, das kann der Herr Kollege Schmidt mir ja nicht bestreiten - und deshalb sage ich es ja -: Es ist gefragt worden, warum man das denn jetzt erst mache und warum damals dasselbe nicht geschah. Damals war die Situation eine andere. Ich weiß, daß diese Frage auch damals im Kabinett eine Rolle gespielt hat; aber im Kabinett wurde damals gerade von Ihren Ministern dem damaligen Kultusminister Dr. Süsterhenn erklärt, daß es sich hier um eine Frage handele, die in die alleinige Zuständigkeit des Kultusministeriums gehöre, so daß der Wunsch ausgesprochen wurde, das Kabinett damit nicht zu beschäftigen.

(Abg. Martenstein: Hört, hört!)

Nun, meine Damen und Herren - -

(Abg. Völker: Und was war mit Rheinhessen?)

- Womit?

(Abg. Völker: Was war mit Rheinhessen, Herr Ministerpräsident?)

- In Rheinhessen sind keine Anträge gestellt worden.

(Abg. Völker: Darum geht es aber!)

- Nein, es geht darum, daß Herr Abgeordneter Schmidt heute vormittag erklärt hat, daß in den letzten vier Jahren, das heißt von der heutigen Landesregierung, Veränderungen von dem „gelenkten Elternwillen“ durchgeführt worden sind, und das wäre früher, als die SPD mit in der Regierung war, nicht der Fall gewesen. Daraufhin hatte ich festzustellen, daß das damals in der politischen Auseinandersetzung deshalb nicht der Fall war, weil das Kabinett sich damals auf den Standpunkt gestellt hat - und zwar auf Vorschlag Ihrer Minister -, daß es sich um eine Angelegenheit handele, die in der alleinigen Zuständigkeit des Kultusministers zu vertreten und zu erledigen sei, so daß es darüber dann auch keine politische Auseinandersetzung gegeben hat.

(Hört, hört! und Beifall bei den Regierungsparteien. - Abg. Völker: Und die Abmachung, Herr Ministerpräsident, daß in Rheinhessen daran nicht gerührt werden sollte?)

- Ich habe bisher ganz klar gesprochen, Herr Kollege Völker! Wenn Sie dazu noch etwas zu sagen haben, dann stehe ich Ihnen nachher, wenn Sie das hier begründet haben, auch gern zur Verfügung.

Nun, meine Damen und Herren, zu der Frage der Saar, die heute vormittag hier angeschnitten worden ist. Ich glaube, es ist auch hier erforderlich, ein Wort zu sagen darüber, daß der Bundesrat am vergangenen Freitag nicht nur das Saarstatut behandelt hat, sondern auch die Pariser Verträge.

Erstens den Deutschlandvertrag. Der Deutschlandvertrag, meine Damen und Herren, ist von den vier Gesetzen das alleinige gewesen, das der ausdrücklichen Zustimmung des Bundesrates bedarf, und dieser Vertrag wäre gescheitert, wenn etwa der Bundesrat mit Mehrheit seine Zustimmung zu diesem Gesetz abgelehnt hätte. Ich darf feststellen, daß der Deutschlandvertrag im Bundesrat mit 29 Stimmen gegen 9 Stimmen von Hessen und Niedersachsen die ausdrückliche Zustimmung gefunden hat. Diese Zahl von 29 Stimmen macht mehr als zwei Drittel aus und bedeutet, daß auch sozialdemokratisch regierte Länder wie Bremen und Bayern ausdrücklich zugestimmt haben.

Das zweite Gesetz, meine Damen und Herren, ist der Truppenvertrag, und das dritte Gesetz ist der

(Ministerpräsident Altmeier)

Brüsseler-Pakt-Vertrag. Beide Gesetze bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrates. Sie hätten also einen Aufschub durch die Anrufung des Vermittlungsausschusses erfahren können. Anträge auf Anrufung des Vermittlungsausschusses sind aber zu beiden Gesetzen nicht gestellt worden, so daß man feststellen kann, daß der Bundesrat diese beiden Gesetze einstimmig hat „passieren lassen“.

(Hört, hört! bei der FDP.)

Und schließlich hat der Bundesrat in Verbindung damit die EntschlieÙung über die Viermächteverhandlungen und über die Wiedervereinigung Deutschlands, die der Bundestag einstimmig angenommen hatte, ebenfalls zu der seinen gemacht und sie ebenso wie der Bundestag eingeleitet mit dem Satz:

Die Einheit Deutschlands als Staat und seine Freiheit zu wahren und mit friedlichen Mitteln zu vollenden bleibt die vordringliche Aufgabe der deutschen Politik.

Und nun, meine Damen und Herren, viertens das Saarstatut, das Gesetz betreffend das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Abkommen über die Saar.

Hier ist festzustellen, daß auch bei diesem Gesetz ein Antrag, das Saarstatut abzulehnen - d. h. den Vermittlungsausschuß anzurufen mit dem Ziel, das Gesetz zu beseitigen - überhaupt nicht gestellt worden ist. Auch die Regierung von Hessen, die den Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses einbrachte, hat darin nicht die Beseitigung des Gesetzes verlangt, sondern sie hat verlangt, daß das Ratifizierungsgesetz eine Änderung im Artikel 1 erfahren solle, wonach die Voraussetzungen für die Ausfertigung der Ratifizierungsurkunde festgelegt werden sollten; es sind ungefähr die gleichen Bedingungen, wie sie auch in unserer EntschlieÙung stehen. Es wird weiterhin die Frage des räumlichen Geltungsbereiches behandelt. Gemeint sind damit die 102 Gemeinden. Schließlich wurden noch die Freiheiten der politischen Parteien als Voraussetzung für die Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde verlangt.

(Abg. Bögler: Aber der hessische Antrag war doch die Brücke für Sie, Herr Ministerpräsident!)

- Ich werde darauf zu sprechen kommen.

Es ist also in diesem Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses auch von der hessischen Regierung nicht das Saarstatut abgelehnt oder seine Beseitigung verlangt worden, sondern lediglich die Änderung eines Gesetzes, die allerdings im Endeffekt, ohne daß es offen ausgesprochen wurde, doch die Beseitigung des Saarstatuts bedeutet hätte.

Es ist wichtig, dies festzuhalten; besonders dann, wenn in der „Freiheit“ heute vormittag die Unwahrheit steht; denn sie schreibt in der Überschrift „Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz stimmte dem Saarstatut zu“. Das ist deshalb eine Unwahrheit, weil es sich nicht um ein Zustimmungsgesetz gehandelt und im Bundesrat überhaupt keine Abstimmung über die Zustimmung zum Saarstatut stattgefunden hat. Man sollte doch gerade in diesen Dingen absolut, auch vor der Geschichte, bei der Wahrheit bleiben.

(Unruhe im Hause.)

Bei der Wahrheit bleibt auch nicht die EntschlieÙung des Bundespartei Vorstandes der SPD, wenn sie sagt, diese Haltung von Rheinland-Pfalz wiege besonders schwer, weil 140 Gemeinden dieses Bundeslandes von Frankreich widerrechtlich dem Saargebiet einverleibt worden seien. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz habe damit nicht nur den Deutschen an der Saar geschadet, sondern auch Menschen preisgegeben, die rechtlich Bürger ihres Landes seien. Von 140 Gemein-

den kann schon gar nicht gesprochen werden. Es sind vielmehr 102. Auch die übrigen Feststellungen - darauf komme ich gleich zurück - müssen zurückgewiesen werden.

(Unruhe und Zurufe: Klarheit!)

Ich bin immer für Klarheit. Es waren einmal 140. Aber dann sind 1947 wieder soundso viele zurückgegliedert worden. Wenn schon, dann muß man es eben ganz klar ausdrücken, zumal sonst das Gefühl zurückbleibt, als ob irgendeine „Fernlenkung“ stattgefunden hätte, die man dann aber auf der anderen Seite nicht ganz begriffen habe.

Mir hat z. B. am Abend der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ein hoher Vertreter von Hessen - ich will nicht sagen höhnisch - aber doch die merkwürdige Frage gestellt: „Gelt, Ihnen ist für die Wahl die Frage der 102 Gemeinden sehr unerwünscht?“ - Ich habe ihm geantwortet: „Gelt, Ihnen ist diese Frage der 102 Gemeinden einen Wahlschlager wert!“ - Es war auch sehr interessant, als der Vertreter von Bayern im Auswärtigen Ausschuß sagte, sie seien von Bayern aus an den 102 Gemeinden doch außerordentlich interessiert; denn von diesen 102 Gemeinden seien mindestens ca. 80 aus der früheren bayerischen Pfalz. - Der Mann hatte etwas gehört, aber er hat dann alles wie Kraut und Rüben durcheinandergeworfen. Er hat an die Gesamtheit der Gemeinden aus der Pfalz innerhalb des Saargebietes nach dem Gewaltakt von 1945 gedacht und diese mit den 102 Gemeinden zusammengeworfen. Tatsächlich handelt es sich bei den 102 Gemeinden nur um 7 oder 8 pfälzische Gemeinden, während es sich bei allen übrigen um solche aus dem Regierungsbezirk Trier, insbesondere aus den Kreisen Saarbürg, Birkenfeld usw. handelt.

Nun zu den 102 Gemeinden! Darüber ist an dieser Stelle am 5. November vorigen Jahres einiges gesagt worden. Jeder von uns kennt auch die Entwicklung, die seit 1945 zu dem heutigen Zustand geführt hat: einmal, indem das Gros dessen, was wir Saargebiet nennen, 1945 abgetrennt und französisch besetzt wurde, zum zweiten, indem man 1946 und 1947 die erwähnten 102 Gemeinden durch einen zweiten Besatzungsakt abtrennte und schließlich, indem durch die sogenannten „geringfügigen Londoner Grenzveränderungen“ im Jahre 1949 die Gemeinde Kirrenberg herausgeschält worden ist.

Ich habe am 5. November vorigen Jahres an dieser Stelle gesagt:

Die Landesregierung sieht keinen Unterschied zwischen dem völkerrechtlichen Gewaltakt der Loslösung des früheren Saargebietes und dem zweiten Gewaltakt seit der Erweiterung mit diesen Gemeinden. Mit anderen Worten: Beide Loslösungen sind staats- und völkerrechtlich gleich zu beurteilen, zumal ein Bestehen auf der Rückgabe lediglich dieser Gemeinden möglicherweise als ein Verzicht auf das Saargebiet ausgelegt werden könnte.

Deshalb bin ich auch heute noch der Meinung - es ist im Laufe der letzten Monate darüber auch verantwortlich mit allen in Frage kommenden Stellen sehr viel gesprochen worden -, daß es nicht zu verantworten wäre, wenn jetzt eine getrennte Rückgliederung nur dieser 102 Gemeinden, also des kleineren Teiles, betrieben und dadurch der größere Teil um so gefährdeter werden würde.

Meine Damen und Herren! Ich habe an dieser Stelle im Laufe der letzten Jahre sehr oft über die Saar gesprochen und darauf hingewiesen, daß vor allem die sogenannte „Europäisierung“, wie sie im van Naters-Plan betrieben worden ist, zweifellos die endgültige Abtrennung der Saar von Deutschland bedeutet hätte.

(Ministerpräsident: Altmeier)

Auch das Saarstatut, wie es uns vorliegt, begegnete im November größeren Bedenken unsererseits. Darüber ist an dieser Stelle am 5. November sehr eingehend gesprochen worden, aber nicht in dem Sinne, als wenn ich das Saarstatut damals abgelehnt hätte, denn sonst hätten wir ja dem SPD-Antrag zustimmen müssen - der damals die Ablehnung verlangte -, gesprochen wurde vielmehr in dem Sinne, daß wir damals Klarstellungen, Interpretationen, Erklärungen usw. verlangten. Darüber - es ist schon gesagt worden - ist in den vergangenen Monaten viel hin und her verhandelt worden. Es sind Zusicherungen der Bundesregierung gegeben worden sowohl im Bundestag durch die öffentlichen Erklärungen des Bundeskanzlers wie auch jetzt wieder im Auswärtigen Ausschuß. Es wurden alle möglichen von uns verlangten Klarstellungen und zuzusätzlichen Erklärungen abgegeben.

Im übrigen habe ich festzustellen, daß wir uns im Bundesrat mit unserer Stimmabgabe genau so verhalten haben, wie es dem Mehrheitsbeschluß dieses Hohen Hauses entsprochen hat. Wir haben es abgelehnt, den Vermittlungsausschuß anzurufen. Das war der SPD-Antrag, er wurde hier abgelehnt. Wir haben uns nicht nur die Entschließung des Hohen Hauses hundertprozentig zu eigen gemacht, sondern sie ist noch erweitert worden, vor allem im Punkt 4, wonach die Bundesregierung durch den Bundesrat „ersucht wird, bei der Durchführung des Saarstatuts der vorstehend dargelegten Auffassung des Bundesrates Rechnung zu tragen“.

Meine Damen und Herren! Das Saarstatut war umstritten bis zur letzten Stunde; es war besonders umstritten wegen des Art. VI, wegen der politischen Freiheiten, für die wir Erklärungen erhalten haben, die uns befriedigen. Es war umstritten vor allem auch im Hinblick auf die Frage: „endgültig oder Provisorium“ nach dem Artikel IX. Ich habe das letzte Mal an dieser Stelle ausgeführt, daß gerade auf diesem Gebiete im Laufe der Monate seit November soviel Zusicherungen und Garantien gegeben worden sind,

(Richtig! bei der CDU.)

daß an der Tatsache des Provisoriums heute niemand mehr, der es ernst mit der Auslegung meint, irgendwie rütteln kann.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben die Erklärungen von Amerika, wir haben die Erklärungen von England, wir haben die Erklärungen des Herrn Mendès-France, die er noch als Ministerpräsident im Parlament abgegeben hat, wobei er auf die Frage eines französischen Abgeordneten laut Protokoll in der Kammer ausdrücklich antwortete. Es heißt da wörtlich:

Die endgültige Lösung wird niemals gegen den Willen des saarländischen Volkes gefaßt werden können.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Wir haben die Zustimmung der englischen Regierung, worin es u. a. heißt:

Bei der Friedenskonferenz wird die Regierung Ihrer Majestät ebenfalls eine Lösung unterstützen, die auf der bereitwilligen Annahme durch die Saarbevölkerung und durch die französische und die deutsche Regierung basiert.

Das ist also ausdrücklich anerkannt; die Ausführungen des Herrn französischen Außenministers Pinay in der französischen Kammer habe ich Ihnen das letzte Mal schon vorgetragen.

Gerade bei dieser Entwicklung, die die völlige Klarheit des provisorischen Charakters - so wie wir die

Klarheit damals verlangten - bis zu einem Friedensvertrag ausdrücklich dargelegt hat, sollte, meine Damen und Herren, von uns in Deutschland das Saarstatut in der Auslegung dieser Paragraphen wirklich nicht mehr bestritten werden.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr gut!)

Wir haben erstens die Zusicherung der friedensvertraglichen Regelung, die ja nicht mehr - wie es 1947 der Fall gewesen wäre - auf der Basis: hier die Siegermächte und dort das unterlegene Deutschland - erfolgt, sondern auf Grund der außenpolitischen Entwicklung zu Verhandlungen an einem Tisch führen wird, an dem die gesamtdeutsche Regierung mit dabei sitzen wird. Die gesamtdeutsche Regierung, die dann über diesen Friedensvertrag mit zu verhandeln haben wird, untersteht dem dann wieder vorhandenen gesamtdeutschen Parlament.

Das sind schon zwei Sicherungen, zu denen die dritte kommt: nämlich die Zustimmung der Bevölkerung zum Friedensvertrag.

Meine Damen und Herren! An diesen Tatbeständen kann niemand vorbeigehen. Es mag sein - und das soll nicht bestritten werden -, daß weiß Gott noch Bedenken genug übrigbleiben; aber auf der anderen Seite muß doch auch jedem von uns in seiner politischen Gewissensentscheidung zugestanden werden, daß hier Fakten geschaffen worden sind, von denen am 5. November noch nicht die Rede war.

(Zurufe: Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

Ich darf zitieren, was vom Senatspräsidenten Kaisen - es ist auch vom Kollegen Klein heute erwähnt worden - im Bundesrat erklärt wurde hinsichtlich des gesamten Komplexes, der zur Abstimmung stand. Er sagte:

Wir sind uns alle des Ernstes der Entscheidung, vor die wir mit der Stellungnahme zu diesem Vertragswerk gestellt sind, bewußt. Es sollte keinen Zweifel geben, daß der Maßstab der Geschichte, dem wir uns vor unserem Volke zu beugen haben, gerecht und streng ist. Wir wissen, daß wir mit der Ratifizierung dieses Vertragswerkes erst am Beginn einer nach einer entsetzlichen Katastrophe verlorenen politischen Handlungsfreiheit wieder stehen, und Ziel eines jeden Schrittes, den wir von da bis in die Zukunft tun, muß die Wiedervereinigung Deutschlands sein.

Senatspräsident Kaisen hat ebenso überzeugend und alle tief beeindruckend gerade bei der Frage der Saar gesagt, daß er bei allen Teilnehmern gemerkt habe - gemeint war die stundenlange Auseinandersetzung abends im Auswärtigen Ausschuß -, wie sehr die mit den Verträgen verbundenen Fragen Gewissensfragen sind, über die das letzte Wort nur die Geschichte sprechen kann, wie es Herr Kollege Dr. Boden eben auch hier gesagt hat. Er hat hinzugefügt:

... und ich betone das, weil ich gleichzeitig zum Ausdruck bringen möchte, daß gerade diese schweren Beratungen und die damit verbundenen Gewissensnöte uns einander nähergebracht haben und Freunde und Gegner der Verträge sich gegenseitig die Achtung nicht versagen.

Meine Damen und Herren! Das ist die klare Situation. Wenn wir allein über das Saar-Statut zu verhandeln gehabt hätten, dann hätten wir bestimmt anders gehandelt, aber es kann doch niemand bestreiten, daß vor uns das ganze große Vertragswerk gestanden hat,

(Sehr richtig! bei der CDU.)

(Ministerpräsident Altmeier)

und daß es sich nicht um die Frage gehandelt hat, ob der Vermittlungsausschuß angerufen wird mit einer Verzögerung von drei oder vier Wochen, wobei dann diese Verzögerung den anderen in Frankreich, die die Verträge nicht wollen, die Gelegenheit dazu geboten hätte, zu sagen: Schaut nach Deutschland, wie sie drüben abgelehnt haben!

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Die gesamte außenpolitische Entwicklung hat also hier vor der Verantwortung des einzelnen gestanden, das ganze große Werk. Und, meine Damen und Herren, in dieser Sicht hatten wir zu entscheiden; in dieser Sicht hat die Landesregierung entschieden; in dieser Sicht ist sie bereit, die Verantwortung für Ihre Entscheidung auf sich zu nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Sie wissen ja: ich stamme von der Saar; meine Wiege hat dort gestanden und alle meine Vorfahren, soweit ich sie überhaupt noch feststellen kann, haben an der Saar gewohnt, und ein großer Teil meiner Verwandtschaft wohnt noch heute dort. Das berechtigt mich, über alles reine Theoretisieren hinaus auch noch folgendes zu sagen, daß ich zuversichtlich auf den deutschen und redlichen Sinn der Bevölkerung an der Saar vertraue, auf ihre Treue und Zuverlässigkeit, auf die Dynamik einer Entwicklung mit den politischen Freiheiten, die der Bevölkerung durch dieses Saar-Statut nunmehr in die Hand gegeben werden, ihr die Möglichkeiten schafft, einen Landtag zu bilden, und die weiterhin uns allen die Möglichkeit gibt, danach - nach dieser politischen Entwicklung - dann auch die wirtschaftlichen Hilfen von Deutschland folgen lassen, die von selbst dazu führen, daß mit allen diesen Garantien eines Tages ein Zustand herbeigeführt wird, der die Saar schließlich und endlich bei Deutschland beläßt, wo sie hingehört hat kraft der Vergangenheit und kraft der Geschichte.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und ich vertraue schließlich auch, meine Damen und Herren, auf die Wirkungskraft der Gesamtheit der Verträge, auf die Tatsache, daß der Besatzungscharakter beseitigt wird. Ich frage, meine Damen und Herren: Wie kann ich dagegen stimmen, daß ein Gesetz zur Verabschiedung kommt, das endlich den Besatzungscharakter beseitigt, wie es beim Deutschland-Vertrag der Fall war.

(Beifall bei der CDU.)

Ich vertraue auf die Tatsache, daß wir nun gleichberechtigt in den Kreis der demokratischen Völker des Westens eingegliedert werden.

Und dies alles, meine Damen und Herren, muß uns die Entscheidung, die wir am vergangenen Freitag getroffen haben, wert sein. Sie gibt uns die Möglichkeit und die innere Kraft, unsere Entscheidung vor der deutschen Geschichte, vor unserm Volke und vor der Zukunft dieses Volkes zu verantworten.

Meine Damen und Herren! Ich schließe und sage: Ja, wir haben in diesen vier Jahren, die hinter uns liegen, den Versuch gemacht, und sind weitgehend mit der Politik der Bundesregierung mitgegangen, so wie es vor vier Jahren - Herr Schmidt hat es heute vormittag gesagt - hier zum Ausdruck gekommen ist. Diese vier Jahre liegen hinter uns. Sie liegen auch offen vor unserer Bevölkerung, und ich meine, es seien die Erfolge für diese vier Jahre entscheidend, die der einzelne im Vergleich von 1951 bis 1955 an sich und an der Gesamtheit der politischen und wirtschaftlichen Situation erlebt hat. Ich vertraue darauf, daß jeder aus un-

serem Volk empfunden und selbst festgestellt hat, wie sich im Laufe dieser vier Jahre eine Landesregierung und ein Parlament bemüht habe, den Weg weiter aufwärts und vorwärts zu schreiten. Weil wir darauf vertrauen, dürfen wir auf diese vier Jahre mit Dankbarkeit und mit dem Gefühl einer treu erfüllten Pflicht zurückschauen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmidt von der SPD-Fraktion.

**Abg. Schmidt:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dem Zusatzantrag der SPD-Fraktion zum Haushalt des Herrn Ministerpräsidenten muß ich feststellen, daß bei mir ein kleiner Irrtum vorgelegen hat. Es handelt sich nicht um eine Ablehnung gegenüber der Gewerkschaftsjugend, sondern um eine Ablehnung gegenüber unseren Jungsozialisten. Wir werden das ablehnende Schreiben der Staatskanzlei in den nächsten Tagen zur Kenntnisnahme vorlegen.

Weiter bitte ich die Landesregierung, die mir zur Einsichtnahme vorgelegte Gesamtliste dem gesamten Landtage zur Kenntnis zu bringen. Ich glaube, Herr Ministerpräsident, ich bin dann der Notwendigkeit einer Beweisführung enthoben.

Ein paar Bemerkungen zu der Erklärung des Herrn Kollegen Dr. Boden. Mein Erstaunen heute morgen, Herr Kollege Dr. Boden, war außerordentlich groß, als der Herr Ministerpräsident hier gewissermaßen den Herrn Finanzminister vertrat; denn alles das was er zu den finanzpolitischen Vorgängen auf der Bundesebene sagte, gehörte eigentlich in das Ressort des Herrn Finanzministers. Nachdem aber der Herr Ministerpräsident die Dinge angesprochen hatte, fühlten wir uns verpflichtet, auf die Dinge einzugehen, denn sonst wären wir auf die Fragen erst bei dem zuständigen Haushalt zu sprechen gekommen. Die Tatsache, daß der Vorgang sich hier abgespielt hat, ist also nicht durch mein Verhalten zu erklären, sondern ganz eindeutig durch die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten.

(Abg. Dr. Boden: Der aber Ausführungen machte in seiner Eigenschaft als Vertreter des Landes im Bundesrat!)

Im übrigen aber glaube ich, für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich versucht habe, bei meinen Ausführungen auch den politischen Anschauungen derer gerecht zu werden, die in Grundsatzfragen anderer Meinung sind als wir.

Es geht ja leider in dieser Hauptfrage um eine Meinungsverschiedenheit mitten durch das deutsche Volk, und wer recht behalten wird - da stimme ich dem Herrn Ministerpräsidenten zu -, wird die Geschichte entscheiden.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

In der Geschichte gibt es aber neben einer Entwicklung auch eine Schuld, und im Völkerleben sollten sich alle Staaten und Regierungen davor hüten, durch Unterschriften oder Erklärungen eine Entwicklung zu fördern, die nie im Interesse des Volkes liegen kann, das Regierungen und Parlamente zu vertreten haben.

(Abg. Matthes: Darüber streiten wir uns ja!)

Ich möchte klarstellen und bedauere, das hier noch einmal hervorheben zu müssen: Wir alle werden doch bewegt von der Gefahr der Teilung Deutschlands; wir

(Schmidt)

alle fürchten doch um unser Volk, solange die russischen Soldaten und die amerikanischen Soldaten sich, im Herzen Deutschlands stehend, einander in die Augen schauen können. Wir Sozialdemokraten leiten unser ganzes politisches Mühen ab von dem Wunsche, dieses Einandergegenüberstehen der einzigen großen entscheidenden Machtblöcke in der Welt wieder zu beseitigen und sie voneinander in einen größeren Abstand zu bringen.

Wir glauben einfach - entschuldigen Sie, verehrte Frau Kollegin -, daß das auch nicht geht, indem wir uns vor der Wiedervereinigung Deutschlands einseitig militärisch verpflichten.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wir glauben, daß diese einseitige militärische Verpflichtung ein Beitrag zu der dauernden Spaltung Deutschlands und nicht zur deutschen Wiedervereinigung ist!

(Beifall bei der SPD. - Abg. Dr. Habighorst:

Das ist Ihr Glaube!)

- Zugegeben, über diese Grundsatzfrage werden Sie und wir uns nie einigen. Das müssen wir wahrscheinlich der Geschichte überlassen.

(Abg. Lorenz: Deshalb sollten wir etwas kürzer treten!)

Aber ich habe gestern von einem unserer politischen Freunde einen Hinweis bekommen, der mich außerordentlich erschüttert hat. Es war der Bundestagsabgeordnete Fritz Erler, der auf unserem Koblenzer Parteitag als Gast sprach. Fritz Erler legte uns die Frage vor, ob wir in Westdeutschland die ganze politische Situation nicht allzu stark von dem Gesichtspunkt der eigenen Bequemlichkeit und der vermeintlichen eigenen Sicherheit aus beurteilten, ohne entsprechend Rücksicht zu nehmen auf die 18 Millionen Menschen, die auf Grund dieser Eigenen-Sicherheits- und Bequemlichkeitspolitik der Bundesrepublik dann Gefangene eines verruchten Systems bleiben würden.

(Abg. Korbach: Und welche politische Konsequenz ziehen Sie daraus?)

- Die politische Konsequenz ist die, daß wir Sozialdemokraten selbst dann, wenn es auf Kosten unserer eigenen Bequemlichkeit ginge und wenn dieser Befreiungskampf noch länger dauern und noch härter sein würde, glauben, daß wir nicht berechtigt wären, auf Grund eigener Sicherheits- und Bequemlichkeitsvorstellungen 18 Millionen Deutschen ihre Hoffnung zu nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Ich will damit meine Stellungnahme zu den politischen Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten abschließen. Ich glaube, wir sollten hier keine Bundestagsdebatte wiederholen.

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Nur zu einigen sachlichen Bemerkungen des Herrn Ministerpräsidenten noch ein Hinweis. Herr Ministerpräsident, zunächst hat ja meiner Unterrichtung nach der Senatspräsident Kaisen von Bremen als Berichterstatter des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates gesprochen. Ich glaube, der Berichterstatter eines Ausschusses ist immer zu anderen Formulierungen verpflichtet als der Parteimann.

(Abg. Dr. Boden: Richtig!)

Wie wir uns hier im Hause darum bemühen, so wird das auch im Bundesrat der Fall sein. Deshalb kann man Erklärungen des Berichterstatters nicht ohne weiteres hier gegen uns ins Feld führen.

(Abg. Dr. Habighorst: Man muß sagen, daß er als Berichterstatter sprach!)

Und noch etwas. Der Herr Ministerpräsident hat sich darüber beschwert, daß hier der Ausdruck „Zustimmung“ zum Saarstatut gefallen ist. Meine Damen und Herren, Sie alle lesen genau so gut die Presse wie wir. Haben Sie in einer deutschen Zeitung die Formulierung gefunden: Der Bundesrat läßt das Saarstatut passieren? Ich habe in allen Zeitungen nur die eine Hauptüberschrift gefunden: Der Bundesrat erteilt Zustimmung! Und auf Grund dieser Feststellung ja auch die freudige Erklärung des Bundeskanzlers. Aber nicht nur in der deutschen Presse konnte man das lesen. Ich habe mir eben noch einmal die Frankfurter Zeitung angeschaut, um mich zu vergewissern - das war also keine Unhöflichkeit Ihnen gegenüber, Herr Ministerpräsident -, daß sie darüber berichtet, selbst der amerikanische Außenminister Dulles habe seine große Freude über die „Zustimmung“ des Bundesrates zum Ausdruck gebracht. Und wenn man so auf der internationalen Ebene spricht, warum sollten wir hier dann anders sprechen. Tatsache ist doch, daß das Passieren-lassen, das Nicht-beanstanden auf Grund der Stellungnahme des Bundesrates, praktisch der Billigung, also der Zustimmung, gleichzusetzen ist.

Warum der Versuch, die Dinge zu bagatellisieren!

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Zunächst, Herr Kollege Dr. Boden, möchte ich aus einem bestimmten Grunde festhalten, daß nicht ich es war, der für unsere Fraktion hier eine Art Wahlauftritt vorgetragen hat. Ich bin der Meinung, wir brauchen in diesem Hause nicht zu versuchen, uns gegenseitig für die kommenden Wahlen zu gewinnen. Ich hoffe, daß das, was hier sitzt, politisch so fest ist, daß es den Wahlstürmen standhalten wird.

(Zuruf von Frau Abg. Dr. Gantenberg.)

- Verehrte Frau Kollegin, ich habe ja gesagt: Ich hoffe! Ich lasse Ausnahmen zu!

Ich wollte das nur festhalten.

Im übrigen hat der Herr Ministerpräsident auf die Schulfrage hingewiesen. Herr Ministerpräsident, ich darf ganz eindeutig feststellen - und ich bedauere, das Ihnen gegenüber tun zu müssen -, daß in der Landesregierung von 1947 bis 1951 das Problem der Wiedergutmachungsfälle in der Pfalz zur Debatte stand. Ich gebe ganz ehrlich zu, daß damals eine Reihe meiner Freunde bei dieser Debatte gesagt hat: In den meisten Dörfern, die davon betroffen waren, wollen die Eltern ja gar keine Rückwandlung mehr. Diese Auseinandersetzung führte dann zu erheblichen Spannungen in unserer eigenen Fraktion in dieser Frage. Und die Fraktionsmehrheit hat damals auf dem Standpunkt gestanden, daß dies eine Wiedergutmachungsfrage sei, daß wir dieses Wiedergutmachungsprinzip anzuerkennen hätten. Und wir haben es anerkannt. Aber dann ist im Landtag mit Hilfe der FDP-Fraktion und der sozialdemokratischen Fraktion ein Beschluß zustande gekommen, daß es mit dieser Wiedergutmachung sein Bewenden haben solle.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Dabei ist es dann auch verblieben. In den ganzen Jahren haben wir keine Auseinandersetzungen mehr in den Gemeinden gehabt, die vordem irgendeine andere Schulart hatten. Ich muß das feststellen, weil ansonsten das, was ich vorgetragen habe, in einem falschen Licht erscheinen könnte.

Und weiter haben Sie, Herr Ministerpräsident, gefragt, ob wir uns denn nicht alle freuen sollten, daß das Besatzungsregime überwunden würde. Wenn sozialdemokratische politische Anschauungen im deutschen Volke vor 1933 herrschend geworden wären, hätten wir

(Schmidt)

vermutlich überhaupt keine Besatzung bekommen. Und die Tatsache, daß wir eine Politik wünschten, die keine neuen Kriege hervorzauberte,

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Darin waren wir uns alle einig!)

- entschuldigen Sie, verehrte Frau Kollegin, ich bin noch nicht fertig - hat uns Sozialdemokraten auch nach 1945 mit am stärksten berechtigt, gegen die politischen Methoden und Forderungen der Besatzungsmächte zu protestieren. Sie wissen genau, wie sehr wir in den ersten schweren Jahren hier mit angetreten sind.

(Abg. Matthes: Miteinander!)

- Ich habe ja gesagt, verehrter Herr Kollege: Wie sehr wir mit angetreten sind! Ich habe nicht gesagt: Wie sehr wir alleine angetreten sind. Ich weiß schon, was ich sage. Wie sehr wir Sozialdemokraten den Abmarsch aller Besatzungstruppen herbeisehnen, dürfte außerhalb jeder Diskussion stehen.

Ich wollte nur sagen, meine Damen und Herren, daß wir aber trotz dieser Besatzungslasten, die auf uns liegen, doch in der gesamtdeutschen Politik nicht Dinge außer Acht lassen können bei unseren Entscheidungen, die noch über die Besatzungszeit hinaus wirksam sein könnten. Darum dreht es sich. Wenn wir das Gefühl besonderer Sorge wegen der Bundesrepublik haben, nachdem der Herr Ministerpräsident davon gesprochen hat, gestatten Sie mir darum zum Schluß noch einen Hinweis.

Wenn es einen Teil der deutschen Bevölkerung gibt, der an diesen Fragen am stärksten interessiert sein muß, und den auch die militärische Problematik am stärksten bewegt, dann ist es die Bevölkerung hier im Lande Rheinland-Pfalz. In keinem europäischen Lande sind die Amerikaner mit ihren Atomgeschützen angekommen. Nur allein in unserem Lande, als einzigem in Gesamteuropa, sind sie stationiert. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir uns gerade in dem Gebiete in unseren beiderseitigen politischen Anschauungen mindestens soweit achten sollten, daß Sie unsere politische Anschauung akzeptieren: Wie können wir dem deutschen Volk und wie können wir der Bevölkerung am Rheine dienen.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Wolters:**

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Besprechung.

Ich komme zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Einzelplan 02. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache II/1041. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! -

Bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Ich rufe auf Kapitel 01, Kapitel 02, und lasse bei Kapitel 03 zunächst abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache II/1060. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! -

Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf die Kapitel 03, - 04, - 05, - 06, - 07, - 08 und - 09. Wer dem Einzelplan 02 in zweiter Beratung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! -

Der Antrag ist angenommen mit den Stimmen der Fraktion der CDU und FDP.

Ich rufe auf den Einzelplan 03

- Haushalt des Ministeriums des Innern -

Die Berichterstattung erfolgt durch den Herrn Abgeordneten Hartmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hartmann:**

Herr Präsident! Meine Damen und meine Herren! Beim Einzelplan 03 - Ministerium des Innern - hat sich der Haushalts- und Finanzausschuß insbesondere wieder mit Grundsatzfragen der Landesbeamtenpolitik beschäftigt. Er hat hierbei insbesondere für dieses Jahr einen Grundsatzbeschluß gefaßt des Inhalts, daß eine Erhöhung der festgelegten Bezüge und eine Überprüfung der bestehenden Aufwandsentschädigungsrichtlinien dann sofort erfolgen soll, wenn im Laufe des Sommers, spätestens bis 1. Oktober, eine Besoldungsneuordnung seitens des Bundes nicht in Kraft tritt. Das Ministerium des Innern wird beauftragt, alsdann eine entsprechende Vorlage dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Herbeiführung einer Sonderregelung vorzulegen.

In gleicher Weise hat sich der Ausschuß mit den Beihilfegrundsätzen, wie sie für die Beamten, Angestellten und Arbeiter aller Ressorts in Geltung sind, eingehend beschäftigt. Auch hier steht der Ausschuß auf dem Standpunkt, daß zusammen mit dem Bund eine Überarbeitung dieser Beihilfegrundsätze für die Zukunft erwartet wird.

Ein drittes war eine Grundsatzdebatte über die Laufbahnmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung, und zwar über die einseitige oder die doppelgleisige Laufbahn. Der Ausschuß stand hier auf dem Standpunkt, daß insbesondere auch den Volksschülern vor wie nach der Eingang in die Beamtenkategorien des mittleren und gehobenen Dienstes ermöglicht werden solle.

Für den Friedhof in Hinzert bei Hermeskeil, auf dem Opfer der Nazizeit beigesetzt sind, hat der Ausschuß eine Globalerhöhung vorgenommen, um eine noch würdigere Ausgestaltung dieser Gedenkstätte vornehmen zu können.

Ich könnte ihnen nun noch im einzelnen viele Positionen, die Sie aus der Drucksache II/1042 als Änderungsvorschläge des Haushalts- und Finanzausschusses nachlesen können, erläutern und die im Ausschuß zu einzelnen Punkten geführten Debatten darlegen. Ich glaube aber im Interesse der Sache liegt es, daß insbesondere die Mitglieder des Ausschusses in den Fraktionen ihre Kollegen und Kolleginnen über alles das, was im einzelnen dort zu diesen Änderungsbeschlüssen führte, erläutern, um damit das Plenum nicht aufzuhalten.

Einig war sich der Ausschuß insbesondere, ich möchte sagen in Fortsetzung seiner Handlungsweise vom Vorjahr, darüber, daß für die gesamte Polizei einschließlich Gendarmerie, eine laufende Verbesserung der Positionen erfolgen müsse. Sie ist auch dieses Jahr wieder durchgeführt worden. Der Ausschuß war sich auch weiter einig, daß dieses im nächsten Jahr zum Abschluß gebracht werden müsse.

Bei der landrätlichen Verwaltung entspann sich eine längere Debatte darüber, ob die Forderung des Landkreistages auf Erhöhung der Pauschalvergütung als Ersatz der Aufwendungen der Landkreise für die Besoldung der nichtbeamteten Kräfte und der sächlichen Ausgaben in staatlichen Verwaltungsangelegenheiten berechtigt seien oder nicht. Man hat die Sätze nun entgegen dem Vorschlag, den Sie in der Regierungsvorlage finden, seitens des Ausschusses wie folgt erhöht:

(Hartmann)

In Kreisen bis 50 000 Einwohner 2,35 DM, 50 001 bis 85 000 Einwohner 2,- DM und über 85 000 Einwohner 1,70 DM je Einwohner.

Dann möchte ich noch ausdrücklich aufmerksam machen auf Kapitel 03 11 - Bereitschaftspolizei -, wo noch einmal ein **Ergänzungsantrag unter II/1054** dem Hohen Hause zugegangen ist und nachträglich eine Festsetzung des Ansatzes bei Titel 101 in Höhe von 1 600 000 DM vorgenommen wurde.

Alle anderen Veränderungen sind geringfügig.

Namens des Haushalts- und Finanzausschusses bitte ich das Hohe Haus, dem Einzelplan 03 - Haushalt des Ministeriums des Innern - Ihre Zustimmung zu geben.  
(Beifall bei den Regierungsparteien.)

#### Präsident Wolters:

Ich danke dem Berichterstatter für seine Berichterstattung. Die Aussprache ist eröffnet. Zunächst hat das Wort der Abgeordnete van Volxem von der Fraktion der CDU.

#### Abg. van Volxem:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was der Einzelplan 03 an Veränderungen bringt, hat der Herr Berichterstatter in seiner bewährten gründlichen Art bereits erwähnt.

Gestatten Sie mir, daß ich einige grundsätzliche Bemerkungen und Betrachtungen an den Gesamtkomplex des Innenministeriums anknüpfe, zumal die Fragen der Polizei und des Gesundheitswesens von einem anderen Kollegen meiner Fraktion noch gesondert behandelt werden.

Meine Damen und Herren! Man hört oft die Ansicht, daß in Deutschland die Innenpolitik im Schatten der Außenpolitik stehe. Ich will die Richtigkeit dieser Bemerkung nicht im einzelnen untersuchen. Aber sie geht zweifellos von der irrigen Annahme aus, daß Innenpolitik in Deutschland nur das ist, was mit dem Aufgabenbereich des Bundesinnenministeriums begrenzt ist. Innenpolitik im Gegensatz zur Außenpolitik ist doch auch der Gesamtbereich der Politik der Länder; wenn auch ab und zu die Länder das Bedürfnis haben, wie wir das eben erlebt haben, einen kleinen Abstecker in die Außenpolitik zu machen, so ist doch, insgesamt gesehen, wie ich eben sagte, die Landespolitik, die Politik der Länder, Innenpolitik. Und wenn wir uns hier mit dem Komplex des Innenministeriums unseres Landes befassen, dann müssen wir wieder einschränken auf das Gebiet der inneren Verwaltung, auf das Gebiet der Exekutive, das heißt der Polizei, und auf jene sehr wichtige Funktion, die das Innenministerium gegenüber der Selbstverwaltung ausübt. Diese Funktion ist nicht beschränkt auf die Ausübung der Staatsaufsicht, sondern das Innenministerium - so darf man wohl sagen - übt im Rahmen der gesamten Landespolitik eine Art treuhänderischer Wahrnehmung der Interessen der Selbstverwaltung aus.

Gestatten Sie mir, in diesem Punkte einen kurzen Rückblick auf die bisherige gesetzgeberische Arbeit auf dem Gebiete der kommunalen Gesetzgebung zu werfen, die sich dieses Jahr im Landtag vollzogen hat. Wir dürfen mit Befriedigung die Verabschiedung des Selbstverwaltungsgesetzes feststellen, und wir dürfen auch anerkennend den Anteil des Innenministeriums an der gesetzgeberischen Arbeit in der Vorbereitung und Erledigung dieses Gesetzes erwähnen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr gut!)

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß in diesem Gesetz das bewährte Alte erhalten blieb und daß es

durch die gesetzgeberische Auswertung der Erfahrungen, die inzwischen vorlagen, verbessert worden ist. Wir stellen insbesondere fest, daß das in den einzelnen Landesteilen Bewährte erhalten blieb, so im Nordteil unseres Landes, in Trier-Koblenz, die Ämterverfassung und in anderen Teilen die Bürgermeisterverfassung.

Man kann diese Frage nach dem Wert der einzelnen Kommunalverfassungen nicht theoretisch beantworten. Sie findet ihre Begründung in der Tatsache, daß die Bevölkerung in diesen Gebieten diese Art der kommunalen Verfassung wünscht, daß man also im Norden des Landes die Ämterverfassung und in anderen Teilen die Bürgermeisterverfassung haben möchte, und daß die Bevölkerung seit vielen Jahrzehnten an diese Formen gewöhnt ist. Wir dürfen zusehends feststellen, daß insgesamt schon ein Abschluß der gesamten Kommunalgesetzgebung abzusehen ist, während ein anderes Gebiet, das ich hier nur streifen will, weil es in einen anderen Einzelplan gehört, nämlich die Frage des Finanzausgleichs, noch völlig in der Entwicklung ist.

Wir haben bezüglich des Finanzausgleichs vom Herrn Finanzminister mit Befriedigung vernommen, daß die Leistungen des Landes von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Freilich dürfen wir nicht übersehen, daß diese gestiegenen Leistungen ja auch kompensiert wurden durch erhöhte Ausgaben der Gemeinden und Kreise, beispielsweise durch die Aufgabe des Berufsschulwesens, die wir ihnen durch Gesetz zugewiesen haben, oder durch die erhöhten Personalkosten, die die Erhöhungen der Löhne und Gehälter in den letzten Jahren mit sich gebracht haben.

Aber es scheint mir wichtig zu sein, etwas anderes hier zu erwähnen; das ist nämlich die Verlagerung der Finanzausgleichsmasse zu den steuer- und finanzschwachen Gemeinden. Diese Entwicklung scheint mir wichtig, und es erscheint mir auch notwendig, sie in der Zukunft noch weiter auszubauen.

Insgesamt - so glaube ich - muß man auch weiterhin die Entwicklung des Finanzausgleichs mit einer großen Aufgeschlossenheit für die großen Aufgaben betrachten, die den Gemeinden und Städten noch obliegen. Ich denke zum Beispiel an die Frage, die wir neulich hier erwähnt haben, an die Frage der Abwasserbeseitigung, an die Frage der Trinkwasserversorgung der großen Städte und die Ausgestaltung dieser Gemeinschaftsanlagen in den kleinen Städten, die wir jetzt begonnen haben - insgesamt große Aufgaben, die noch vor den Gemeinden liegen, und die wir bei der Wertung des Finanzausgleichs berücksichtigen müssen.

Eine andere Funktion, die dem Innenministerium gegenüber den Gemeinden obliegt, ist die wichtige Funktion der Staatsaufsicht. Dieser Staatsaufsicht sind in der Verfassung sehr enge Grenzen gezogen. Aber wenn man diese Aufsicht bevormundend ausüben würde, würden zweifellos die Verantwortungsfreude und die Initiative der Gemeinden darunter leiden. Ich darf hier mit großer Befriedigung feststellen, daß der Herr Innenminister keinerlei Hang zu einer solchen bevormundenden Staatsaufsicht gezeigt hat.

(Bravo-Rufe bei den Regierungsparteien.)

Ich muß dagegen feststellen, daß dieser Ruf nach der Staatsaufsicht sehr häufig aus der Bevölkerung selber kommt.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Mir ist ein Fall aus meiner näheren Heimat bekannt, in dem sich herausgestellt hat, daß der von der



(van Volxem)

freien Liste gestellte Bürgermeister wohl nicht den Anforderungen entspricht, die man an den Bürgermeister einer großen Gemeinde stellen muß. Es kommt zu sehr eigenartigen Vorfällen im Gemeinderat, und schon ruft die Öffentlichkeit, schon ruft die Presse nach dem Eingreifen der Staatsaufsicht. Ich meine, man muß auch den Gemeinden Gelegenheit geben, an ihren Fehlern zu lernen. Außerdem ist ja dem Verlangen nach Staatsaufsicht heute ein gewisses Äquivalent gegeben - das wird der Herr Minister nicht gern hören -, und zwar durch die Möglichkeiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Nur soviel, meine Damen und Herren, zu dem Komplex des Innenministeriums. Ein zweiter, wichtiger Bereich ist der der Polizei, der Exekutive. Er wird in seinen Einzelheiten, wie ich schon sagte, von einem anderen Kollegen behandelt werden. Ich darf aber aus diesem Aufgabenbereich einen Punkt herausgreifen.

Es ist ja die Aufgabe der Polizei, den Bürger zu schützen vor Gefahren, die ihm drohen. Und da bietet unser Land einen Punkt, aus dem besondere Gefahren für unser Land erwachsen können. Ich denke an die überstarke Belegung unseres Landes mit Militär. Das Bitburger Explosionsunglück hat ein grelles Schlaglicht auf die Gefahren geworfen, die für die Bevölkerung unseres Landes aus der überstarken militärischen Inanspruchnahme erwachsen. Es sind Gefahren der verschiedensten Art, Gefahren im Straßenverkehr, Gefahren aus der Luft, wie es wiederum Bitburg durch den Absturz eines Flugzeuges und den Verlust des Katasteramtes erleben mußte. Es sind Gefahren für die Geschäftsmoral, wie wir sie bei der Vergebung der Bauaufträge erlebt haben, Gefahren für die Sittlichkeit. Ich darf hier besonders hinweisen auf das Dirnenunwesen, und ich möchte den Herrn Minister bitten, mit allen Mitteln auch weiterhin dieses Unwesen zu bekämpfen,

(Innenminister Dr. Zimmer: Das ist Sache des Justizministers!)

selbst mit einer sehr extensiven Auslegung der gesetzlichen Möglichkeiten.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!  
Sehr gut!)

Wir sollten überlegen, daß hierbei auch der Ruf unseres Landes auf dem Spiel steht, und daß wir eine besondere Verantwortung haben, eine Verantwortung auch - und das möchte ich einmal erwähnen - gegenüber dem Ausland; denn auch die Mütter amerikanischer, kanadischer oder französischer Soldaten machen sich Sorgen um ihre Jungen hier in Deutschland.

Im Hinblick auf die besondere Gefährdung der Bevölkerung müssen wir fordern, daß den Bestrebungen des Herrn Innenministers Raum gegeben wird, die deutschen Behörden stärker als bisher in die Planungen, Vorbereitungen und bei der Durchführung alliierter Vorhaben einzuschalten, wenn die Sicherheit deutscher Staatsbürger durch solche Maßnahmen berührt wird.

Grundsätzlich aber müssen wir zu dem Kapitel sagen, daß die Maßnahmen alliierter Truppen und die Belegung unseres Landes nicht nur unter dem Gesichtspunkt militärischer Notwendigkeiten gesehen werden dürfen, sondern daß sie auch da eine Grenze haben, wo der Lebensraum unserer Bevölkerung und ihre Sicherheit allzu stark eingeschränkt werden.

In diesem Zusammenhang muß ich auch ein anderes trübes Kapitel streifen, nämlich das Kapitel der Fremdenlegion, das wir hier schon des öfteren behandelt haben. Ich unterstelle, daß Frankreich die Bedeutung

seiner Legion anders sieht als wir. Aber es muß mit den Empfindungen der Deutschen rechnen.

(Beifall bei der CDU.)

Empfindungen und Gefühle sind in der Politik Realitäten, und sie können in diesem Falle eine Belastung des gegenseitigen Verhältnisses werden.

(Abg. Dr. Boden: Richtig!)

Der Verdacht, daß Frankreich seine Besatzungszone als günstiges Rekrutierungsgebiet für die Fremdenlegion benutzt, besteht nun einmal.

Man kann ruhig zugeben, daß es keiner besonderen Werbung bedarf, daß sich eine große Zahl von Jugendlichen freiwillig bei den Annahmestellen meldet. Aber man darf diesen impulsiven, unüberlegten Schritt nicht erleichtern dadurch, daß man auf deutschem Boden Annahmestellen schafft. Die Franzosen müssen doch auch um die Belastungen wissen, die auf unserer Jugend lasten, auf dieser Generation, die so Furchtbares mitgemacht hat, die Vertreibung aus der Heimat, die aufgewachsen ist in den Bombennächten des Krieges, die zum Teil elternlos ist. Die Franzosen müssen diese Belastungen berücksichtigen und dürfen sie nicht ausnutzen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Richtig!)

Die Legion ist kein Ausweg, weil sie eben nicht der Beginn eines neuen Lebens ist. Wir müssen dankbar anerkennen, daß sich der Herr Minister dieser Frage mit warmem Herzen angenommen hat. Wir danken gleichzeitig der Polizei, den Jugendorganisationen und auch dem Jugendsozialwerk und jedem, der im vergangenen Jahr einen jungen Menschen zur Einsicht gebracht hat und vor dem Eintritt in die Fremdenlegion bewahrt hat.

Wir sollten aber auch nicht nachlassen, den Gründen nachzuspüren, die die jungen Menschen in die Legion und zu den Annahmestellen treiben. Es ist eine traurige Feststellung, daß unsere Welt heute so eng und so gegeneinander abgekapselt ist, daß gar keine Ventile, keine Ausweichmöglichkeiten mehr da sind, wie sie in früheren Jahren bestanden. Früher konnte der Drang in die Ferne vernünftige Ziele finden. Früher konnten die Jungen, die nun einmal hinauswollten in die Welt, sich draußen eine Existenz aufbauen. Das alles ist ja heute erschwert oder unmöglich, und man sollte vielleicht überlegen, ob man nicht diesem Drang in die Ferne wieder steuern könnte, indem man durch Verhandlungen mit dem Ausland es einer ganzen Anzahl junger Deutscher ermöglicht, einmal ein paar Jahre im Ausland zu arbeiten und so die Welt kennenzulernen und damit auch den Blick zu weiten, was uns Deutschen ja bekanntlich gar nichts schaden würde.

Man pflegt in demokratischen Staaten dem Innenministerium eine besondere Bedeutung beizumessen im Hinblick auf den Schutz der Verfassung. Wenn sich diese Erwartungen ausschließlich an das Vorhandensein einer starken Exekutive, einer guten Polizei, knüpfen, dann ist, glaube ich, auch der demokratischste Innenminister überfordert. Das ist nicht nur eine einleuchtende Überlegung, sondern auch eine sehr eindrucksvolle Lehre aus dem Untergang der Weimarer Republik.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Beides muß zusammenkommen: der Wille der Bürger, den demokratischen Staat zu schützen und zu verteidigen, und eine schlagkräftige Polizei.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sehen die Bedeutung des Innenministeriums gerade in der Koordinierung dieser beiden Kräfte. Der

(van Volxem)

spezielle Verfassungsschutz ist keine Exekutive und soll auch keine sein. Wir haben angenehm zur Kenntnis genommen, daß der Verfassungsschutz in unserem Lande nicht im Brennpunkt der Diskussion stand, denn wo das war, da waren es meist höchst unerfreuliche Gründe.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Wir halten es auch nicht für zweckmäßig, ein eigenes Kapitel „Verfassungsschutz“ im Etat des Innenministeriums einzurichten; denn dadurch würden die Art und der Umfang der Tätigkeit zu offensichtlich. Die finanzielle Ausstattung würde Rückschlüsse auf die Tätigkeit erlauben, die sich ja möglichst dem Einblick der Staatsfeinde entziehen soll. Wir begrüßen aber, daß der Herr Innenminister eine Form gefunden hat, die Ergebnisse des Verfassungsschutzes auch mit den Vertretern der Parteien zu besprechen und zu behandeln, eine Form, die dem Bedürfnis des Verfassungsschutzes nach tunlichster Diskretion und Geheimhaltung entspricht.

Wir messen dem ganzen Komplex des Verfassungsschutzes größte Bedeutung bei. Die beruhigenden Wahlergebnisse, die keine nennenswerten extremen Gruppen und Kräfte zutage treten ließen, können uns nicht die absolute Ruhe und Sicherheit geben. Wir müssen auch die Tiefenströmungen beobachten. Wir dürfen vor allen Dingen unsere Betrachtungen nicht unter dem Aspekt anstellen: Gefährdung der Demokratie in Rheinland-Pfalz - nicht einmal: Gefährdung der demokratischen Staatsform der Bundesrepublik; denn der Gegner, mit dem wir es hier in den allermeisten Fällen zu tun haben, denkt in anderen Größenordnungen. Der denkt schon an das kommunistische Gesamtdeutschland. Was wir hier bekämpfen, sind ja nur die Fünften Kolonnen jener politischen Kräfte, die in der Ostzone gebildet werden.

Ein Wort über die Rechtsradikalen! Ich persönlich glaube nicht an ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus; denn dafür war der geistige Gehalt dieser Bewegung zu dürftig.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr wahr!)

Ich glaube aber, daß die, die sich heute noch zu dieser Lehre und zu dieser Idee bekennen, eine Gefahr für den demokratischen Staat bilden, und zwar die höchste Gefahr, weil sie in ihrem Haß gegen die Demokratie bereit sind, sich mit dem Teufel zu verbinden.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Ich möchte hier eine Gruppe in diese Betrachtung einbeziehen, von der uns bei einer möglichen Belastungsprobe eine ganz große Gefahr droht. Ich meine die Gruppe der Rückversicherer, der Feigen und der Ängstlichen.

Die Spekulation auf die moderne Staatsumwälzung, das ist der Erdrutsch der Ängstlichen, und ich empfinde die Arbeit des Verfassungsschutzes, auch diese Gruppe als potentielle Gefahr genau so zu werten wie die bewußt offenen und versteckten Gegner der Demokratie.

Ich muß sagen, wenn ich das Wort vom unpolitischen Menschen, vom unpolitischen Fachmann oder gar vom unpolitischen Beamten höre, dann höre ich dahinter etwas anderes. Dann höre ich dahinter diese schlaue Überlegung, dieses Mal bei den Überlebenden sein zu wollen, bei der nächsten Bereinigung bei den Nichtbetroffenen zu sein. Meine Damen und Herren! Eine solche Überlegung ist in totalitären Staaten schon das schlimmste Verbrechen. Die Demokratie duldet so etwas, aber sie darf solche Gesinnungen nicht prämiieren.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn ich an die Verwaltung noch einige Gedanken anknüpfe, dann möchte ich doch einmal auch hier die Feststellung treffen, daß das gesamte Verhältnis Bürger - Staat belastet ist mit einem Unbehagen, das seinen Ausdruck in dem Wort „Bürokratie“ findet. Diese Animosität, das dürfen wir ruhig einmal sagen, vergiftet unser ganzes politisches Leben, es hemmt die Entwicklung eines echten demokratischen Staatsbewußtseins. Diese Überzeugung ist so allgemein, daß man hier von einem allgemeinen Willen sprechen kann. Ich bin deswegen kein Anhänger einer plebiszitären Form der Demokratie, wenn ich sage, einen solchen allgemeinen Willen oder Unwillen darf man nicht übersehen. Man muß sich mit ihm auseinandersetzen; denn wenn man es nicht tut, dann wird eine Kluft sich auftun zwischen Volk und Repräsentanz, und das ist nicht gut.

Diesen Willen des Volkes muß man oft heraus Schälen aus einer Hülle von Illusionen; es ist ganz zweifellos eine Illusion zu glauben, daß die Verwaltung noch einmal auf den Umfang von 1914 zurückgeführt werden könnte. Es ist auch wahrscheinlich eine Illusion anzunehmen, daß die offenen Aufgaben, die der Staat heute mit Hilfe seiner Verwaltung zu erfüllen hat, mit Ausnahme der Kriegsfolgeaufgaben, jemals abgebaut werden können. Das enge Zusammenleben der Menschen, die Gefahren, die sich daraus ergeben, die Entwicklung der Zivilisation, insbesondere die Entwicklung des Verkehrs, aber nicht zuletzt auch die Pflege und der Ausbau der sozialen Errungenschaften werden in Zukunft eher höhere als verminderte Aufgaben an die Verwaltung stellen.

Die Möglichkeiten einer Verbesserung der Verwaltung liegen im Organisatorischen und in einer qualitativen Hebung. Auf der anderen Seite bietet ja auch die Entwicklung des Verkehrs wieder Möglichkeiten einer stärkeren Organisation. Früher mußte man Ämter dezentralisieren, weil die Bevölkerung keine Verkehrsmittel hatte, weil sie eben nicht zu den entfernt gelegenen Städten kommen konnte. Heute stehen genügend öffentliche und private Verkehrsmittel zur Verfügung. Heute kann man auch schon mal an die Auflösung eines solchen kleinen Amtes denken.

Der Widerstand der Bevölkerung muß sich in einem solchen Falle den Gesichtspunkten des Gemeinwohls unterordnen, das heißt aber nicht, daß man jetzt die kleinen Landstädte veröden lassen soll, man sollte, ja man muß ihnen etwas Besseres bieten als das Spitzwegidyll des kleinen Amtsgerichts oder des kleinen Katasteramtes. Man muß ihnen etwas bieten, was geeignet ist, das geistige und wirtschaftliche Niveau dieser kleinen Landstädte zu heben.

Ich sprach von Illusionen. Es ist auch eine Illusion anzunehmen, daß es Verwaltung und Bürokratie nur beim Staate gibt. Ich glaube, mancher organisierte Widerstand würde verstummen, wenn man einmal die Verwaltung und Bürokratie bei den Organisationen unter die Lupe nähme. Ich glaube, so eine Art Gesamtstellenplan der Organisationsbürokratie würde vielleicht manchem die Augen öffnen darüber, wo heute überflüssige Verwaltungs- und Büroarbeit geleistet wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien!)

Ich darf mich zum Schluß noch mit einer Erscheinung befassen, mit der sich auch der Herr Ministerpräsident heute morgen auseinandergesetzt und die er in Schutz genommen hat, nämlich mit der Ministerialbürokratie.

Ich befasse mich nicht unmittelbar mit ihr, sondern ich befasse mich mit dem Vorwurf, den man den Par-

(van Volxem)

teilen und auch dem Landtag insgesamt macht, die allmächtige und bestimmende Kraft im Staate sei die Ministerialbürokratie. Gestatten Sie mir, Ihnen ein Erlebnis, das ich in jüngster Zeit hatte, zu erzählen. In einer großen Versammlung, an der einige Landräte und in der Hauptsache Amtsbürgermeister teilnahmen, sprach ein sehr angesehener Redner.

Er sagte:

Glauben Sie doch nicht, daß die Abgeordneten die Gesetze machen; die machen wir, die Ministerien.

(Hört, hört! und Heiterkeit bei der CDU.)

Der Redner fügte hinzu:

Und dann gibt es doch Leute, die schreiben an Abgeordnete oder an Heuss.

Ich meine, ich setze mich nicht mit der Ministerialbürokratie auseinander; ich setze mich mit diesem Vorwurf, mit dem wir uns als politische Parteien auseinandersetzen müssen, auseinander, und ich bin auch der Überzeugung, daß dieses Urteil aus einer übertriebenen Wertung der Spezialistenarbeit an den Gesetzen sich herleitet, denn die tragenden Ideen der Gesetze müssen aus dem politischen Raum kommen.

(Abg. Dr. Boden: Richtig!)

Aber wir müssen uns damit auseinandersetzen, wenn nicht die Demokratie und wenn nicht die Arbeit der Parlamente in den Augen des Volkes ein Zerr- und Spottbild werden soll. Ich möchte auch hier nicht von Schuld und Verantwortung sprechen, denn ich bin der Ansicht: Wenn sich eine Waage nach einer Seite senkt, dann kann man die Betrachtung anstellen, ob die eine Schale zu schwer oder möglicherweise die andere zu leicht ist. Ich spreche aber nicht von einzelnen Ministerialbeamten, sondern hier liegt die Gefahr wirklich im Kollektiv.

Anschließend möchte ich zu dem gesamten Kapitel Bürokratie - Ministerialbürokratie sagen, daß diese vielfach kritisierte Entwicklung vielleicht eine Lösung findet oder finden muß in einer viel spürbareren Synchronisierung der Arbeit der Verwaltung mit dem Willen der politischen Kräfte unseres Volkes

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr gut!)

und ihrer parlamentarischen Vertretung.

Zum Schluß darf ich im Namen meiner Fraktion dem Herrn Minister das Vertrauen meiner Fraktion erneut bestätigen. Das Vertrauen gründet sich auf die Wertschätzung seiner Person und seiner Tätigkeit ebenso wie auf die Leistung des von ihm geführten Ministeriums.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Bauer von der Fraktion der SPD.

**Abg. Bauer:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser Zeit, in der die Außenpolitik das große öffentliche Interesse beherrscht, wird von der Innenpolitik draußen im Volke wenig gesprochen. Trotzdem sind die innenpolitischen Fragen im Lande nicht unwichtig. Die innenpolitischen Probleme dieses Landes sind vornehmlich Fragen der Verwaltungspolitik; mit ihnen beschäftigen sich zumeist Verwaltungswissenschaftler in Zeitschriften und Zeitungen - wir sehen es heute auch in der „Staats-Zeitung“ einmal wieder -, aber in dieser wissenschaftlichen Form finden die aufgeworfenen Fragen im allgemeinen Denken des Volkes nicht das richtige Echo. Fragt man draußen umher, dann weiß zwar jeder, daß der Verwaltungskörper ständig wächst, über

die Aufgaben im einzelnen ist der Mann, ist die Frau draußen nicht unterrichtet. Wir meinen - und der Mann auf der Straße meint es auch -, die Größe des rheinisch-pfälzischen Verwaltungsapparats stehe in keinem gesunden Verhältnis zur Größe des Landes. Ich stelle das fest im Gegensatz zu meinem Vorredner, Herrn van Volxem. Noch immer gilt - glaube ich - das Wort des verstorbenen Kollegen Dr. Hoffmann, daß das Bestock der Landesregierung von Rheinland-Pfalz mit dem dazugehörigen Verwaltungsapparat für ein Land ausreichen würde, das nicht drei Millionen, sondern mindestens zehn Millionen Einwohner haben könnte.

Es ist notwendig, meine Damen und Herren, sich darüber Rechenschaft abzulegen, ob der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und des Maßhaltens in der Beanspruchung der Steuermittel überall gewahrt wird. Wir finden im Etat des Innenministers und auch bei einigen anderen Etats Mittel zur Förderung staatsbürgerlicher Schulung, von Gemeinderäten, der Jugend, von Betriebsräten und so weiter. Mit diesen Mitteln soll die breite Öffentlichkeit am politischen Geschehen interessiert, das Interesse am politischen Leben geweckt und vertieft werden. Wir begrüßen das. Hier bietet sich Gelegenheit, wenigstens in dem kleinen Kreis, der durch diese Mittel erschlossen werden kann, auch diese Themen gründlich zu behandeln.

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß sich auch das Innenministerium in den letzten Jahren recht kräftig ausgedehnt hat. Der Personalbestand des Ministeriums ist immerhin in diesen vier Jahren um 1500 Köpfe angewachsen

(Abg. Dr. Boden: Polizei! - Abg. Dr. Habighorst: Katasterämter!)

- es ist egal, warum, er ist um 1500 Köpfe angewachsen -, und mit besonderem Unbehagen stellen wir fest, daß die höhere Bürokratie - um den Ausdruck noch einmal zu gebrauchen - um 22,5 v. H. angewachsen ist. Es scheint, als wenn die Landesregierung glaubt, durch möglichst viele Anstellungen und Beförderungen zu Beamten auf Lebenszeit dieses Land in den Herzen der Bevölkerung möglichst fest verankern zu können.

(Abg. Lotz: Dabei halfen Sie doch mit, Herr Bauer!)

- Wir haben nicht mitgeholfen, sonst wären nicht alle Ihre Anträge im Hauptausschuß abgelehnt worden.

Die Versteinerung und Verkrampfung einer über vernünftige Maße ausgedehnten Bürokratie kann sich aber einmal verhängnisvoll auswirken, etwa wenn die Bundesregierung aus irgendwelchen Gründen noch mehr Bereiche des öffentlichen Lebens in ihre zentrale Zuständigkeit einbeziehen sollte. Was von Bonn zu befürchten ist, ist in Mainz schon gegebene Tatsache. Wie in allen kleinen Ländern zeigt sich auch hier die Tendenz, möglichst viele Entscheidungen in der Zentrale zu treffen, möglichst auch die letzte Kleinigkeit in Mainz und selbst zu erledigen.

(Sehr wahr! bei der SPD.)

Ich habe - glaube ich - schon vor drei Jahren hier einmal gesagt, die Regierung solle regieren und nicht verwalten. Muß es denn wirklich sein, daß der Herr Ministerpräsident im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern einen Erlaß über die Beflagung der Dienstgebäude aus Anlaß des Ablebens des Herrn Bundestagspräsidenten herausgibt? Muß so etwas bei uns im Jahre 1954/55 überhaupt angeordnet, überhaupt befohlen werden? Da wäre es doch schlecht bestellt um den demokratischen Geist bei den verantwortlichen Stellen; ich glaube aber nicht, daß es so ist. Deshalb erspare man sich doch diesen umfangreichen und kost-

(Bauer)

spieligen Papierkrieg um solcher Selbstverständlichkeiten willen. Die Betroffenen erledigen dies schon in eigener Zuständigkeit, und wenn wirklich irgendwo einmal eine Schlafmütze sitzen sollte, die es vergißt zu flaggen, kann man die ja besonders - ohne großen Aufwand - wecken.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Dann ist es zu spät!)

- Nun, dann ist es zu spät, und dann schadet es ja auch nichts. Entschuldigen Sie, es handelt sich ja hier um Einzelfälle, Frau Dr. Gantenberg.

An derartigen Erlassen stellt man fest, daß die Vermischung staatlicher Regierungs- und Verwaltungsfunktionen doch erhebliche überflüssige Schwierigkeiten und Spannungen schafft.

(Abg. Dr. Habighorst: Bei dieser Sache nicht!)

Bezirksregierungen und Landratsämter werden durch derartige Aufträge zu Übermittlern, zu Briefträgern,

(Sehr gut! bei der SPD.)

die nur Befehle übermitteln, womit ich nichts sagen will gegen die Briefträger, denn bei denen klappt die Zustellung oft noch besser als hier, denn der in Frage stehende Erlaß kam bei uns zum Beispiel zwei Tage nach dem Termin an, an dem er vollstreckt werden sollte.

(Heiterkeit im ganzen Hause.)

Der Herr Innenminister hat mir seinerzeit selbst zugestimmt, als ich forderte: So wenig Staat wie möglich!

Das stetige Anwachsen der Zahl der bei ihm Beschäftigten zeigt aber doch, daß er nicht die richtigen Folgerungen aus dieser Erkenntnis gezogen zu haben scheint. Der Unterschied zwischen Regieren und Verwalten ist schon wiederholt genügend betont worden. Wenn Verwalten zur Regierungsmethode wird, dann bläht sich der Behördenapparat in der Spitze unnatürlich auf, und das ist hierzulande unstreitig der Fall. Zentralistische Neigungen setzen sich durch, so daß dem Ermessensbereich der unteren und mittleren Stufe wenig Betätigung bleibt. Man sollte in der Regierung bemüht sein, einen Regierungsstil zu entwickeln, der den Anforderungen demokratischer Staatlichkeit wirklich Rechnung trägt. Wir haben gesehen: Das Innenministerium hat sich in diesen vier Jahren erfreulich konsolidiert; sein Etat ist von 52 Millionen DM auf über 80 Millionen DM angestiegen, der Personalbestand - wie gesagt - um 1500 Köpfe auf über 9000. Entsprechend sind - so hoffe ich - die öffentliche Ordnung und Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des demokratischen Staatsgefüges gestiegen. Manche Erklärung des Herrn Innenministers, die er hier im Hause vorgetragen hat, läßt uns das glauben, und es ist erfreulich. Es ist zwar vor einigen Monaten noch passiert, daß eine Schule aus dem Westerwald mit sehr undemokratischen Mitteln zur Schließung gezwungen wurde. Ich spreche nicht für die Schule und für deren Leiter - ich nenne sie noch nicht einmal -, ich stelle nur die Tatsache fest, daß sie mit undemokratischen Mitteln geschlossen worden ist. Aber das hat das Innenministerium anscheinend wenig berührt, wenigstens habe ich auf ein entsprechendes Telegramm nie eine Antwort erhalten.

(Abg. Völker: Sie sind ja auch Abgeordneter, Herr Bauer! - Heiterkeit.)

In diesem Zusammenhang fällt mir das Amt für Verfassungsschutz ein. Ich weiß nicht, ob es zu seinen Aufgaben gehört - möchte es aber annehmen, in den Aufgabenbereich des Herrn Innenministers gehört es bestimmt: In Trier hat ein obskurer Bund der guten

Deutschen eine umfangreiche Plakatpropaganda durchgeführt. Obgleich die Plakate tagelang hingen und ihr Inhalt deutlich erkennen ließ, aus welcher Richtung der Wind wehte, sah sich die Trierer Bezirksregierung nicht in der Lage, etwas dagegen zu unternehmen, weil „sie den Bund nicht kannte“, wie einem Bundestagsabgeordneten, als er vorstellig wurde, gesagt worden ist.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte weniger Sozialdemokraten, dafür aber etwas aufmerksamer diese „guten Deutschen“ durch das Verfassungsschutzamt beobachten. Was ist denn zum Beispiel mit jenem Mann geschehen, der Schreiben an Behörden unseres Landes mit „Heil Hitler“ unterzeichnete - im Jahre 1954! -, wir haben nichts davon gehört.

(Zuruf: Wo war denn das?)

- In Andernach.

(Abg. Lotz: In der Irrenanstalt! - Heiterkeit -

Abg. Dr. Habighorst: Da war er ja gleich richtig!)

- Nein, nein! Die Dienststelle, die es bekommen hat, war in Andernach.

Wir stellen immer wieder fest, meine Damen und Herren - ich will mich beeilen -, daß durch unsere Regierung - ich will nicht sagen mit Absicht - das „von dem Kollegen Schmidt einmal gebrauchte Wort, daß unsere Regierung anscheinend nach rechts gewisse Scheuklappen trägt, immer wieder durch Kleinigkeiten bestätigt wird.

Meine Damen und Herren! Ein anderes Kapitel, das uns mit tiefer Sorge erfüllt - ich habe das hier auch schon einmal behandelt -, ist, daß unsere Jugend so schlechte Möglichkeiten hat, vorwärts zu kommen, soweit sie sich beruflich dem Amtsschimmel verschrieben hat. Wir sind der Meinung, daß auch andere Leute ein Recht haben zu leben als nur Abiturienten.

Warum versperrt man jungen Leuten - Volksschülern -, die irgendwo im Lande ihre Verwaltungslehre durchmachen, den Weg, um höher zu kommen? Sie werden nicht einmal zu den entsprechenden Verwaltungsprüfungen zugelassen.

(Abg. Dr. Habighorst: Na, na!)

- Nein! Ich habe bei mir im Amt einen jungen Menschen, der hat die erste Prüfung bestanden. Er hat sich vor 15 Monaten zur zweiten gemeldet. Und seit 15 Monaten liegt dieser Antrag - und liegen viele Anträge! - hier in Mainz, wo geprüft wird, ob man die jungen Leute zulassen kann. Meine Damen und Herren, so geht das nicht! Bei allem Streben nach einer leistungsfähigen Beamtschaft müssen wir darauf bestehen und mit allem Nachdruck fordern, daß auch den Jungen und Mädchen aus dem Volk die Möglichkeit gegeben wird, die Kenntnisse, die sie sich irgendwo erworben haben - ganz egal wo, in der Praxis oder auf der Schule, gestützt auf ihr Können oder auf den Geldbeutel ihres Vaters - in Stellungen zu verwerten, die ihren Leistungen entsprechen.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

und daß sie die Chancen und Möglichkeit erhalten, die ihnen zustehen.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr richtig! - Beifall bei der SPD.)

Es kommt darauf an, was einer weiß und was er kann, und nicht darauf, wo und wie er es erworben hat.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Nach dem Grundgesetz soll jeder im Rahmen seiner Fähigkeiten die Möglichkeit haben, sich weiterent-

(Bauer)

wickeln zu können. Dies sollte auch in Rheinland-Pfalz gelten.

(Abg. Dr. Habighorst: Aber er muß die Prüfung machen!)

- Ja, er muß die Prüfungen machen, dann muß man ihn aber mindestens zulassen!

(Zurufe bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Ein Wort zu diesem unglücklichen 131er Gesetz, das uns noch immer hindert, jungen Menschen in unseren Behörden die Möglichkeit zum Aufstieg zu geben. Es ist geradezu ein Unfug, daß Angestelltenstellen der Gruppe IX und der Gruppe VIII nach Mainz zum Ministerium gemeldet werden müssen, damit in einem monatelang dauernden Verfahren geprüft wird, ob man Stellen für einheimische junge Menschen freimachen kann oder nicht. Dabei steht doch von vorneherein fest, daß es bei den 131ern ja gar keine Leute gibt, die auf derartig gering besoldete Stellen reflektieren.

(Abg. Dr. Habighorst: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Fassen Sie es bitte nicht als Scherz auf, sondern es ist eine ernst gemeinte Frage von mir: Ist es wahr - der Herr Landwirtschaftsminister ist leider nicht da -, daß in der Forstlaufbahn jetzt sogar verlangt wird, daß die Anwärter Familientradition mitbringen, das heißt, daß sie aus Forstfamilien stammen müssen?

(Zurufe der SPD und CDU.)

Das setzt den Dingen doch die Krone auf!

(Zuruf der SPD: So weit ist es schon! - Zuruf der SPD: Müssen Stammbaum mitbringen! -

Abg. Dr. Habighorst: Nein, Baumstamm! - Heiterkeit des Hauses.)

Meine Damen und Herren! Von den 9700 Arbeitskräften, die dem Innenministerium zur Verfügung stehen, gehören 565 zu den staatlichen Gesundheitsämtern. Die Personalkosten für diese Gesundheitsämter betragen immerhin mehr als 3½ Millionen DM. Muß es da sein, kann es da überhaupt sein, daß ein Medizinalrat zwölf Monate lang die Arbeit für zwei leisten muß, weil einer krank ist? Muß es sein, daß wichtigste Arbeiten - etwa die Genehmigung einer Toilettenanlage für eine Volksschule - monatelang nicht erledigt werden können, weil ein Arzt beim Gesundheitsamt krank ist?

(Hört! Hört! bei der SPD.)

Ist es notwendig, daß bei einem solchen Apparat der Minister persönlich durch einen Abgeordneten angesprochen werden muß, um die Dinge zu regeln?

Meine Damen und Herren! Zur Zuständigkeit des Innenministeriums gehört auch das Landesbrandschutzamt. Es verwaltet immerhin auch einen Millionenetat und betreut 67 000 Feuerwehrleute. Mir scheint, wir sollten diesen Männern - meist sind es Freiwillige -, die im vorigen Jahr immerhin bald 3000mal alarmiert worden sind, hier einmal ein Wort der Anerkennung und des Dankes sagen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Als Bürgermeister ist es mir auch ein Bedürfnis, dem Amt - und damit dem Ministerium - dafür zu danken, daß dieses Amt durch einige Aktionen - die zwar nicht immer den Beifall des einschlägigen Handels fanden, deshalb aber doch berechtigt waren - die Versorgung unserer Wehren mit Schutzanzügen und Löschfahrzeugen großzügig gefördert hat. Damit wurde den Gemeinden eine erhebliche finanzielle Belastung abgenommen. Vielleicht sollte man aber doch versu-

chen, einen Weg zu finden, der den Handel - der ja nun einmal da ist und für die Betreuung der Fahrzeuge auch unentbehrlich ist - nicht ganz ausschließt.

Von der Landesfeuerwehrschule werden neuerdings Überprüfungen der Motorspritzen durchgeführt. Sie haben gezeigt, daß selbst bei Wehren, deren Fahrzeuge bestens gepflegt waren, sich Mängel zeigten. Die Kurzlehrgänge der Schule, die amtsweise durchgeführt werden, erfreuen sich guten Besuchs, und sie machen sich bezahlt. Notwendig scheint mir, meine Damen und Herren, die Bestrebungen besonders fürsorglicher Gemeinden und Kreise, die sich um eine Sterbegeldkasse für ihre Feuerwehren bemühen, auch gegen die Bedenken der Versicherungsgesellschaften zu unterstützen.

Und noch etwas: Das jüngste Hochwasser hat unser aller Aufmerksamkeit auch auf den Hochwasserschutz gelenkt. Er wird in kleineren Gemeinden auch mit Erfolg von der Feuerwehr geleistet. Man sollte den Gemeinden, die jetzt erkannt haben, daß für den Ausbau des Hochwasserschutzes weitere besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen, zur Verwirklichung dieser Dinge auch materielle Mittel zur Verfügung stellen.

Vom Technischen Hilfswerk ist nicht alles Seelenheil zu erwarten. Es kann in Katastrophenfällen ja nicht überall sein. Die kleinen Gemeinden werden immer auf sich selbst angewiesen sein. Im übrigen ist ja auch bekannt, daß das Technische Hilfswerk als eine Bundeseinrichtung mit erheblich höheren Mitteln bedacht wird als die Feuerwehr, angefangen von den hohen Gehältern der Führer bis zu den erheblichen Mitteln, die für die technische Ausrüstung aufgebracht werden.

(Abg. Lotz: Ersteinrichtung!)

- Ersteinrichtung, ja, die Feuerwehr hat ja auch eine Ersteinrichtung, und die Dinge stehen hier in keinem richtigen Verhältnis zueinander.

(Abg. Lotz: Sie haben das Wort falsch verstanden!)

- Nein, Sie haben Erst-Ausstattung sagen wollen, Herr Lotz, ich weiß schon, was Sie meinen.

Eines der wichtigsten Gesetze, die im vergangenen Jahr hier verabschiedet wurden, ist das Polizeiverwaltungsgesetz. Es ist wohl noch zu früh, um seine Auswirkungen schon abschließend beurteilen zu können. Gerade heute befaßt sich ja hier in Mainz auch der Städteverband mit diesem Gesetz. Sie erinnern sich, meine Damen und Herren, der lebhaften Diskussion um dieses Gesetz hier im Hause, besonders um die sogenannte Generalklausel. Ich glaube aber, keiner von uns hier hat mit dieser Generalklausel gewollt, daß Frauen mit Gummiknäppeln bearbeitet werden, wie es in Linz in einem Polizeirevier geschehen ist.

(Zuruf der CDU.)

Meine Damen und Herren, das ist ein Ausnahmefall, ein bedauerlicher Ausnahmefall. Ich hätte ihn hier auch nicht erwähnt, wenn wir gehört hätten, was in diesen vier Wochen von oben herunter zur Korrektur dieses Vorfalles in Linz geschehen ist.

Wir sind weiter der Meinung, daß wir bei den kommenden Besoldungsgesetzen der kleinen Polizeibeamten gedenken sollten. Das heißt, wir sollten ihrer nicht nur gedenken, sondern wir sollten sie materiell so viel besser stellen, daß ihr schwerer Dienst anständig bezahlt wird.

Eine Reihe von Zweifelsfragen, die durch den Übergang von Aufgaben der staatlichen an die Gemeinde- resp. Polizei aufgetreten sind, seien hier nur angedeutet.

(Bauer)

Ich hoffe, sie unmittelbar mit dem Ministerium klären zu können.

Der § 78 des Gesetzes regelt die Stärke der Ordnungspolizei. Die Gemeinden haben Kostenbeiträge zu zahlen. Wenn das schon sein muß, dann können die Gemeinden auch verlangen, daß die Beamten, für die sie Beiträge leisten, in der zahlenden Gemeinde auch Dienst tun. Wir stellen aber immer wieder fest, daß manche Stellen zwar besetzt, die betreffenden Beamten aber zu Dienstleistungen irgendwohin abkommandiert sind; manchmal mehrere und dazu monatelang. In solchen Fällen sollte man für diese Beamten den Gemeinden auch die Beiträge erlassen.

Vor manchmal einfach nicht zu lösende Aufgaben ist die Polizei - und zwar die Gemeindepolizei - gestellt durch die Pflicht zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Hier müßte man die Gemeinden bei der Schaffung von Unterkünften für Obdachlose finanziell unterstützen.

Leider wird das bisher auf der ganzen Linie noch abgelehnt. Die Anforderungen, die auf diesem Gebiet an die Gemeinden gestellt werden, sind einfach nicht mehr aus eigener Kraft zu erfüllen, und die Polizei steht vor einer unlösbaren Aufgabe, wenn sie irgend jemand, der nun herausgeklagt ist, unterbringen muß.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Am 5. Oktober 1954 hat der Landtag ein neues Selbstverwaltungsgesetz beschlossen. Es bestimmt wie das frühere, daß der Staat den Gemeinden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Finanzausgleichs sichert, und daß er ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung stellt.

Um die sich aus dem ersten Teil des Gesetzes ergebenden Verpflichtungen möglichst von sich abzuwälzen, wurden sogenannte Normalsätze festgelegt, die für die Gemeinden zwingend sind, weil sie für die Gewährung von Landeszuschüssen Voraussetzung sind. Nun sind diese Sätze - Gewerbesteuerzuschläge, Grundsteuerzuschläge usw. - aber so hoch, daß sie von den Steuerpflichtigen für untragbar gehalten werden. Das führt dazu, daß Gemeindeparlamente, in denen die Steuerpflichtigen den nötigen Einfluß haben, die Steuersätze entsprechend herabsetzen, wie sie glauben, daß es ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Das führt dazu, daß die Gemeinden keine Zuschüsse vom Lande mehr bekommen können. Sie müssen sich um Darlehen bemühen, was wiederum zur Verschuldung der Gemeinden führt.

Ich würde den Herrn Innenminister bitten, eine Überprüfung dieser Normalsätze herbeizuführen. Wenn schon überall von Steuersenkung geredet und geschrieben wird, dann schaffe man doch durch die Herabsetzung der sogenannten Normalsätze auch die Voraussetzung dafür, daß auch die Gemeinden auf staatliche Förderung nicht verzichten müssen, die die Gemeindesteuern senken. Man sollte auch überlegen, ob den Gemeinden nicht manche Last erleichtert werden könnte. Ich denke zum Beispiel an die Aufstellung von amtlichen Verkehrszeichen. Sie werden heute von der staatlichen Polizei in einer Menge gefordert, daß sie zu einer unerträglichen Belastung werden, ganz abgesehen davon, daß sie wegen ihrer Menge gerade dazu zwingen, übersehen zu werden und unbeachtet zu bleiben. Die oft mit ihrer allzu dichten Aneinanderreihung verbundene Verschandelung von Straßenbildern sei nur am Rande erwähnt.

Meine Damen und Herren! Es ist hinreichend bekannt, daß wir zuviel Gesetze, Verordnungen, Erlasse,

Bestimmungen, Paragraphen haben. Endlich haben wir nun im Lande Rheinland-Pfalz auch ein Entrümpelungserlaß erhalten, der die Zahl der Erlasse zwar zunächst um einen vermehrt hat, aber letztlich doch das Ziel verfolgt, eine ganze Anzahl davon demnächst auszurotten. Ich möchte hoffen, daß die Tätigkeit der für diese Sonderaufgabe freigestellten höheren Beamten recht fruchtbar wird.

Meine Damen und Herren! Meine Redezeit ist abgelaufen. Lassen Sie mich ganz kurz zusammenfassen.

Wir stellen fest:

Der Behördenapparat wächst erschreckend. Entsprechend wachsen die Kosten dafür.

Die Regierung verwaltet zuviel. Sie sollte den unteren Organen mehr Verantwortung überlassen.

Für unseren Nachwuchs muß etwas getan werden im Sinne des Grundgesetzes, das jedem eine Chance gibt.

Zum Schutz der Demokratie wünschen wir mehr Aufmerksamkeit gegenüber dem Feind von rechts, womit wir uns nicht - das sei vorsorglich gleich hier gesagt - mit den Kommunisten solidarisch erklären oder uns auch nur in ihre Nähe begeben.

Wir wünschen, daß der Herr Innenminister sich auch - soweit das möglich ist - für die Gemeinden im Ressort des Finanzministers einsetzt.

Wir Sozialdemokraten werden auch in Zukunft auf der Landesebene mitarbeiten für die Bevölkerung dieses Landes, aber immer im Hinblick auf ein großes, einiges, freies, auch geistig freies, Deutschland.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lotz von der Fraktion der FDP.

**Abg. Lotz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die ausführlichen Darlegungen meiner Herren Vorredner machen es mir an und für sich leicht, von einer Bestimmung der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen, die besagt, daß der Redner in freier Rede hier vom Podium aus sprechen soll.

(Abg. Schmidt: Wenn der Herr Präsident das nicht beanstandet, sollten Sie es auch nicht tun!  
- Sehr gut! bei der SPD. - Abg. Hitter: Es gibt so etwas, was man Taktgefühl nennt. Das steht nicht in der Geschäftsordnung! Man sollte das aber auch berücksichtigen!)

- Meine Damen und Herren! Es wäre keine ehrliche Absicht, wenn wir hier eine Geschäftsordnung beschließen, um sie hinterher außer Kurs zu setzen.

Manche Dinge brauche ich nicht mehr anzuschneiden, weil sie von den Herren Vorrednern ausführlich behandelt wurden. Ich greife nur einige Punkte heraus.

Das Innenministerium als federführendes Ministerium für Beamtenfragen sollte sich, nach unserer Meinung, genau wie bisher - wenn möglich noch stärker - in Bonn dafür einsetzen, daß die Besoldungsreform, wie schon angedeutet worden ist, in diesem Jahr noch Wirklichkeit wird. Wir alle wissen, was von dieser Besoldungsreform für uns und für den Landtag abhängt. Es kann und darf nicht mehr so weitergehen wie bisher, daß wir laufend Gesetze machen müssen, die die eine oder andere Beamtenkategorie angleicht und Härten oder Unbilden mildert.

Aus diesem Grunde, Herr Innenminister, noch einmal die herzliche Bitte, in Bonn bemüht zu sein, daß

(Lotz)

die Besoldungsreform so bald wie möglich Wirklichkeit wird.

Wir hatten im vorigen Jahr anlässlich der Etatberatung einen Wunsch ausgesprochen, dem das Innenministerium zum Teil schon nachgekommen war. Wir hatten gebeten, daß sämtliche Beförderungen von Beamten in Rheinland-Pfalz im Staatsanzeiger bekanntgemacht werden möchten. Das ist zum Teil geschehen. Manche Ministerien verkünden es in ihren Amtsblättern. Es wäre für uns und für die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz interessant, zu wissen, wer befördert wird und wann jemand befördert wird.

Herr Innenminister, auch hier die herzliche Bitte, möglichst alle Beförderungen im Land im Staatsanzeiger bekanntzumachen. Ich spreche Sie deshalb an, weil Sie für Beamtenfragen federführend sind.

Ich gestatte mir, weiter eine Frage anzuschneiden - ich möchte alle die Dinge, die in den Ausschüssen weit und breit behandelt worden sind, nicht noch einmal nennen -, die draußen im Lande eingehend besprochen worden ist. Sie betrifft die Polizei. Bei den Haushaltsberatungen war es möglich, bei der Wasserschutzpolizei Ordnung in bezug auf die Dienstgrade herzustellen. Unser Wunsch war es, auch bei der Gendarmerie und der Ordnungspolizei ein lästiges Übel der Vergangenheit los zu werden, daß nämlich auf der Stelle A 5 b sich die höchste Stufe der unteren Laufbahn und die Eingangsstufe der mittleren Laufbahn, d. h. der gehobenen Laufbahn, nun zusammen in einer Besoldungsstufe befinden. Das sollte in dem diesjährigen Etat nicht mehr sein. Hier kam uns ein Antrag der SPD sehr gelegen. Er besagte mit anderen Worten genau daselbe, was ich Ihnen vortrage: Trennung der Stellen der Polizeiobermeister und der Revierkommissare. Wir haben leider feststellen müssen, daß die SPD zwar einen Antrag stellte, aber in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses ihren eigenen Antrag dadurch torpedierte, daß sie der Bitte, die Trennung tatsächlich vorzunehmen, selber entgegengestimmt hat, so daß nunmehr auch im diesjährigen Etat wieder Polizeiobermeister und Revierkommissare in einer Besoldungsstufe zusammenstehen.

Wir wollen das durch einen neuen Antrag heute nicht noch einmal aufgreifen. Aber auch hier an das Innenministerium die Bitte, bis zum nächsten Mal die Dinge nach Möglichkeit in gleichen Rang zu bringen. Wenn man schon bei der Bereitschaftspolizei die klaren Laufbahnen hat, dann sollte man auch bei der Gendarmerie und Ordnungspolizei dazu kommen, die Kommissare wenigstens nach Gruppe A 4 c 2 einzustufen.

Es ist hier vorhin auch gesagt worden, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände zwar die Selbstverwaltung haben, daß aber auf der anderen Seite die Staatsaufsicht noch da ist. Ich möchte die Staatsaufsicht nicht so verstanden haben und wissen, daß nun hier die übergeordnete Dienststelle mit rauher Hand eingreift; sondern die Staatsaufsicht kann auch in manchen Fällen beratend mitwirken. Der Fall, den Herr van Volxem hier aus dem Trierer Bezirk genannt hat, ist ein solcher Fall. Wenn dort ein Bürgermeister nicht mehr weiß, wie er sich in einer Gemeinde zu verhalten hat, wenn die disziplinarischen Maßnahmen nicht ausreichen, könnte aber doch die Aufsichtsbehörde dem Herrn Bürgermeister einmal mit Klarheit und Eindeutigkeit sagen, daß solche Dinge, wie sie vorgekommen sind, eigentlich nicht vorkommen dürfen.

Ein zweites Beispiel, Herr Innenminister! In letzter Zeit macht es sich breit - ich weiß nicht, ob es in mehreren Kreisen der Fall ist, aber es ist so in dem einen Kreis, den ich kenne -, daß bei dem Bau einer Berufs-

schule der Kreis den Bau davon abhängig macht, daß die betreffende Gemeinde, in der der Sitz der Berufsschule sein soll, über das Übliche hinaus - das heißt, es ist ja bisher immer üblich gewesen, daß Grundstücke zur Verfügung gestellt worden sind - auch noch weitere stärkere finanzielle Zuwendungen leistet. Wenn das üblich werden sollte, werden wir in kürzester Zeit erleben, daß arme Gemeinden praktisch mit solchen Bauten nicht mehr bedacht werden, sondern daß dann solche Bauten nur in die reichen Gemeinden kommen, die dann durch höhere Zuschüsse in die Lage versetzt würden, den Bau an sich zu ziehen. Auch hier sollte die Staatsaufsicht nicht im Wege der sogenannten Aufsicht eingreifen, sondern sie sollte mit aller Deutlichkeit einmal sagen, daß diese Praktiken hier bei uns im Lande nicht einreißen sollten.

Wenn wir von Selbstverwaltung gesprochen haben, so dürfen wir aber auch hier - wir stehen ja am Ende einer Legislaturperiode -, wenn wir die letzten vier Jahre einmal überblicken, nicht vergessen, daß hinsichtlich der Sorge für unsere Gemeinden in unserem Lande, das ja immer als armes Land hingestellt wird, doch manches getan worden ist. Wenn wir feststellen, welche Zuwendungen das Land noch im Jahre 1951 an seine Gemeinden und Gemeindeverbände gegeben hat, und wenn wir damit vergleichen, was heute in den einzelnen Etatpositionen steht, so können wir wohl sagen, daß sich das Land Rheinland-Pfalz - ich möchte, wenn ich es nenne, mich damit nicht mit der Ansicht identifizieren, daß es immer bestehen bleiben muß - gegenüber anderen Ländern sehr gut sehen lassen kann. Und wenn wir diesen Vergleich einmal etwas ausdehnen und auch mit den reicheren Ländern einen solchen Vergleich anstellen, dann dürfen wir hier an dieser Stelle sagen, daß wir das Möglichste für unsere Gemeinden getan haben, ja, daß wir noch mehr als manche reichen Länder für die Gemeinden in den vergangenen vier Jahren übrig hatten; und das sollte auch von den Gemeinden und Gemeindeverbänden einmal anerkannt werden.

Wenn von Verwaltungsreform und Vereinfachung gesprochen worden ist, so darf ich zunächst sagen, daß es schöne Worte sind, die ja immer wiederkehren. Es war mir interessant, die Ausführungen des sehr verehrten Herrn Kollegen Schmidt beim Etat des Herrn Ministerpräsidenten zu verfolgen. Ich muß mir diese Ausführungen noch einmal durchlesen, und Herr Kollege Schmidt wird sie sicherlich auch noch einmal überlesen; und dann wird er feststellen, daß diese Worte eigentlich mit den Taten nicht übereinstimmen, und zwar mit den Taten insofern nicht übereinstimmen, als, wenn nach diesen Worten auch in der vergangenen Zeit gehandelt worden wäre, manche Verwaltungsvereinfachung - sprich Einsparung - vorgenommen worden wäre.

(Abg. Lorenz: Sprechen Sie wirklich nur von Nachschlagewerken?)

- Ja, es ist interessant, wenn man manchmal nachschlagen kann; den dann kommen Worte und Taten ja erst in den richtigen Gleichklang.

Sie haben, Herr Kollege Schmidt, davon gesprochen, daß, wenn das Land Rheinland-Pfalz auch fernerhin bestehen bliebe, man sich darüber klar sein müsse, daß der jetzige Aufbau der Verwaltung doch etwas anders werden müßte - so ungefähr habe ich Ihre Worte verstanden; ich habe sie jedenfalls sinngemäß so ausgedeutet -, und dazu darf ich Ihnen sagen, Herr Kollege Schmidt, daß wir an diesem Umbau schon länger interessiert sind. Ich erinnere Sie an das Regierungspräsidium Montabaur; nur durch die Stimmenthaltung Ihrer Fraktion war es möglich, nicht damals dort schon eine

(Lotz)

gewisse Verwaltungseinsparung vorzunehmen, ein gewisses Zusammenlegen von zwei Bezirken zu einem Bezirk; dann wäre das, was Sie uns heute vorgeschlagen haben, ja schon erreicht. Leider war es durch Ihre Stimmenthaltung ja damals nicht möglich.

(Abg. Völker: Das ist doch kalter Kaffee, Herr Lotz!)

Meine Damen und Herren! Man kann also nach diesen vier Jahren sagen, daß gerade von seiten des Innenministeriums eine sehr fruchtbare Gesetzgebungsarbeit geleistet worden ist. Wir dürfen feststellen, daß wir ein neues Selbstverwaltungsgesetz gemacht haben, daß wir ein Kommunalabgabengesetz, ein Zweckverbandsgesetz und ein neues Vergnügungssteuergesetz gemacht haben; alle diese Gesetze haben ja für uns eine Verwaltungsvereinfachung mit sich gebracht. Sie haben das bisher unterschiedliche Recht in den einzelnen Landesteilen durch ein einheitliches Landesrecht ersetzt.

(Abg. Schmidt: Au!)

- Wenn das in einigen Punkten nicht möglich war, Herr Kollege Schmidt - ich denke da an das Selbstverwaltungsgesetz -, dann nicht durch unsere Schuld; wir wären vielleicht noch etwas weiter in der Vereinfachung und in dem Gleichklang im ganzen Land gegangen.

Diese Gesetzgebungsarbeit, die - das muß man sagen - sehr fruchtbar war und auch wohl draußen verstanden worden ist, hat einen gewissen Abschluß gefunden. Ich wüßte im Augenblick nicht, welche großen gesetzgeberischen Dinge noch an uns herankämen. Und diese Tatsache macht es möglich, das Innenministerium und vor allem den Herrn Innenminister selber einmal daraufhin anzusprechen, daß dieser gesetzgeberischen Arbeit nun eine andere Arbeit folgt, nämlich, einmal zu überprüfen, welche Dinge man von oben nach unten verlagern kann, um nach Möglichkeit dem Prinzip, daß die Landesregierung regieren und nicht verwalten soll, gerecht zu werden. Es wäre wünschenswert - und der Herr Innenminister hat es bei verschiedenen Gelegenheiten schon angedeutet -, daß einmal all das an Landesrecht überprüft werden soll, was die Möglichkeit eröffnet, bestimmte Dinge weiter nach unten hin zu verlagern. Es ist unser ganz spezieller Wunsch für die nächste Zeit, Herr Innenminister, daß gerade diesem Aufgabenkreis stärkste Beachtung geschenkt wird.

Ich darf noch ein kurzes Wort zu einem Etat-Titel sagen, der beim Innenministerium verwaltet wird, der die Tbc.-Bekämpfung betrifft. Ich nehme an, daß gerade diese Dinge stärker noch bei dem Etat des Landwirtschaftsministeriums angesprochen werden; vor allem die Frage, ob bei der Tbc.-Bekämpfung für das Rindvieh die sogenannte Inselbildung oder die Breitenwirkung nun das Richtige sein soll, wird wahrscheinlich doch bei dem Etat des Landwirtschaftsministeriums angesprochen werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht weiter auf die Ausführungen gerade meines Herrn Vorredners, des Herrn Kollegen Bauer, eingehen. Sehen Sie, wenn hier immer wieder Dinge hervorgezaubert werden, etwa der Ausspruch eines meiner Ansicht nach Verrückten - und Andernach ist ja nun einmal mit seiner Anstalt bekannt -, und wenn dann da mal einer „Heil Hitler!“ schreit, dann ist es nach meiner Meinung nicht richtig, daß das hier nun im Landtag wieder verkündet wird.

(Abg. Dedenbach: Das hat es ja schon einmal gegeben, daß auch andere Verrückte „Heil Hitler!“ geschrien haben! - Stürmische Heiterkeit. - Beifall bei der SPD.)

Dann wäre es nach meiner Ansicht richtiger, es in Andernach dadurch zu erledigen, daß der Betreffende hinter die Anstaltsmauern kommt; aber wir brauchen uns damit doch nicht hier zu beschäftigen.

(Abg. Schmidt: Passen Sie auf, Herr Kollege Lotz!)

Aber etwas anderes, wenn schon diese Dinge auch hier im Hause immer wieder angesprochen werden: das Verfassungsschutzamt wird angesprochen, die Sorge nach links und nach rechts. Meine Damen und Herren! Ich glaube, man sollte sich bei manchen Dingen etwas mehr an die eigene Nase fassen. Das meine ich nicht in einer speziellen Richtung, sondern ich glaube, das sollte für uns alle gelten.

Wenn ich zum Beispiel in der sogenannten „Freiheit“, die heute schon einmal hier als die Zeitung mit einer Unwahrheit zitiert worden ist, etwas anderes finde, so darf ich auf diese „Freiheit“ vielleicht einmal eingehen, meine Damen und Herren, und zwar in einem bestimmten Punkte.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß unser Kollege Sommerey auf Tod oder Leben darniederliegt; das ist eine sehr betrübliche Tatsache. Wenn man nun die Tatsache überlegt, daß ein solcher Kollege, der mit seiner Gesundheit fix und fertig ist, nicht wieder für die nächsten Landtagswahlen aufgestellt werden wird - aus persönlichen Wünschen heraus -, und wenn man dann einmal in der „Freiheit“ liest, was dort fabriziert wird - und das lesen ja die Leser draußen, und die sagen sich dann, aha, das sind Abgeordnete, das sind demokratische Zeitungen -, dann muß ich feststellen, daß wir manchmal die Demokratie mehr untergraben als die Leute von links oder rechts, die hier so oft zitiert werden.

(Abg. Schmidt: Herr Kollege Lotz! Wenn das ein Einzelfall gewesen wäre, wäre wahrscheinlich die Vermutung der „Freiheit“ nicht aufgekommen!)

- Herr Kollege Schmidt! Sie befinden sich ja in derselben Lage, und ich bin mit Vergnügen den Zeitungsberichten gefolgt, die nun Ihre Lage wiedergeben.

(Abg. Bögler: Da sind Sie völlig im Irrtum!)

Ich glaube, wir brauchen uns nicht weiter auszusprechen; ich bin auch gern bereit, darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren! Wir sollten selbst alle nach draußen hin ein Beispiel geben und nicht immer von dem anderen mehr verlangen, als wir selber zu geben bereit sind.

(Abg. König: Geben Sie doch wenigstens hier ein Beispiel!)

Und nun noch ein kleines Wort. Wir bringen hier manchmal Dinge vor, die eigentlich nicht vor den Landtag gehören. Es werden sehr viele Dinge an den Abgeordneten herangetragen. Man kann es manchmal einfacher erledigen; man braucht nicht an den Herrn Minister zu schreiben, sondern man schreibt an den betreffenden Landrat oder den betreffenden Bürgermeister, und dann geht es auch in Ordnung.

Sehen Sie, Herr Kollege Bauer, Sie klagen hier über die schlechte Postzustellung, weil Sie einen Erlaß zu spät bekommen; Sie nehmen aber von sich selber aus direkt an, daß Ihre Post auch zu spät kommt, denn sonst würden Sie kein Telegramm schicken, sondern einen Brief schreiben; das nur als kleine Illustration zu den Dingen, die hier immer wieder vorgebracht werden. Wir sollten doch diese kleinen Dinge hier einmal aus dem Rahmen der Betrachtung lassen, die man auf örtlicher Ebene erledigen kann. Ich glaube, die Zuhörer und auch die Bevölkerung draußen haben kein



(Lotz)

Verständnis dafür, wenn wir uns hier mit solchen Kleinigkeiten immer wieder beschäftigen müssen.

(Abg. Hitter: Tun Sie das nicht eben auch?)

Wenn Sie, Herr Kollege Bauer, auch das Technische Hilfswerk ansprechen, dann klang daraus die parteipolitische Stellungnahme der SPD. Ich glaube, so kann man die Dinge nicht angehen.

(Abg. Brune: So wie Sie es machen, auch nicht!)

Das Technische Hilfswerk hat seinen Zweck und wird zum Segen der gesamten Bevölkerung, auch der Teile, die es jetzt vielleicht ablehnen, zu arbeiten haben. Wir können nur eines tun, nämlich, solche Institution von uns aus - auch von uns als Landtag aus - zu unterstützen und die Arbeit nicht zu erschweren, damit im Notfall und Ernstfall das Technische Hilfswerk nicht nur, wie Herr Kollege Bauer sagt, in den größeren Gemeinden, sondern, wenn es einmal notwendig ist, auch in den kleinsten Gemeinden bei Notständen eingreift. Deshalb auch dem Herrn Innenminister ganz persönlich unseren Dank, daß er sich für die Aufstellung und für die Förderung des Technischen Hilfswerkes bisher eingesetzt hat. Wir bitten Sie, Herr Innenminister, in diesem Sinne auch fortzufahren.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen nur einige Punkte aufgezeigt; meine Herren Vorredner haben es ausführlicher getan. Ich darf am Schluß, obwohl das vor einiger Zeit einmal moniert worden ist, daß man hier von der Tribüne des Landtages aus den Beamten den Dank abgestattet hat - es ist in diesem Zusammenhang ein unschönes Wort gebraucht worden, das ich hier nicht wiederholen will -, folgendes sagen. Ich glaube, gerade wir hier vom Landtag aus sollten den Herrn Innenminister bitten, den Dank des ganzen Hauses - dessen bin ich gewiß - an die Beamten, Angestellten und Arbeiter weiterzugeben, damit auch sie draußen einmal sehen, daß die von ihnen allen im vergangenen Haushaltsjahr geleistete Arbeit anerkannt wird. Und wenn auch da und dort einmal ein kleiner Mangel auftritt, sollte man sich dessen bewußt sein, daß das Innenministerium 9000 Leute unter sich hat.

Ich darf bei dieser Gelegenheit noch einmal kurz darauf zurückkommen, daß hier das Anwachsen um 1500 Stellen erwähnt worden ist. Ja, meine Damen und Herren, bei welchen Stellen denn? Wir haben doch in der Hauptsache und vor allen Dingen auch mit dem Einverständnis der SPD unsere Polizei vermehrt. Sie müssen doch, wenn Sie von 1500 Stellen sprechen, das nicht generell sagen, sondern Sie müssen es doch einmal aufgeteilt sehen und feststellen, bei welchen Etatpositionen diese Vermehrung erfolgt ist. Und wenn Sie vor allen Dingen erwähnen, daß bei der höheren Bürokratie die Vermehrung größer war, dann müssen nach meiner Meinung Anträge, wie sie zum Teil von Ihnen gestellt worden sind mit der Begründung, daß in den anderen Ländern die betreffenden Beamten viel höher eingruppiert seien, aber in Zukunft hier im Hause unterbleiben; denn sonst würden auch hier Ihre Worte nicht mit Ihren Taten übereinstimmen.

Insgesamt darf ich für unsere Fraktion sagen, daß wir es begrüßen, daß auch im vergangenen Jahr von den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Innenministeriums eine fruchtbare Arbeit geleistet worden ist. Wir dürfen dem Herrn Innenminister unseren Dank abstatten und dürfen den Herrn Minister bitten, diesen Dank der Freien Demokraten auch an die ihm Unterstellten weiterzugeben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthes von der Fraktion der CDU.

**Abg. Matthes:**

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Lotz hat mich an ein Wort erinnert, das von unserem verstorbenen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers gesagt wird. Von Hermann Ehlers wird gesagt, daß er sich meistens nicht gegen jemand und gegen eine Sache gewandt hat, sondern sich für eine Sache eingesetzt hat. Und ich glaube, daß wir es uns in unserer politischen Auseinandersetzung mehr zum Leitspruch machen sollten, daß wir für eine Sache kämpfen sollten, gleichviel, ob wir da oder dort oder hier sitzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege van Volxem hat bereits zu dem Etat des Innenministeriums das gesagt, was unsere Fraktion zu sagen hat. Er hat aber die Titel 306 bis 311, die die Polizei betreffen, ausgelassen. Ich habe mir zur Aufgabe gemacht, gerade das zu sagen in bezug auf die Polizei, was für uns alle ein Anliegen sein könnte. Unter diesem Gesichtspunkt darf ich feststellen, daß der Landtag und die Regierung in den zurückliegenden Jahren sich bemüht haben, das Mögliche zu tun, die Besoldungsverhältnisse nach den Stellenplänen zu ordnen, um den berechtigten Ansprüchen der Beamten gerecht zu werden. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, bei der Verwaltungspolizei oder bei der Kripo die noch feststellbaren Unebenheiten auszugleichen.

Mit Befriedigung haben wir auch festgestellt, daß die Polizei in bezug auf die Ausnützung der ihr gegebenen technischen Möglichkeiten erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Wir haben uns vor Jahren hier um einen Funkwagen gestritten. Heute darf ich feststellen, daß wir inzwischen allein im überörtlichen Polizeiverkehr 18 Funkwagen laufen haben und daß wir darüber hinaus in den Städten zur Verkehrssicherheit sechs weitere Wagen eingesetzt haben, die mit Funk ausgestattet sind.

Das Problem der Verkehrssicherheit aber ist ganz ohne Frage das Problem Nummer 1 und bereitet uns ernsthafte Sorgen. Wenn ich feststellen muß, daß im letzten Jahre die Zahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahre um 2500 und die Zahl der Toten von 818 auf 891 gestiegen ist, also um 8,9 v. H., so ist das eine ernste Sprache.

Wenn man auch diese Zahlen dazu in Relation setzen darf, daß in der Zwischenzeit etwa 12,5 v. H. mehr Fahrzeuge zugelassen worden sind, so ist damit nur festgestellt, daß Rheinland-Pfalz in bezug auf die Unfallzahlen etwas unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Wir sind durchaus keine Sicherheitshysteriker, wenn wir unseren Finger immer wieder auf diese Wunde legen. England könnte uns in etwa doch hier als Beispiel dienen. Man hat es in England als ein „nationales Unglück“ bezeichnet, daß dort im letzten Jahr etwa 5000 Menschen als Opfer des Verkehrs ihr Leben gelassen haben. Das ist genau die Hälfte der Opfer, die innerhalb der Bundesrepublik durch den Verkehr gefordert worden sind.

Ich sage das deshalb, weil wir nicht der Meinung sind, daß man die Frage der Verkehrssicherheit allein durch polizeistaatliche Maßnahmen regeln könnte. Wir müssen uns hier zu einer Gemeinschaftsarbeit zusammenschließen, angefangen von den Schulen bis hin zur Unterrichtung der Verkehrssünder, um die Ver-

(Matthes)

antwortung aller Beteiligten zu stärken. Wir glauben überhaupt nicht, daß man allein durch polizeistaatliche Maßnahmen die Sicherheit der Bürger und eines Staates auf den verschiedensten Lebensgebieten gewährleisten kann. Das ist vielleicht ein sehr allgemeiner Grundsatz. Ich darf dem gleich noch einen anderen beifügen.

Es geht wesentlich darum, daß wir nicht nur Folgeerscheinungen, sondern auch Voraussetzungen und Ursachen gründlich erkennen. In diesem Zusammenhang, Herr Minister, ist außerordentlich beachtlich, was neulich der Universitätsprofessor Villingen auf der Kriminaltagung in Wiesbaden ausgeführt hat, daß nämlich das Kino das Weltbild unserer Jugend weit hin forme. Wenn nun die Auszählung einer Reihe von Filmen - und zwar trotz der Filmselfkontrolle - 360 Morde, 84 Selbstmorde, 167 Diebstähle und 236 Einbrüche ergibt, dann frage ich, ist hier nicht primär den Ursachen nachzuspüren, die wir als eine echte Gefährdung der nachwachsenden Generation betrachten müssen? Es ist sogar dringend erforderlich, uns darüber Klarheit zu verschaffen, daß wir zu neuen Formen des gesellschaftlichen Lebens kommen müssen.

In diesem Zusammenhang darf ich auf ein weiteres hinweisen. In meinem Amte erlebe ich es täglich, daß noch immer ein Strom von Menschen durch unsere Städte wandert, ziellos und heimatlos, und daß dieser Strom der Durchwanderer unsere Fürsorgestellen angeht. Ich habe bereits in den Ausführungen zum Polizeiverwaltungsgesetz darauf hingewiesen, welche Gefahr der Charakterverderbnis in der Tatsache liegt, daß wir eben ein zweigeteiltes Deutschland haben und daß ein Strom von Menschen vom Norden zum Süden, vom Osten zum Westen und umgekehrt geführt wird.

Ich habe aber auch mit Befriedigung feststellen können, daß entlang der Rheinstrecke bis hin zur Südpfalz eine Reihe von Heimen eingerichtet wurde. Ich meine jedoch, es reicht nicht aus, da und dort einige Aufnahmeheime zu gründen, sondern wir müssen dieser fluktuierenden Jugend wieder einen echten Lebensinhalt geben, indem wir sie in Lehrwerkstätten unterbringen und zu einem Beruf heranbilden, so daß sie wieder in ein ordentliches Leben hineingeführt werden kann.

In diesem Zusammenhang spielt auch das von meinem Kollegen van Volxem berührte Kapitel der Fremdenlegion eine Rolle. Ich glaube, daß es wirklich eine gemeinsame Aufgabe aller ist, sich dieses Stromes, durch eigene und fremde Schuld, entwurzelter Menschen ernsthaft anzunehmen und der Gesellschaft und Gemeinschaft zuzuführen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort über das Kapitel „weibliche Kriminalpolizei“ sagen. Diese weibliche Kriminalpolizei wird manchmal von ihren männlichen Kollegen als eine, wenn auch nicht überflüssige, so aber doch unliebsame Konkurrenz bezeichnet oder als solche behandelt.

Gerade in dem Einsatz der weiblichen Kriminalpolizei möchte ich eine Möglichkeit sehen, in dem von mir aufgezeigten Sinne eine echte Verbindung des Tätigwerdens der Polizei in Verbindung mit den übrigen Organen der Fürsorge, der Jugendpflege und des Jugendschutzes herzustellen.

(Beifall bei der CDU.)

Diese knapp dreißig Beamtinnen haben im Zeitraum von einem Vierteljahr doch immerhin eine ersprießliche Arbeit geleistet. In diesem Zeitraum 2640 Vernehmungen, 1063 Elternbefragungen, 607 Schulvernehmungen und darunter etwas mehr als 385 Verneh-

mungen in Sittlichkeitsfällen. Nicht die Tatsache, daß ein Beamter als ehemaliger Zwölfender eine gute Figur macht, macht ihn allein zum Polizeibeamten.

(Abg. Frau Dr. Gantenberg und Dr. Boden: Sehr gut!)

Es geht mir bei dem, was ich heute in wenigen Worten sagen will, ganz wesentlich um das Thema Durchführung des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit. Man könnte vielleicht sagen, daß dieses Thema zu einem anderen Haushalt gehört, nein, es gehört mit hinein in diesen Haushalt.

Herr Innenminister! Das ich heute nicht nur über Zahlen des Haushalts oder über den Aufbau der Polizei sprach, sondern daß ich diese uns alle bedrängenden notvollen Fragen einmal zum Ausdruck bringen durfte, ist veranlaßt worden durch die Tatsache, daß Sie nicht nur Innenminister, sondern zugleich auch Sozialminister sind. Wir haben zu Ihnen das Zutrauen, daß Sie in der Verantwortung, in der Sie diese Aufgaben bisher wahrgenommen haben, auch weiterhin das Erforderliche tun, und Sie dürfen dessen gewiß sein, daß das ganze Haus hinter Ihnen stehen wird.

(Bravo! und Beifall bei der CDU!)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dedenbach von der Fraktion der SPD.

(Vizepräsident Wilms übernimmt den Vorsitz.)

**Abg. Dedenbach:**

Meine Damen und Herren! Ich möchte namens meiner Fraktion noch kurz einige Ausführungen über das Kapitel 0304 des Haushaltsplans des Innenministeriums, Gewerbeaufsicht, machen. Vorbeugender Arbeitsschutz ist mit die große soziale, menschliche und volkswirtschaftliche Aufgabe, die die Gewerbeaufsicht zu erfüllen hat. Der Arbeitsschutz müßte eine Volksbewegung unter Beteiligung der Gewerbeaufsicht, der Arbeitnehmerschaft, der Betriebsleitungen und der Ärzte sein. Noch ist dieses Ziel nicht erreicht. Es steht fest, daß drei Viertel aller Arbeiter und Angestellten vorzeitig invalide und berufsunfähig werden und dadurch ja den Sozialversicherungseinrichtungen zur Last fallen. Der Arbeitsschutz muß beginnen mit dem Bau ausreichend beleuchteter und durchlüfteter Arbeitsräume, der Abwehr gesundheitsgefährdender Einflüsse, die durch die bearbeiteten Stoffe oder durch die Arbeitsmethoden verursacht sein können.

Nun möchte ich einiges sagen zum Titel 215. Im Titel 215, Reisekosten, hat der Haushalts- und Finanzausschuß den Ansatz von 40 000 DM auf 35 000 DM herabgesetzt. Dies wurde im Haushalts- und Finanzausschuß damit begründet, daß zunächst angeblich nur die Hälfte der Reisekosten verbraucht worden sei. In der Rechnung im Haushaltsplan des Innenministeriums 1953 steht nun, daß 32 890 DM für Reisekosten bei der Gewerbeaufsicht verbraucht worden sind. Und erscheint dieser Ansatz von 35 000 DM als viel zu gering, um die Aufgaben der Gewerbeaufsicht auch nur irgendwie erfüllen zu können. In den Erläuterungen zum Titel 215 wird dann gesagt, daß 87 Beamte, Angestellte und Beamtenanwärter im Außendienst beschäftigt werden. Diese Beamten, Angestellten und Beamtenanwärter haben sechs Dienstkraftwagen, ein Kraftrad, vier beamteneigene Kraftwagen, sieben privateigene anerkannte Kraftwagen und drei privateigene anerkannte Krafträder. Jeder, der die Tätigkeit der Gewerbeaufsicht kennt, weiß, daß diese Tätigkeit im Außendienst liegt und daß es entscheidend darauf ankommt, daß

(Dedenbach)

den Gewerbeaufsichtsamtern auch die Möglichkeit gegeben ist, ihren Außendienst so durchzuführen, wie er nach seiner Aufgabenstellung nun durchgeführt werden muß. Der derzeitige Personalbestand bei der Gewerbeaufsicht ist so knapp - das ist mir von maßgebender Seite der Gewerbeaufsicht bestätigt worden -, daß nur alle drei Jahre in den einzelnen Betrieben eine Überprüfung und Kontrolle stattfinden kann. Auch die eigenen Verkehrsmittel reichen bei weitem nicht aus, um überhaupt die Aufgaben der Gewerbeaufsicht erfüllen zu können. In der Praxis ist es meistens so, daß nur bei Beschwerden, Kontrollen und Überprüfungen in den Betrieben vorgenommen werden. Das ist aber nicht der Zweck der Gewerbeaufsicht, sondern sie ist dafür da, von sich aus die Durchführung des Jugendarbeitsschutzes zu überprüfen. Jedem, der die heutigen Verhältnisse im Handwerk und in den Kleinbetrieben kennt, dem ist es zur Genüge bekannt, daß die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit der Jugendlichen nicht eingehalten wird und daß diese Schutzbestimmungen oft übertreten werden. Hier kann eine Änderung nur geschaffen werden, die im Interesse der Jugendlichen selbst liegt, wenn auch Kontrollen und Überprüfungen dieser Betriebe stattfinden.

Weiter ist es Aufgabe der Gewerbeaufsicht, darauf zu sehen, daß das Mutterschutzgesetz durchgeführt wird. Und hier ist gerade auch der Gewerbeaufsicht eine große Aufgabe gestellt, zu deren Erfüllung sie unbedingt verpflichtet ist. Die Gewerbeaufsicht genehmigt bekanntlich auch die Sonntags- und Feiertagsarbeit, und hier muß ich feststellen, daß von den Gewerbeaufsichtsamtern mit einer Großzügigkeit der Genehmigung der Sonntags- und Feiertagsarbeit vorgegangen wird, wie ich es in meinem ganzen Leben noch nicht habe feststellen können. Es ist notwendig gewesen, daß wir uns von gewerkschaftlicher Seite mit aller Entschiedenheit gegen diese leichtfertigen Genehmigungen der Sonntags- und Feiertagsarbeiten aussprechen mußten. Wir haben festgestellt, daß am laufenden Band Sonntags- und Feiertagsarbeiten von den Gewerbeaufsichtsamtern genehmigt worden sind.

Dann ist es noch notwendig, im Zusammenhang mit der Gewerbeaufsicht etwas von der Arbeitsmedizin und von der gewerbeärztlichen Tätigkeit zu sagen. Hier zeigt es sich ja, daß eigentlich die Gewerbeaufsicht nicht im Etat des Innenministeriums, sondern im Etat des Sozialministeriums sein müßte.

Die gewerbeärztliche Tätigkeit hängt ja engstens zusammen mit der Tätigkeit der Gewerbeaufsicht und ist von ihr überhaupt nicht zu trennen. Sie hat die Aufgabe, die Vorbeugung beruflicher Gesundheitsschäden von sich aus zu bearbeiten und zu erledigen. Jedem, der die industriellen Verhältnisse in unserem Lande kennt, weiß, daß wir ein Land der Steine und Erden sind und daß in unserem Lande gerade in den Betrieben der Steine und Erden eine furchtbare Berufskrankheit grassiert, die viele junge Menschen das Leben kostet; das ist die Silikose, die Staublungse, die wir hier in so großer Zahl zu verzeichnen haben. Hier ist es gerade die besondere Verpflichtung der Gewerbeaufsicht, dafür zu sorgen, daß nun auch die Schutzbestimmungen, die zur Verhinderung der Staublungen in diesen Betrieben notwendig sind, in den Betrieben auch angebracht werden. Allein an gemeldeten Berufskrankheiten ist nach dem Bericht der Gewerbeaufsicht vom Jahre 1952 festzustellen, daß über 4000 Fälle vorhanden waren.

(Abg. Dr. Habighorst: Gemeldetel)

- Ja, es sind aber viele Fälle nicht gemeldet; jeder, der die Dinge kennt und die Praxis erlebt hat, weiß, daß

immer über die gemeldeten Fälle hinaus noch viele Fälle derartiger Berufskrankheiten vorhanden sind, und es wird auch ausdrücklich in dem Bericht der Gewerbeaufsicht gesagt, daß zahlreiche Anzeigen aus Unkenntnis nicht gemacht worden sind; diese Fälle sind gemeldet worden, nachdem die Unkenntnis beseitigt worden war. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß ein Einstellungs- und Überwachungsdienst ausgeführt wird in bezug auf diese Einrichtungen, die ja notwendig sind, um die Silikose weitgehend zu bekämpfen und zu verhindern. Es ist auch in dem Jahresbericht der Gewerbeaufsicht von 1952 festzustellen, daß viele Firmen sich sträuben, überhaupt diese Einrichtungen in ihren Betrieben zu schaffen. Bekanntlich müssen ja diese Betriebe Staubabsauganlagen schaffen, damit der Staub von den Menschen nicht in einem derartigen Umfange eingeatmet wird und dadurch diese furchtbare Berufskrankheit entsteht. Es ist aber neuerdings auch eine Verordnung ergangen, die hinsichtlich der Staublungenbekämpfung in der keramischen Industrie vom 1. September 1951 den Gewerbeaufsichtsamtern eine noch weitergehende Aufgabe stellt. Ich glaube, gerade diese Tätigkeit würde sich in jeder Hinsicht - menschlich und auch volkswirtschaftlich - besonders lohnen, da dadurch die frühe Invaliderung von Menschen verhindert wird, die in diesen Betrieben beschäftigt werden.

Ich möchte nun zum Abschluß noch darauf hinweisen, daß vor allen Dingen die Gewerbeaufsicht Wert darauf legen müßte, daß die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Durchführung des Arbeitsschutzes auch voll in Anspruch genommen wird, darüber hinaus auch die Mitwirkung der Gewerkschaften. Hier ist leider bekanntgeworden, daß Kontrollen und Überprüfungen in einzelnen Betrieben durch die Gewerbeaufsichtsbeamten vorgenommen worden sind, daß man aber den Betriebsratsvorsitzenden von dieser Kontrolle und Überprüfung überhaupt nicht benachrichtigt hat. Es gibt überhaupt keinen vernünftigen Arbeitsschutz ohne die Mitwirkung aller hier in Frage kommenden Beteiligten; denn nur durch die Bereitschaft zur Mitarbeit der Beteiligten selbst ist ein vernünftiger Arbeitsschutz durchzuführen. Meine Fraktion ist der Auffassung, daß für die Gewerbeaufsicht bisher zu wenig getan worden ist und daß es die Verpflichtung der Landesregierung und auch des Landtages ist, mehr für die Gewerbeaufsicht zu tun aus rein menschlicher und sozialer Verpflichtung heraus, um die unnötigen Gesundheitsschäden, die an dem arbeitenden Menschen entstehen, nach Möglichkeit hinauszuschieben und eventuell sogar zu verhindern.

Deshalb möchte ich namens meiner Fraktion bitten, daß in Zukunft gerade auf diesen Titel „Gewerbeaufsicht“ mehr Wert gelegt wird und ein entsprechend höherer Ansatz erfolgt, damit die Gewerbeaufsicht ihre Tätigkeit voll ausüben kann, wie es im Interesse aller schaffenden Menschen liegt.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Wilms:

Herr Abgeordneter, ich darf Sie daran erinnern, daß Sie keinen Antrag gestellt haben. Wenn Sie einen Antrag stellen wollen, dann müssen Sie ihn nachreichen. Das Wort hat nunmehr Herr Abgeordneter Dr. Habighorst von der CDU.

Abg. Dr. Habighorst:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst in Ergänzung der Ausführungen meines Fraktionskollegen Matthes nach eine kleine Bitte

(Dr. Habighorst)

an Sie, Herr Innenminister, richten, und zwar die Bitte, in Kreisen mit großem Fremdenverkehr die Zahl der Gendarmeriebeamten zu vermehren. Wir halten das für notwendig und wir halten es auch auf Grund unseres Polizeiverwaltungsgesetzes §§ 79 und 80 für möglich, daß die Schlüsselzahl von 1650 auf 1350 herabgesetzt wird. Ich selbst komme aus einem Kreis mit großem Fremdenverkehr, und ich kann Ihnen versichern, daß diese Maßnahme dringend erforderlich ist. Die Anforderungen, die gerade an Sonn- und Feiertagen sowie an den Wochenenden an die Beamten gestellt werden, übersteigen weitaus die Kraft des einzelnen Gendarmeriebeamten. Vielleicht ist es auch möglich, daß man an diesen Schwerpunktstagen des Verkehrs Beamte der Bereitschaftspolizei abkommandiert und sie erfahrenen Gendarmeriebeamten zuteilt, die damit schon einen Teil der Ausbildung übernehmen könnten.

Aber nun zu den eigentlichen Ausführungen, die ich machen wollte. Ich habe nun schon seit acht Jahren bei der Erledigung dieses Ministeriums zu Fragen der Gesundheit gesprochen. Der Herr Kollege Dedenbach hat eben einen Teil dieser Fragen herausgestellt, und zwar den Teil, der die Gewerbemedizin betrifft. Aber das ist nur ein kleiner Teil aus der Präventivmedizin, und ich hatte mir vorgenommen, ebenfalls dazu hier heute einige Gedanken vorzutragen.

Wir haben in dem von uns verabschiedeten Schulgesetz festgelegt, daß in Zukunft eine verstärkte Schulgesundheitspflege getrieben werden soll. Ich weiß, daß ein solcher Erlaß bei Ihnen, Herr Innenminister, in Vorbereitung ist. Wir haben ihn ja auch schon zweimal im Gremium des Landesgesundheitsrates beraten. Das ist ein Teil der Präventivmedizin. Aber ich glaube, man wird eine richtige Schulgesundheitspflege nur durchführen können, wenn die geeigneten und notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Wir haben uns ja bei der Beratung Ihres Etats im Haushalts- und Finanzausschuß mit der Neubeschaffung eines Schirmbildgerätes befaßt. Es sollte überprüft werden, zu welchem Zeitpunkt dieses Schirmbildgerät angeschafft werden soll. Ich möchte Sie nun bitten, Herr Minister, diesen Zeitpunkt nicht zu weit hinauszuschieben. Ich habe vor wenigen Tagen in der Zeitung gelesen, daß in unserem Nachbarland Hessen eine ganz mustergültige Anlage zum Zuge gekommen ist.

Bei der Struktur unseres Landes scheint mir ebenfalls eine solche fahrbare Schirmbildstation das richtige zu sein, denn bei den Gegebenheiten in den kleinen Dörfern der Eifel und des Hunsrücks müssen wir beweglich und unabhängig sein.

• Dies ist aber nur eine der Fragen. Über den Fragenkomplex der Rindertuberkulose werde ich bei der Beratung des Landwirtschaftsetats sprechen, und ich hoffe, daß dann das Haus voll besetzt ist und daß die Ausführungen, die ich dazu zu machen gedenke, das Interesse des gesamten Hauses finden.

(Zuruf des Abgeordneten Schmidt.)

- Herr Kollege Schmidt, ich vertrete in dieser Frage ja eine etwas andere Ansicht als unsere Veterinärabteilung und vielleicht auch als unser Herr Innenminister, aber ich hoffe, daß man meinen Gedankengängen doch aufgeschlossen gegenübertritt, wenn ich sie dem Hohen Haus vortragen werde.

Ich möchte aber jetzt hier ein anderes Problem aufgreifen. Wir waren in der Vergangenheit sehr oft beunruhigt über das Auftreten der Kinderlähmung, besser gesagt, der Poliomyelitis. Die Eigenart dieser Erkrankung hat es mit sich gebracht - man hat ihren Seuchengang verfolgt -, daß sie von Jahr zu Jahr in

Perioden, und zwar immer wieder verstärkt, auftritt, besonders in den Ländern, die einen hohen oder sogar den höchsten Kulturstand haben. Länder mit niedrigem Kulturstand werden von der Erkrankung kaum erfaßt. Die nordischen Länder - Schweden, Norwegen usw. - sind die Länder, die die höchsten Zacken der Statistik dieser Erkrankung aufweisen.

Auch die Krankheit selbst hat sich geändert; sie befällt nicht mehr ausschließlich Schulkinder - man sprach ja deswegen von „Kinderlähmung“ -, sondern sie ist heute zu einer Krankheit geworden, die auch den erwachsenen Menschen, und zwar in ganz erheblichem Umfange, bedroht. Man hat bei den letzten größeren Epidemien feststellen müssen, daß gerade Erwachsene sehr leicht dieser Krankheit erliegen, daß diese Krankheit bei Erwachsenen sehr leicht tödlich verläuft. Das hängt mit bakteriologischen und serologischen Problemen zusammen, die auf rein medizinischem Gebiet liegen und die ich hier nicht auseinanderlegen kann.

Ich möchte folgendes hier zum Ausdruck bringen: Wir müssen uns gerade jetzt im Frühjahr mit diesem Problem beschäftigen, weil diese Krankheit ihren Höhepunkt meist in den Sommermonaten hat. Es ist bekannt, daß vor etwa einem Monat - es kann auch schon etwas länger her sein - den Behring-Werken die Herstellung eines Serums gelungen ist und daß somit die Möglichkeit besteht, durch Impfung einen gewissen Schutz gegen diese Krankheit zu erzeugen. Nun ist allerdings das Problem dieser Impfung nicht ganz leicht. In Amerika hat man diese Dinge schon in einem längeren Zeitraum entwickelt, so daß dort schon größere Erfahrungen bestehen. Man verfügt dort über Erfahrungen mit etwa einer Million Impfungen. Es hat sich herausgestellt, daß die Impfung absolut ungefährlich ist. Ich weiß auch, daß bei uns im Lande bei einzelnen Gesundheitsämtern dieses Serum bereits vorrätig gehalten wird.

Für uns entsteht jetzt die Frage: Wie sollen wir uns zu dieser Impfung stellen? Es ist an sich eine schwierige Angelegenheit, da man nicht warten darf, bis die Krankheit auftritt. Wenn also die Krankheit bereits aufgetreten ist, dann ist die Impfung sinnlos geworden. Es werden dann oft Panikimpfungen durchgeführt. Um aber einen Erfolg zu gewährleisten, muß diese Impfung wenigstens drei Monate vorher durchgeführt sein. Ich will dieses Problem hier nicht in extenso ausführen, möchte aber bitten, daß Sie, Herr Innenminister, gerade diesem Problem der Impfung gegen Kinderlähmung ihre allergrößte Aufmerksamkeit schenken und daß dieses Problem unverzüglich in dem zuständigen Gremium des Landesgesundheitsrates behandelt wird, damit Ihnen die Sachverständigengutachten zugeleitet werden, die zum mindesten eine Aufklärung unserer Bevölkerung über diese Fragen ermöglichen. Die Impfung ist sehr teuer, sie würde pro Person etwa 40 Mark kosten.

Ich glaube aber, an diesen Kosten darf eine solche Angelegenheit nicht scheitern, wenn man weiß, daß die Ausfälle, die Schädigungen und alle anderen Erscheinungen, die nun infolge einer solchen Erkrankung auftreten, den Haushalt und die öffentliche Fürsorge wesentlich höher belasten als die Durchführung einer solchen Impfung.

Meine Damen und Herren! Ich muß mich kurz fassen. Der Herr Präsident hat mir eben schon gesagt, daß eigentlich die Redezeit erschöpft ist.

(Abg. Völker: Es ist keine festgesetzt, Herr Kollege!)

(Dr. Habighorst)

- Er hat es mir aber gesagt.

(Abg. Völker: Das war eine leise Mahnung! -  
Heiterkeit im Hause.)

- Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Völker.

Im übrigen darf ich mit Befriedigung feststellen, daß wir in den acht Jahren auch auf dem Gebiete der Volksgesundheit doch ganz erhebliche Fortschritte machen konnten. Sie haben besonders ihren Ausdruck gefunden in der Wiederherstellung unserer Krankenhäuser, nicht nur unserer städtischen und gemeindlichen, sondern vor allen Dingen auch der karitativen Krankenhäuser. Auf diesem Gebiete ist in der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den karitativen Verbänden ganz Erhebliches in der Vergangenheit geleistet worden. Es sind dem Lande durch diese gute Gemeinschaftsarbeit ganz erhebliche Mittel insgesamt erspart worden. Ich glaube, es ist unsere Pflicht auch als Landtag, daß wir bei der Verabschiedung unseres Etats allen diesen selbstlosen Helfern in den karitativen Verbänden, die sich der Pflege der Kranken und der Hilfsbedürftigen angenommen haben, von dieser Stelle aus heute danken.

(Beifall im Hause.)

Ich glaube, ich darf das in Ihrer aller Namen tun, denn alle Verbände sind gleichmäßig an diesem Hilfswerk beteiligt.

Zum Schluß möchte ich hoffen und wünschen, daß die Zusammenarbeit, Herr Minister, wie sie in den vergangenen Jahren erarbeitet worden ist, weiter fortgeführt wird zum Nutz und Frommen unserer Kranken, zum Nutz und Frommen auch der Hilfsbedürftigen und all derer, die unserer Hilfe bedürfen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Vizepräsident Wilms:**

Das Wort hat der Herr Innenminister Dr. Zimmer.

**Innenminister Dr. Zimmer:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Habighorst, der zum Schluß gesprochen hat, hat mich in eine gewisse Verlegenheit gebracht, und zwar nicht eine sachliche, sondern eine zeitliche. Da es sich hier um sehr weittragende Probleme handelt, die nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein beantwortet werden können, müßte ich hier in einer Art Gedankenaustausch in einen großen Bericht eintreten, um dem Hohen Hause hier Rede und Antwort auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen zu geben. Ich bezweifle aber, ob ich damit Ihren Beifall finden könnte, weil die übrigen Fragen, die von den Herrn Diskussionsrednern angeschnitten worden sind, an sich schon einen sehr reichlichen Diskussionsstoff bieten. Ich bin also im Zweifel, ob ich das heute tun soll. Ich wäre an sich sehr gerne dazu bereit. Sollte der Ältestenrat des Hohen Hauses damit einverstanden sein, würde ich bei Beratung des Sozialstats, wo es sich schließlich auch um Volksgesundheit handelt, und zwar nicht nur um die Gewerbemedizin, sehr gerne bereit sein, diese Fragen nachzuholen. Es möchte hier heute die allgemeine Versicherung genügen, daß wir laufend mit unserer Gesundheitsabteilung und dem Landesgesundheitsrat diesen Fragen unsere stärkste Aufmerksamkeit zuwenden. Das können wir um so mehr, als wir stets in diesem Hause bei allen Parteien ohne Unterschied wärmste Unterstützung für unsere Vorschläge gefunden haben.

Ich darf deshalb in diesem Zusammenhang schon eine Bemerkung vorwegnehmen zu der Frage der

Gewerbemedizin, die der verehrte Kollege Dedenbach bereits angeschnitten hat. Die Frage der Gewerbemedizin spielt in der Tat auch unter dem Gesichtspunkt der Volksgesundheit eine sehr bedeutsame Rolle. Es mag Sie die Feststellung interessieren, die am Donnerstag bei der Konferenz der Sozial- und Arbeitsminister getroffen wurde, daß die Bekämpfung der frühzeitigen Invalidität nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der weitvorangetriebenen allgemeinen Lebenserwartung infolge der allgemeinen volksgesundheitlichen Erfolge, mit anderen Worten, daß die Invalidenversicherung unverhältnismäßig stark durch Frühinvalidität belastet wird, was ja sowohl menschlich als auch sozialpolitisch von größter Bedeutung ist.

(Abg. Dr. Habighorst: Kreislaufschäden!)

Ich möchte aber auch auf diese Dinge näher eingehen beim Etat des Sozialministeriums und ebenso auf die Frage der Gewerbeaufsicht, die nur personell dem Innenministerium unterstellt ist, und zwar aus der organisatorischen Verbundenheit der Gewerbeaufsichtsämter mit den Bezirksregierungen, während das Schwergewicht der Fachaufsicht beim Sozialministerium liegt. Sie werden mir deshalb gestatten, daß ich bei der Beratung des Sozialstats auf diese wichtige Frage zurückkomme.

Nun darf ich in der Reihenfolge der Herren Redner sprechen.

Der Herr Kollege Hartmann hat als Berichterstatter des Ausschusses eine Frage angeschnitten, die auch später vom Herrn Kollegen Bauer mit Nachdruck sehr ausführlich aufgegriffen wurde, vielleicht auch noch von einem der anderen Herren Redner, eine Spezialfrage, die Frage der Aufstiegsmöglichkeit der Volksschüler. Diese Frage ist nur eine Teilfrage der Beamtenpolitik unseres Landes. Ich werde sie deshalb im Zusammenhang mit den Fragen der Beamtenpolitik beantworten.

Der Herr Kollege van Volxem hat mit Recht hervorgehoben, daß wir uns als treuhänderische Sachwalter der Selbstverwaltung im weitesten Sinne betrachten. Man kann derartige Gewohnheiten und eine Staatspraxis natürlich nicht mit Gesetzen sicherstellen. Auch hier wollen wir nicht vergessen, daß wir mindestens 12, in Wirklichkeit aber 15 Jahre die Gemeinde von einer jeden echten Selbstverwaltung ausgeschaltet sahen. Denn der Nationalsozialismus hatte ja auch in den Gemeinden das Führer- bzw. das Kommandoprinzip eingeführt, was praktisch weitgehend nachher unter dem Besatzungsrecht weitergegolten hat. Es ist also kein Wunder, daß die Idee der freudigen, idealgesinnten Selbstverwaltung in den Gemeinden noch nicht überall diese lebenskräftige Auswirkung gefunden hat, wie wir sie gerne haben wollen. Sie wissen, daß wir in den letzten Jahren stets bemüht waren, die Gemeinden zu ermuntern, in diesem echten Sinn Selbstverwaltung in Selbstverantwortung wahrzunehmen.

Die gesetzliche Grundlage ist nun abschließend geschaffen. Ich will hoffen, daß die kommenden Jahre erweisen werden, daß die Kommunalverbände, dem Sinn des Gesetzgebers entsprechend, auch in unserem Lande zu einer guten Vollendung der Selbstverwaltung, soweit es möglich ist, kommen.

Die verschiedene Struktur auf der unteren Ebene der staatlichen Organisation und auch der Selbstverwaltung, auf die Herr Kollege van Volxem hingewiesen hat, ist ja nichts Absonderliches. Wir wissen, daß das große Preußen früher die allerverschiedensten Systeme auf der unteren und mittleren Ebene zum Teil gehabt hat; das hat in keiner Weise die Einheit des

(Innenminister Dr. Zimmer)

Staates gefährdet. Dieses System paßte sich den örtlichen, lokalen Gegebenheiten und den Anschauungen der Bevölkerung an und hat sich damit bestens bewährt.

Sie haben völlig recht wenn Sie betonen, daß es Sinn und Zweck der Staatsaufsicht ist, in diesem Sinne auch mit den Gemeinden zusammenzuarbeiten.

Sie sind dann auf eine Spezialfrage eingegangen, die uns in der Pfalz und auch in gewissen Teilen des Bezirks Trier im Zusammenhang mit der Besetzung bewegt hat, das Dirnenunwesen. Meine Damen und Herren! Es ist mir bestätigt worden, daß auf Grund der strengen Maßnahmen, die wir getroffen haben, sehr vieles besser geworden ist. Ich mache aber kein Hehl daraus, daß es sehr schwer ist, bei dem Freiheitsbegriff, den wir nun einmal auch mit gewissen negativen Seiten gelten lassen müssen, allen Folgeerscheinungen mit staatlichen Mitteln oder gar mit polizeilichen Mitteln zu begegnen. Diese Dinge können nicht restlos mit polizeilichen Mitteln beseitigt werden. Was wir tun konnten, haben wir getan, und auch hier muß ich die Bemerkung machen - im Gegensatz zu einem meiner Herren Vorredner -, daß unsere Maßnahmen in den meisten Fällen, wenn sie hoheitlicher Natur sind, nicht endgültig sind. Die Polizei hat nicht das letzte Wort darüber, ob zum Beispiel ein Nachtlokal in Kaiserslautern geschlossen bleibt oder nicht. Wir können es zwar schließen lassen durch die Polizeiverwaltung; aber ob das Lokal geschlossen bleibt, darüber entscheidet kein Innenminister und keine Bezirksregierung und kein Polizeipräsident, sondern darüber entscheidet eine gerichtliche Instanz, zu der wir das hoffnungsvolle Vertrauen haben wollen, daß sie den praktischen Notwendigkeiten in ihrer Entscheidung immer Rechnung trägt.

Zu der Frage der Fremdenlegion sind einige wichtige Bemerkungen gemacht worden; ich möchte heute auf diese Frage nicht näher eingehen. Es fehlen noch einige abschließende Jahresberichte und Ermittlungen; ich werde zu gegebener Zeit auf die Frage zurückkommen und mich zu den gestellten Fragen äußern.

Es ist von mehreren Redner über die Bedeutung der Polizei gesprochen worden, auch im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz. Verschiedene Redner haben sich dazu von verschiedenen Standpunkten aus geäußert. Meine Damen und Herren! Der Verfassungsschutz ist völlig unabhängig in seiner Beurteilung, ob es sich um eine Bewegung von links oder um eine solche von rechts handelt.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Sehr richtig!)

Ich bitte, daran keinen Zweifel zu haben. Aber der Verfassungsschutz, meine Damen und Herren, hat auch nicht die Zuständigkeiten und die Möglichkeiten, wie man allgemein im Volke glaubt. Er kann nur Gefahren entdecken, er kann sie aufzeigen und damit der Bekämpfung dienen. Ich freue mich, daß die Presse unseres Landes sich zum Beispiel dadurch ein sehr beachtliches Verdienst erworben hat, daß sie zum Ärger gewisser radikaler Kreise wie uns sehr genau bekannt ist, deren kleine Zusammenkünfte totgeschwiegen hat. Und demgegenüber muß ich leider in den letzten Tagen feststellen, daß die große deutsche Presse die Ankunft irgendeiner „Persönlichkeit“

(Abg. Kuraner: Person, nicht Persönlichkeit!)

die vor 1933 in Deutschland eine verheerende Rolle gespielt hat, groß herausstellt und mit Bild versieht und damit dieser „Persönlichkeit“ zu einer Publizität verhilft, die sie absolut nicht verdient.

(Beifall im ganzen Hause. - Abg. Hertel: Warum Persönlichkeit, Herr Minister? Es ist nur eine Person!)

- Ich hoffe, daß jeder diesen Begriff in Gänsefüßchen setzt.

(Abg. Kuraner: Ach so, dann ja, natürlich!)

Es ist mir manchmal unbegreiflich, wieviele Leute schon vergessen haben, was damals angerichtet worden ist.

(Sehr richtig! bei der SPD. - Sehr gut! bei der FDP.)

Denn Deutschland ist doch nicht in sein Unglück geführt worden durch die Staatsmänner der Weimarer Republik, sei es Ebert, sei es Stresemann, sei es Brüning, sondern durch die Elemente, die damals dem deutschen Volk sein Glück und seine Macht vorgegaukelt haben

(Abg. Weis: Die von Anfang an dabei waren!)

und dann 1933 mit dem Marschritt der Bataillone durch das Brandenburger Tor die Freiheit beseitigt haben.

(Beifall im ganzen Hause.)

Das ist natürlich eine gewisse potentielle Gefahr. Und ich stimme Ihnen völlig zu, verehrte Herren Kollegen: In diesem Sinne erwarte ich von dem Beamten eine politisch ganz entschiedene Stellung.

(Beifall im ganzen Hause. - Abg. Dr. Boden: Sehr richtig!)

Wir werden das Erforderliche in den kommenden Jahren veranlassen, damit die Zeit der organisierten Verbrechen, die Zeit, als Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit unterdrückt wurden, auch denen zum Bewußtsein kommt, die es damals noch nicht erleben konnten, was es bedeutet, wenn derartige Ideen zwölf Jahre lang mit Füßen getreten werden.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang darf ich zur Beamtenpolitik folgendes sagen und damit auf einige Erinnerungen zurückkommen. Wir haben in diesem Jahre für die Fortbildung und Ausbildung der Beamten nach meiner Auffassung getan, was wir überhaupt nur tun konnten. Wir gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß es galt, einen neuen festen, moralischen und rechtlichen Grund zu schaffen für das Beamtenethos, das ja zwölf Jahre lang zerstört worden war. Der Beamte war gewöhnt worden an Willkür; er war gewöhnt worden, Befehle blind durchzuführen, auch wenn sie nach seiner Überzeugung ungerecht waren. Es galt also auch hier, einen neuen Grund zu legen, der für die kommenden Jahrzehnte unseres Landes und unseres Staates von größter Bedeutung ist. Die Güte eines Staates hängt von der Güte der Gesetzgebung, aber auch von der Sauberkeit und Tüchtigkeit eines guten Beamtentums ab. Das war der Grundgedanke, von dem wir uns in diesen Jahren haben leiten lassen.

Wir haben für die Fortbildung der jüngeren Beamten sehr viel getan; ich möchte auf die Einzelheiten nicht eingehen. Ich darf aber feststellen, daß der Erfolg bewiesen hat, daß die jungen Beamten mit einem erfreulichen Eifer und mit großer Aufgeschlossenheit unseren Ideen gefolgt sind und daß die erzielten Fortschritte außerordentlich beachtlich sind.

Die Nachwuchsbeamten des höheren Dienstes werden in besonderen Kursen geschult, aber auch auf der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, wo sie mehrfach jährlich zu Fortbildungslehrgängen weilen. Außerdem werden besonders in Frage kommende Beamte nach Bad Meinberg geschickt, wo für das ganze Bundesgebiet solche Kurse stattfinden.

Für die Beamten des gehobenen Dienstes haben wir ihm Jahre 1952 eine einheitliche Ausbildungsordnung zusammen mit den Kommunalverbänden erlassen. Wir

(Innenminister Dr. Zimmer)

waren das erste Land in der Bundesrepublik, das eine einheitliche Ausbildungsvorschrift dieser Art erlassen konnte nach völliger Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden. Hiernach werden nunmehr im Lande Lehrgänge und Prüfungen abgehalten, an denen staatliche und kommunale Anwärter teilnehmen. Durch die Vereinheitlichung der Ausbildung und Prüfung soll ein gegenseitiger Austausch der staatlichen und kommunalen Beamten erleichtert und auf beiden Seiten Verständnis für die Besonderheiten der betreffenden Verwaltung geschaffen werden.

Ich darf bemerken, daß wir uns mit dem Gedanken tragen, überhaupt nicht nur Beamte des höheren, sondern auch des gehobenen Dienstes, soweit sie tunlichst noch nicht verheiratet sind, mit anderen Ländern auszutauschen, weil wir Wert darauf legen, daß der Horizont, der Gesichtskreis des Beamten nicht an der Ländergrenze endet, sondern daß er auch die allgemeinen Verhältnisse in den anderen Ländern Deutschlands, also im Norden und Süden, kennenlernt.

(Beifall im ganzen Hause.)

Aus der Ausbildungs- und Prüfungsordnung verdient die Aufstiegsmöglichkeit für die Beamten des mittleren Dienstes mit Volksschulbildung besondere Erwähnung. Herr Kollege Bauer! Ich weiß nicht, wie es sich mit der Beschwerde im einzelnen verhält, die Sie vorgebracht haben. Ich werde der Sache nachgehen, warum die Anträge noch nicht erledigt sind. Ich vermute, es hat einen guten Grund; denn im Prinzip ist es wie folgt: Beamte können zum Vorbereitungsdienst und zur Prüfung für den gehobenen Dienst zugelassen werden, wenn sie sich vier Jahre im mittleren Dienst weit über dem Durchschnitt bewährt haben. Und ich kann zu meiner Freude feststellen, daß gerade mehrere junge Beamte, deren Eltern, weil sie in abgelegenen Dörfern im Hunsrück oder in der Eifel wohnen, oder aus wirtschaftlichen Gründen nicht die Möglichkeit hatten, ihre Kinder auf das Gymnasium zu schicken, mit Volksschulbildung über die Gemeinde- und Amtsverwaltung den Weg in die Beamtenlaufbahn des Staates gefunden haben und bei den Prüfungen für den mittleren und gehobenen Dienst zum Teil ihre Prüfungen mit „gut“ und mit „sehr gut“ abgelegt haben.

(Beifall im ganzen Hause.)

Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, daß mir solche Beamte, die direkt aus der Volksschule kommen und nicht halb abgebrochene Gymnasialisten sind, immer lieber sind als die andere Kategorie, die ich eben bezeichnet habe.

(Beifall im ganzen Hause. -  
Sehr gut! bei der SPD.)

Es ist also nicht notwendig, daß man bei uns neun Jahre lang die höhere Schule besucht haben muß und das Abitur hat; selbstverständlich kommen die auch an die Reihe, wenn wir entsprechenden Platz haben. Man muß also hier ohne jede Voreingenommenheit jeden einzelnen Fall für sich betrachten. Wir haben zum Beispiel für die Bereitschaftspolizei eine Reihe von ausgezeichneten jungen Leuten, die das Abitur abgelegt haben. Sie haben Freude am Polizeidienst, und selbstverständlich nehmen wir solche Leute an.

Nun nur noch ein Satz. Wir haben, wie Sie wissen, in den letzten Jahren zur Weiterbildung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes noch die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Rheinland-Pfalz geschaffen mit Zweiganstalten in den verschiedensten Städten unseres Landes. Sie erfreuen sich eines sehr starken Besuches, und sie haben dem Streben der Beamten - namentlich der Kommunalverwaltungen - einen sehr starken Auftrieb gegeben.

In diesem Zusammenhang wurde vom Herrn Kollegen Bauer der Verwaltungsapparat angesprochen und die Tatsache erwähnt, daß der Etat des Innenministeriums in diesen vier Jahren um 1500 Köpfe angewachsen ist; und er folgert daraus - ich muß gestehen, zu meinem großen Erstaunen, weil Sie doch selbst in der Verwaltung stehen - eine übermäßige Aufblähung des Beamtenapparates.

Meine verehrten Damen und Herren! Es wäre gut gewesen, wenn der Herr Kollege Bauer die Frage aufgeworfen hätte: wo haben diese Vermehrungen stattgefunden? - Dann hätte sich die Antwort ergeben, wenn ich von 2, 3 absehe, ausschließlich bei der Polizei, und zwar im Einvernehmen und mit Zustimmung des gesamten Hauses einschließlich Ihrer eigenen Fraktion, wofür ich sehr dankbar war; denn es entsprach einem absolut zwingenden Bedürfnis.

Die Polizei des Landes Rheinland-Pfalz war 1950 noch nicht komplett; sie konnte es gar nicht sein; sie ist im Laufe dieser vier Jahre allmählich komplettiert worden. In diesen vier Jahren haben sich dann durch den gestiegenen Autoverkehr auch die Gefahren auf der Landstraße verdoppelt und verdreifacht. Die sittlichen Gefahren, von denen gesprochen wurde, waren damals in dieser Eigenart noch nicht vorhanden. Schließlich dürfen Sie nicht vergessen, daß in diesen Zahlen die Bereitschaftspolizei enthalten ist, die ja in Wirklichkeit der Nachwuchs für unsere Polizei ist, die aber damals überhaupt noch nicht eingruppiert war. Jeder Beamte muß grundsätzlich durch die Bereitschaftspolizei gehen.

Es sind genau 1426 Stellen, die seit 1950 bei der Polizei hinzugekommen sind, davon allein 674 bei der Bereitschaftspolizei; die anderen 700 verteilen sich auf die Gendarmerie für die Kurorte und Wochenendgelegenheiten usw., wovon der Herr Kollege Dr. Habighorst gesprochen hat. Man kann also feststellen, daß die Dienststellen des Innenministeriums, soweit sie die eigentliche Verwaltung betreffen, in diesen Jahren absolut konstant geblieben sind, obwohl sich die Aufgaben in keiner Weise reduziert, sondern im Gegenteil vermehrt haben. Die Polizei ist eben auf ihren normalen Stand gebracht worden.

Sie haben gesagt, die Regierung soll regieren und nicht verwalten, und haben verschiedene Vorkommnisse erwähnt. Meine Damen und Herren! Ich muß leider darauf eingehen, insbesondere auf den Fall der Schule auf dem Westerwald, jedoch nicht so eingehend, wie ich ihn in den Akten habe. Ich kann Ihnen zu dem zuerst erwähnten Einwand sagen, wir haben seit Jahr und Tag uns bemüht, Schritt für Schritt, die Angelegenheiten aus dem Ministerium zu den Bezirksregierungen zu verlagern. Wir haben verlagert. Wir haben allerdings darüber keine großen Deklamationen gemacht, weil man so etwas nicht nötig hat.

Eine weitere Verlagerung wird dann möglich sein, wenn auch auf anderen Gebieten eine Vereinheitlichung im Lande stattgefunden haben wird. Die Organisationen sind zum Teil noch verschiedenartig. Ich erwähne immer den Bezirkstag Pfalz; im Norden des Landes werden diese Dinge noch alle auf der ministeriellen Ebene erledigt. Schon an diesem Beispiel ersehen Sie, daß wir zur Zeit eine weitere Verlagerung nicht gut vornehmen können.

Der „Bund der guten Deutschen“, den Sie erwähnt haben, ist für uns - hoffentlich wird man mir das nicht für übel nehmen - noch eine Karnevalsangelegenheit,

(Bewegung im Hause.)

(Innenminister Dr. Zimmer)

der wir bisher jedenfalls keine besondere Bedeutung zumessen. Hoffentlich verwechseln Sie diesen Bund nicht mit dem sogenannten „Bund der Deutschen“, das ist nämlich zweierlei. Den „Bund der Deutschen“ haben wir genügend charakterisiert, das ist etwas völlig anderes.

Der Fall auf dem Westerwald, der Fall des Lehrers Büchse!

(Abg. Bauer: Ich habe keinen Namen genannt, absichtlich nicht!)

Ich habe das Aktenstück da.

(Abg. Hertel: Wir wissen, wer gemeint ist, Herr Minister!)

Sie haben gesagt, wenn ich mich recht erinnere, die Polizei sei undemokratisch vorgegangen.

(Abg. Bauer: Nicht die Polizei! Die Schule ist auf undemokratische Weise geschlossen worden!)

Herr Kollege Bauer, ich hätte gewünscht, Sie wären zu mir persönlich gekommen, dann hätte ich Ihnen einen Einblick in die Akten gestattet, um zu erfahren, um welche „Persönlichkeit“ es sich bei diesem sogenannten Lehrer,

(Abg. Bauer: Das weiß ich doch!)

dessen Kinderheim geschlossen werden mußte, überhaupt handelt.

(Abg. Bauer: Aber doch nicht mit Steinen die Fensterscheiben einwerfen!)

- Das hat nicht die Polizei gemacht, das hat ein Teil der Bevölkerung gemacht in Empörung über die Vorkommnisse in dieser sogenannten Schule.

(Abg. Markscheffel: Volkszorn!)

Meine Damen und Herren! Es ist wirklich schade. Es ist sehr umfangreich, aber ich muß es jetzt sagen, weil der Eindruck entstanden ist, als ob es sich hier um einen unschuldig Verfolgten handele.

(Abg. Bauer: Stimmt nicht! - Lebhaftige Unruhe bei der SPD. - Abg. Markscheffel: Das wurde nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren! Die Polizei jedenfalls hat sich hier nicht undemokratisch benommen. Wenn einzelne Bewohner in ihrer Empörung das getan haben, ist das zu bedauern, aber den Staat selbst kann es nicht treffen.

(Abg. Markscheffel: Wer hat denn die Empörung organisiert, Herr Minister? - Unruhe bei der SPD.)

- Ich sehe, ich muß noch einiges vorlesen. Man war im Dorf sehr unzufrieden über die Berichterstattung in einem Teil der Presse. Es hat sich herausgestellt, daß dieser Teil der Presse auf den Schwindel dieses Mannes hineingefallen war.

(Abg. Markscheffel: Wir nicht!)

- Sie nicht, aber eine bekannte Frankfurter Zeitung!

(Abg. Markscheffel: Und dabei gucken Sie mich an! - Wir wollen mit klaren Karten spielen! - Unruhe bei der SPD. -)

- Ich habe es auch wirklich nicht so verstanden.

(Abg. Markscheffel: Ich danke Ihnen!)

- Ich habe es erwähnt, es war eine ganz bekannte Frankfurter Zeitung; es war nicht die „Freiheit“, wie ich ausdrücklich bestätige, die hier hereingefallen war.

(Abg. Markscheffel: Danke schön!)

Wie gesagt, ich stelle den interessierten Herren die Berichte des Herrn Regierungspräsidenten gerne zur Verfügung.

(Abg. Markscheffel: Ich kenne sie!)

Es ist ein skandalöser Fall, aber nur von seiten dieses Mannes, der es verstanden hat, die verworrenen Nachkriegsverhältnisse in übelster Weise für seine Person auszunutzen. Er hat sich mit gefälschten Urkunden zum Doktor gemacht; er hat Behörden irreführt. Die Bezirksregierung in Koblenz hat dann allerdings ausgeräumt. Ich will von den weiteren Unzuträglichkeiten und sehr komischen Vorkommnissen in der Schule nicht sprechen. Aber der Fall war angeführt, ich mußte darauf zu sprechen kommen.

Meine Damen und Herren! Die Beflaggung! Sie haben daran Anstoß genommen, daß hierüber ein besonderer Erlaß ergangen ist. Herr Kollege, ich bitte, einmal die Frage zu beantworten: wie stellen Sie sich das vor, wenn ein ausländisches Staatsoberhaupt stirbt? - Nach der internationalen Gepflogenheit und Etikette muß dann im ganzen Lande geflaggt werden.

(Abg. Markscheffel: z. B. Stalin!)

Das ist vielfach den örtlichen Behörden gar nicht bekannt.

Schon aus diesem Grunde muß eine einheitliche Handhabung der staatlichen Beflaggung im Lande stattfinden; daran kommen wir nicht vorbei.

Herr Kollege Bauer hat von den Gesundheitsämtern gesprochen. Ich weiß, daß da und dort Mängel vorkommen; die sind immer vorgekommen. Der schnellste und sicherste Weg sie zu beseitigen ist, sich unmittelbar an das Amt oder an die unmittelbare Aufsichtsbehörde zu wenden. Wenn Sie sich an mich wenden, dann muß ich selbstverständlich an die Bezirksregierung gehen und muß dann dort in vielen Fällen warten, bis ich einen befriedigenden Bericht bekomme. Ich bemühe mich in diesen Fällen und mit mir meine Mitarbeiter, in allen Fällen rasch und gründlich Abhilfe zu schaffen. Ich freue mich, daß Sie unseren tüchtigen Feuerwehrleuten hohe Anerkennung gezollt haben; sie haben das redlich verdient, und ich würde es sehr begrüßen, wenn in den Feuerwehren sich auch die Schichten der Bevölkerung stärker beteiligen würden, die sich zu den sozial besser gestellten Dorfbewohnern zählen.

(Sehr gut! bei der CDU.)

Wir tun für die Ausbildung der Feuerwehrleute das, was wir können; auch die Bezuschussung ist bei uns laufend in den Fällen, in denen es notwendig ist, erfolgt; die Ausstattung ist entsprechend auf der Höhe.

Sie haben dann im Zusammenhang mit dem Behördenapparat von der Entrümpelung gesprochen. Meine Damen und Herren! Ich habe zu meinem großen Erstaunen festgestellt, daß große deutsche Zeitungen von der Entrümpelung geschrieben haben, als ob es sich bei der Entrümpelung um eine Art großartiger Verwaltungsreform handele, und deshalb hat die Entrümpelung eine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, die ihr meines Erachtens nur sehr bedingt zukommt. Eine Entrümpelung ist keine Verwaltungsreform; sie ist selbstverständlich notwendig, und sie geschieht auch. Bei uns konnte sie erst in Angriff genommen werden, nachdem wir die grundlegenden Gesetze auf dem polizeilichen und gemeindlichen Gebiete verabschiedet hatten. Es ist also damit zu rechnen, daß demnächst eine entsprechende Säuberung der Akten stattfindet, so daß so und so viele Hunderte, vielleicht tausend Erlasse aufgehoben werden können.

(Abg. Markscheffel: Bravo!)

Ich glaube, daß ich damit das, was politisches Interesse und Gewicht hat, behandelt habe; ich darf nur noch kurz auf das zu sprechen kommen, was Herr Kollege Lotz und Herr Matthes zum Schluß gesagt



(Innenminister Dr. Zimmer)

haben. Herr Matthes hat eines der bedeutsamsten Probleme angeschnitten, die uns volkspolitisch gestellt sind, das ist das Problem der Jugend insgesamt, speziell der Jugend, die unter den Kriegsfolgen zu leiden hat, und ich gedachte, auf dieses Problem bei der Beratung des Etats des Sozialministeriums einzugehen, weil das Problem der Jugend dort gestellt ist.

Herr Lotz hat mich gebeten, in Bonn dafür einzutreten, daß die Besoldungsreform vorangehen solle. Ich habe seit vielen Jahren in Bonn im Innen-Ausschuß den Standpunkt vertreten, daß man mit der Besoldungsreform viel zu lange gewartet hat. Die eine negative Folge dieses Wartens ist zum Beispiel, daß sehr viel mehr Beförderungen vorgenommen worden sind, als sie früher üblich waren, gewissermaßen als ein Ersatz für die nicht vollzogene Besoldungsreform; und dadurch ist vielfach das Gefüge in der Verwaltung verlagert worden.

Die Polizei, die von allen Rednern angesprochen worden ist, freut sich darüber, daß ihre Tätigkeit bei allen Parteien des Hauses hohe Anerkennung gefunden hat, aber nicht nur Anerkennung, sondern auch Unterstützung in den Ausschüssen. Es ist mir persönlich eine besondere Genugtuung zu erfahren, wie sehr sachkundig die Herren Vertreter im Haushalts- und Finanzausschuß alle Fragen der Polizei behandelt haben, und das kann uns nur erfreuen, denn aus dieser sachkundigen Beratung erwarten wir stets auch eine entsprechende Förderung.

Ich darf zum Schluß Ihnen, meine Damen und Herren, deshalb danken, daß Sie dem Etat des Innenministeriums in allen seinen Zweigen eine so sachkundige Förderung haben zuteil werden lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

**Präsident Wolters:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses Nr. II/1042. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Angenommen bei Stimmenthaltung der SPD.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Ergänzungsantrag Nr. II/1054 des Haushalts- und Finanzausschusses zur Drucksache II/1042. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

Ich rufe auf Kapitel 01, - 02, - 03, - 04, - 05, - 06, - 07, - 08, - 09, - 10, - 11, - 12, - 13, - 14, - 15, - 16, - 17 und 18.

Wer dem Haushaltsplan 03 in zweiter Beratung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! - Angenommen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Beratung des Einzelplans 08. Die Berichterstattung des Haushalts- und Finanzausschusses über den Einzelplan 08,

**Ministerium für Wirtschaft und Verkehr,**

erfolgt durch den Herrn Abgeordneten Völker von der SPD-Fraktion, dem ich jetzt das Wort erteile.

**Abg. Völker:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 08 umfaßt 8 Kapitel.

**Präsident Wolters:**

Ich bitte um Ruhe.

**Abg. Völker (fortfahrend):**

Unter diesen acht Kapiteln sind verschiedene, die in ihrer Natur und von Natur aus konstant bleiben, die Bergverwaltung, die Eichverwaltung, Wasserstraßenverwaltung, von denen insbesondere aber auch Kapitel 02 und Kapitel 06 die wichtigsten sind, und zwar allgemeine Bewilligungen und die Straßenverwaltung. Das sind die wichtigsten Kapitel beim Wirtschaftsministerium, und sie haben auch verschiedene Veränderungen bei der Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß erfahren.

Bei Titel 850 ist eine Kürzung um 2000 DM vorgenommen, bei der Anschaffung von Kraftfahrzeugen - das ist also nebensächlicher Art -, aber beim Kapitel 08 02 - Allgemeine Bewilligungen - ist bei Titel 601, Zuschüsse zur Aufschlußförderung des Bergbaus, eine Position unter Buchstabe c) für den Braunkohlenbergbau im Westerwald, von 200 000 DM ausgeworfen. Es sind unter diesem Titel unter Buchstabe a) aus Mitteln des Landes 900 000 DM, unter Buchstabe b) aus Mitteln des Bundes 700 000 DM und - wie eben erwähnt - unter Buchstabe c) einmalig für den Braunkohlenbergbau im Westerwald 200 000 DM ausgeworfen. Es ist weiter unter Titel 602 eine Erhöhung um 5000 DM vorgenommen worden von 290 000 auf 295 000 DM und in den Erläuterungen unter Ziffer 3 eine Ausweitung um eben diese 5000 DM, und zwar 3. Hotelfachschule in Bad Kreuznach, die sich - wie erwiesen - als Einrichtung bewährt und sehr guten Nachwuchs für dieses Gewerbe hervorbringt, aber mit gewissen Schwierigkeiten noch zu kämpfen hat. Diese Schwierigkeiten sind bekannt; deswegen hat der Ausschuß hier nochmals eine Erhöhung um 5000 DM vorgenommen.

Ein neuer Titel ist eingefügt worden bei Allgemeinen Bewilligungen, der Titel 606. Hier ist neu eingesetzt ein Betrag von 100 000 DM Zuschuß an die Handwerkskammern zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf Grund der neuen Handwerksordnung. Den Handwerkskammern sind bei der Durchführung dieser neuen Handwerksordnung gewisse neue Aufgaben zugewiesen worden, für die sie natürlich erhebliche Aufwendungen zu machen haben. Deswegen ist der Titel hinzugefügt worden.

Meine Damen und Herren! Weiter ist bei Kapitel 06, Straßenverwaltung, in den Einnahmepositionen Titel 8, Erstattung von Verwaltungs- und Prozeßkosten, eine Erhöhung nach dem tatsächlichen Ist des vergangenen Jahres, eine Erhöhung von 25 000 auf 100 000 DM veranschlagt worden.

Bei Titel 69, Vermischte Einnahmen, ist eine Erhöhung von 20 000 auf 120 000 DM vorgesehen; bei Titel 300, Unterhaltung und Instandsetzung Landstraßen I. Ordnung ist der Ansatz von 12 500 000 DM auf 16 Millionen DM erhöht worden. Auch die Erläuterungen hierzu haben eine Veränderung erfahren gerade im Hinblick auf diese Erhöhung von 3 1/2 Millionen DM, indem den Erläuterungen eine Ziffer 2 hinzugefügt worden ist: Um- und Ausbau - Deckenerneuerungen einschließlich Frostschädenbeseitigung - 3 1/2 Millionen D-Mark. Für die Beseitigung der zu erwartenden Frostschäden sind also 3 1/2 Millionen DM eingesetzt, damit die übrigen Mittel für die Unterhaltung ausge-

(Völker)

geben werden können, wobei aber auch insofern eine Aufgliederung vorgenommen worden ist, indem die Löhne einschließlich Soziallasten für die Straßenwärter hier extra ausgewiesen worden sind. Es gab bei der Debatte im Finanzausschuß gerade darüber eine Diskussion, weil man der Meinung war, daß man Personalkosten nicht unter Sachkosten etatisieren kann, wie das sowohl hier geschieht als auch bei der Forstverwaltung mit den Waldarbeitern. Aber da es beim Bund so üblich ist und ein gewisses Ineinandergreifen zwischen Bundesstraßenverwaltung und Landesstraßenverwaltung zu verzeichnen ist, wollte man nicht davon abgehen, hat es aber für notwendig gehalten, hier in der Erläuterung das ganz klarzustellen, um auch hier der Etatwahrheit zu dienen.

Bei Titel 713 ist in der Erläuterung Näheres ausgeführt worden bezüglich der Ausgaben, und zwar ist das Wort „können“ in „dürfen“ umgeändert. Es soll jetzt heißen: Ausgaben dürfen nur in Höhe der Ist-einnahmen bei Titel 97 geleistet und bis zur Höhe etwaiger Mehreinnahmen überschritten werden. Es dreht sich hier um die Ausgaben für die Verlegung von Straßen infolge von Errichtung von Truppenübungs- oder Flugplätzen. Es hat sich erwiesen, daß noch gewisse Schwierigkeiten mit dem Bund vorhanden sind, um die Mittel zurückzuerhalten, die das Land für diese Zwecke ausgegeben hat. Und damit nicht wiederum Vorlagen für die Zukunft eintreten, hat der Ausschuß beschlossen, daß nur die Mittel in der Höhe der Einnahmen ausgegeben werden dürfen - so wie sie eingehen -, daß also keine Überschreitungen vorgenommen werden können, sondern daß mit dem Bund Verhandlungen geführt werden, damit, wenn derartige Aufwendungen notwendig sind, sie auch tatsächlich umgehend vom Bund ersetzt werden.

Das sind Änderungen, die gemacht worden sind, und der Haushalts- und Finanzausschuß schlägt Ihnen in der Drucksache II/1047, die die Änderungen enthält, vor, dem Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Verkehr - mit den aus der Zusammenstellung ersichtlichen Änderungen zuzustimmen.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Wolters:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Berichterstattung. Die Aussprache ist eröffnet. Als erster hat das Wort der Herr Abgeordnete Merz von der Fraktion der SPD.

**Abg. Merz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Charakter unserer heimischen Wirtschaft hängt in erster Linie von der des Bundes ab. Wir Sozialdemokraten kennen sehr gut die Eigentümlichkeiten der sozialen Marktwirtschaft, und wir wissen auch die Zusammenhänge zu beurteilen, nach denen unsere heimische Wirtschaft - in gewissem Umfange wenigstens - ihr eigenes Leben zu führen hat. Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß jede Wirtschaftsform ein so feingliedriges Gebilde ist, daß man nur mit wohlüberlegten Maßnahmen zu dem Ziel kommt, die Entwicklung vorwärts zu treiben und den sozialen Wohlstand zu heben. Die soziale Marktwirtschaft hat ihre Stärken, sie hat aber auch ihre Schwächen. Wir wissen es zu schätzen, wenn im vergangenen Jahr laut Bericht des Wirtschaftsministeriums die Steigerung der Produktivität besonders hervorgehoben wurde. Auch sind wir uns der unermüdlichen Anstrengungen bewußt, die zu einem solchen Ergebnis geführt haben; hängt doch die Wirtschaftlichkeit von der Disziplin der Er-

zeuger und der Verbraucher ab. Das Endziel sinnvollen Wirtschaftens muß nicht nur die Erhöhung des Verbrauches sein, sondern darüber hinaus in besonderem Maße die soziale Sicherung des schaffenden Menschen.

Wenn wir nun einen Rückblick werfen auf die Entwicklung des vergangenen Haushaltsjahres, so müssen wir feststellen, daß zwar auf der einen Seite Schwierigkeiten aufgetreten sind, daß aber auf der anderen sich auch Tendenzen bemerkbar machen, die zu diskutieren gerade heute der richtige Augenblick ist. Denken Sie daran, in welchem Maße in den letzten Monaten Preissteigerungen Platz gegriffen haben und eine gewisse Nervosität in die Bevölkerung hineingetragen wurde, daß eine Angstpsychose sich entwickelte, die doch als Tatsache registriert werden und über die man sich letzten Endes einmal Gedanken machen muß. Bedauerlich ist nur für uns, feststellen zu müssen, daß die maßgebenden Instanzen - besonders von der Bundesseite her - sich ohnmächtig erklären, gegen eine solche Tendenz wirksam ankämpfen und diese Preissteigerung auch nur in etwa eindämmen zu können. Wir wissen, daß die vielen beruhigenden Erklärungen von allen möglichen und unmöglichen Instanzen mit der sozialen Marktwirtschaft zusammenhängen. Sie sollen der Bevölkerung klarmachen, daß es sich um eine Zwangsläufigkeit handelt, die mit Angebot und Nachfrage zusammenhängt, und die hingenommen werden müsse. Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn die Lohn-Preis-Spirale in Tätigkeit tritt. Man sollte dann aber so einsichtig sein, die Lohnerhöhungen, die sich aus dieser Preissteigerung ergeben, nicht immer wieder dem schaffenden Menschen, der die Werte mit erzeugt, als Schuld zuzuschreiben.

Auf dem Bausektor hat die Wirtschaft von Rheinland-Pfalz - beeinflusst durch die Bundespolitik der Wiederaufrüstung - ihre besonderen Merkmale und ihr eigenes Gepräge durch die Besatzungsbauten und durch den Straßenbau für die Wehrmacht. Das Wirtschaftsministerium kann sich mit einem gewissen Recht - und man könnte vielleicht sogar sagen mit Stolz - darauf berufen, daß diese Tatsachen der Wirtschaftskonzeption unseres Landes zugute gekommen sind. Wie lange nun aber dieser Zustand anhalten wird, und die Frage, ob dadurch die Werte des Volkvermögens tatsächlich eine Steigerung erfahren haben, das steht auf einem anderen Blatt. Ich weiß deshalb nicht, ob es richtig ist, dies so sehr in den Vordergrund zu stellen, oder ob dieser Umstand nicht vielmehr geeignet wäre, die wirtschaftspolitische Situation unseres Landes zu trüben und zu verwässern. Beim Handel und Gewerbe muß man nämlich eine Feststellung machen, die nicht nur bei uns in Rheinland-Pfalz von ausschlaggebender Bedeutung ist, sondern die auch in den anderen Bundesländern getroffen werden muß. Das ist die Kreditsituation. Die mittel- und langfristigen Kredite haben durch ihre hohen Zinssätze eine solche Überschuldung in die kleinen Gewerbebetriebe hineingebracht, daß - wie allenthalben festgestellt wurde und wie jede Statistik es ausweist - nicht nur die Verschuldung im letzten Jahr nicht nur nicht stabilisiert werden konnte, sondern sogar zugenommen hat. Das sind jedenfalls Merkmale, die festgehalten werden sollten.

Wenn nun das Ministerium in seinem Jahresbericht darauf hinweist, daß die Politik der Beschaffung mittel- und langfristiger Kredite nicht zu einem vollen Erfolg geführt hat, so sollten wir die Bestrebungen der Regierung aufmerksam beobachten. Wir würden uns freuen, wenn es den Bemühungen der Regierung

(Merz)

gelänge, die Zinssätze für mittel- und langfristige Kredite so zu senken, daß auch die kleinen Betriebe, die ja bei uns in Rheinland-Pfalz ein Hauptfaktor sind, damit auf eine festere Basis gestellt werden könnten.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Entscheidend im Haushaltsplan sind nach unserer Auffassung die Ansätze für den Straßenbau. Alljährlich debattieren wir das Mißverhältnis zwischen steigendem Kraftwagenverkehr und dem Unvermögen, diesem steigenden Verkehr durch Straßenneubau und -instandhaltung Rechnung zu tragen. Im Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr haben wir fast in jeder Sitzung einmütig festgestellt, daß die bisherigen Mittelzuweisungen zwar beachtlich waren, aber bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarf unseres Landes im Straßenbau zu sichern.

Auch in diesem Jahre sind die Ansätze wesentlich höher als im letzten Jahre, wenn auch die Hauptbeiträge im außerordentlichen Haushalt liegen. Meine Fraktion ist der Auffassung, daß sich Landesregierung und alle Parteien der Verbesserung unseres Straßennetzes in erhöhtem Umfange annehmen sollten, weil die bisherige Finanzierung keineswegs ausreicht, um die Substanz unserer Straßen zu erhalten.

Wir sind auch der Auffassung, daß die Zuweisungen auf die einzelnen Straßengebiete nicht so rasch erfolgt sind, wie dies hätte geschehen müssen. Diese Unzulänglichkeiten sind auch von fachlicher Seite wiederholt herausgestellt worden. Auch im Wirtschaftsausschuß - wenn ich ihn wieder zitieren darf - ist man zu der Meinung gekommen, wenn eine neue Form der Mittelgewinnung geschaffen werden könnte, würde es dem Straßenbau in vielerlei Hinsicht doch leichter fallen, zu den im Etat vorgesehenen Ergebnissen zu kommen. Der Straßenbau muß mehr als bisher in Gang gebracht werden, wenn die Wirtschaft nicht - so muß ich schon sagen - an „Kreislaufstörungen“ leiden soll. Er hat wirtschaftlich die gleiche Schlüsselposition wie der Wohnungsbau. Der Nachholbedarf macht nach den Äußerungen unserer Straßensachverständigen etwa 400 Millionen DM aus. Sie können demnach ermes sen, wenn wir, wie in diesem Jahre, auf rund 40 Millionen DM kommen, daß wir bei weitem noch nicht dorthin gelangen, wo wir hinkommen müssen. Es ist aber auch von Wichtigkeit festzuhalten, daß der Wert der Straßen nicht allein nach den Vorteilen für den Straßenbau bestimmt wird. Auch die Industrie hat - genau wie am Wohnungsbau - ein Interesse daran, daß der Weg zum Arbeitsplatz sich verkürzt und daß die Straßenunfälle auf ein Minimum reduziert werden. In dankenswerter Weise hat Herr Kollege Matthes schon im vorherigen Etat die Unfallstatistik angeführt und darauf verwiesen, wie gefährdend die Unfälle gerade in unserem Lande sind. Ich darf deshalb wohl darauf verzichten, noch auf Einzelheiten einzugehen.

Ich habe mir einige Zahlen zusammengetragen, die dem Hohen Hause nicht vorenthalten werden dürfen. So zum Beispiel: Wenn der Wert eines Menschenlebens mit 20 000 DM und der bei einem Verkehrsunfall durch Behandlung und Arbeitsausfall entstandene Schaden mit 2000 DM veranschlagt wird, so beträgt der materielle Verlust durch Verkehrsunfälle in der Deutschen Bundesrepublik je Tag 2,2 Millionen D-Mark, im Jahr also etwas mehr als 800 Millionen D-Mark. Hierbei sind Sachschäden unberücksichtigt geblieben. Über allen diesen Gesichtspunkten steht natürlich die menschliche Seite des Problems. Gelänge es aber, durch den Bau neuer Straßen, der Ver-

besserung und Erweiterung vorhandener Straßen eine Unfallreduktion von etwa 25 v. H. zu erreichen, so wäre ein Betrag erspart, der die Straßenfinanzierung wesentlich erleichtern könnte.

Betrachten wir uns einmal die Unfallstatistik des Straßenverkehrs in unserem Lande. Bei 28 171 Unfällen im vergangenen Jahr mußten wir 900 Tote beklagen und 18 156 Verletzte. Mit dieser Statistik stehen wir leider beachtlich über dem Bundesdurchschnitt. Trotzdem ist der vorjährige Ansatz von 45 000 D-Mark in diesem Jahre stehengeblieben. Wir hätten es sehr gerne gesehen, wenn er erhöht worden wäre. Bereits vor 2 Jahren hat meine Fraktion einen Antrag eingebracht, worin die Landesregierung aufgefordert wird, dem Verkehrsunterricht in den Schulen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Wenn heute der Bundesverkehrsminister ein gleiches Anliegen an die Verkehrsminister der Länder stellt, so bedeutet das doch, daß dies einer der Wege ist, der nun durch die Entwicklung des Verkehrs und der Technik unbedingt beschritten werden muß.

Wir sollten heute aber noch eines bedenken. Im Zuge der Wiederaufrüstung wird der öffentliche Haushalt nicht geringer, sondern stärker belastet werden. Da die öffentliche Hand praktisch der einzige Bauherr der Straßen ist, sind die Finanzierungsaussichten alles andere als günstig. So erfreulich die wirtschaftliche Entwicklung an sich ist, so bedauerlich ist der Rückstand im Straßenbau. Es ist leider Tatsache, daß seit mehr als zehn Jahren keine neuen Straßen mehr gebaut worden sind und die Länge des Straßennetzes praktisch aber auch um nichts zugenommen hat. Erhöht haben sich die materiellen Verluste durch Verkehrsunfälle und natürlich auch der Schadensumfang durch Verletzungen und dergleichen mehr. Wenn es schon stimmt, daß die Kultur eines Landes nach dem Zustand der Straßen beurteilt wird, so wollen wir hier in Rheinland-Pfalz uns doch zugestehen, daß wir noch manches nachzuholen haben. Wir sind auch der Meinung: Wenn wir den Fremdenverkehr in unserem Lande besser entwickeln wollen, dann wäre es bei einer Politik auf lange Sicht doch ratsam, daß wir gerade diesem Problem in der Verkehrswerbung erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Dankbar begrüßt unsere Fraktion aber auch den Abschluß der Elektrifizierungsverhandlungen mit der Deutschen Bundesbahn. Wir geben uns der angenehmen Erwartung hin, daß mit diesem Anfang endlich eine Entwicklung eingeleitet wird, auf die unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft einen berechtigten Anspruch hat. Trotz der für unser Land so entscheidend nachteiligen Abstimmung über das Saarstatut wollen wir doch annehmen, daß die Wünsche der Saarbevölkerung auf Elektrifizierung der Strecke Ludwigshafen—Kaiserslautern—Homburg zur gegebenen Zeit auch Gehör finden.

Bei uns in der Pfalz läßt der Brückenbau über den Rhein sehr zu wünschen übrig. Im Wirtschaftsraum Ludwigshafen—Mannheim mit seinem sehr beachtlichen Hinterland steht zur Zeit nur eine einzige Brücke zur Verfügung, die sowohl für die Bahn als auch für alle übrigen Verkehrsteilnehmer ausreichen muß. Auch im Wirtschaftsausschuß haben wir uns darüber eingehend unterhalten und sind uns schlüssig geworden, daß bei der bekannten Verkehrsstockung mit ihren skandalösen Auswüchsen, die sich sowohl auf der Ludwigshafener als auch auf der Mannheimer Seite zeigen, das Land Rheinland-Pfalz unter allen Umständen eine Pflicht hat, helfend einzugreifen. Denn wenn sich schon eine Wirtschaft entwickeln soll, wenn schon Be-

(Merz)

völkerungen zusammengehören wie Ludwigshafen-Mannheim, das ein gewachsenes Ganzes darstellt, so kann bei dieser Unzahl von Menschen, bei dieser Entwicklungsfähigkeit aber auch, keineswegs das Land passiv beiseite stehen. Wir geben zu, daß das Land nicht von sich aus daran direkt interessiert ist. Es müssen aber Schritte eingeleitet werden, um mit dem Bund und auch mit Württemberg-Baden zu einem Ergebnis zu kommen, damit auch dieses Problem einer baldigen, und zwar gründlichen Lösung entgegensteht.

Abschließend darf ich noch auf die Verkehrsdebatte im Bundestag verweisen, die das Verkehrsfinanzgesetz und auch das Straßenentlastungsgesetz betrifft. Wenn wir auch nicht unmittelbar damit zu tun haben, sollten wir doch schon aus der allgemeinen Problemstellung heraus uns überlegen, ob in unserem Lande die Bemühungen um eine gerechte Verkehrsordnung nicht doch noch intensiviert werden können. Das Verkehrsproblem erlangt von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung. Nicht nur Schiene und Straße sind von Wichtigkeit, sondern auch der Wasserweg wird ein gewichtiges Wort zu sagen haben. Schon im Vorjahre glaubten wir, dem Landtage eine Koordination aller Verkehrsträger empfehlen zu müssen, wie unser Nachbarland Baden-Württemberg sie hat. Wenn andere Bundesländer mit einer solchen Einrichtung gute Erfahrungen gemacht haben, sollten wir, wo alles darauf hindeutet, daß sich von Jahr zu Jahr die Notwendigkeit ergibt, den Verkehr zu intensivieren, aus den Erfahrungen der anderen Länder Nutzen ziehen, indem wir Überlegungen anstellen, wie uns die Vorteile der verkehrsgeographischen Eigenart unseres Landes zugute kommen können.

(Beifall vom ganzen Hause.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Heller von der Fraktion der CDU.

**Abg. Heller:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich kritisch den Einzelplan 08 hier behandeln soll, dann geschieht dies in der klaren Erkenntnis, daß die Tätigkeit des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr nicht nur auf dem rein wirtschaftlichen Sektor und in der Verkehrspolitik sich auswirkt, sondern daß es auch in der Aufsichtsführung über nachgeordnete Behörden verschiedenster Art ein umfassendes Aufgabengebiet besitzt.

Es ist nicht meine Absicht, mich mit diesem letzteren hier eingehend zu befassen. Ich erwähne es nur, um die Vielgestaltigkeit und damit die weitere Grundlage einer kritischen Beleuchtung anzudeuten.

Was uns vielmehr interessiert, ist die Form und Methode, in welcher das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr den Versuch unternommen hat, mit der Entwicklung des Wirtschaftslebens auch die verwaltungsseitig notwendigen Maßnahmen zu treffen, die für einen ordnungsgemäßen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens erforderlich waren.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet erscheint der vorgelegte Haushaltsplan eindeutig darauf abgestellt, verschiedene grundsätzliche Forderungen zu verwirklichen, um deren Realisierung bisher vielfach gerungen, aber noch in keinem einzigen Fall ein greifbares Resultat erzielt worden ist.

Diese Forderungen treten einmal als das Bestreben zutage, die Wirtschaft von den staatlichen Geldquellen auf den privaten Kapitalmarkt zu verlagern und

zum anderen die sozialen Belange innerhalb der Wirtschaft ebenso wie das Nachwuchsproblem zu fördern.

So erscheint es mir verständlich, wenn in den Beträgen für die Förderung der Wirtschaft nur noch im wesentlichen solche Aktionen berücksichtigt werden sollen und können, für welche der jetzige Kapitalmarkt nicht oder nur sehr schwer erreichbar ist.

Es ist erfreulich, daß für die Förderung des Handwerks wiederum ein wesentlicher Betrag eingesetzt worden ist und insbesondere in Verbindung mit der Kreditgarantiegemeinschaft auch Wege zur Erschließung des privaten Kapitalmarktes geöffnet wurden. Nicht unwesentlich dürfte auch die Tatsache sein, daß, wie wir durch den Berichterstatter erfahren haben, auch diesmal ein Betrag von 100 000 DM für die Handwerkskammern zur Verfügung gestellt worden ist, und daß man zur besonderen Schulung des Nachwuchses für den Hotelbau erneut Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Es liegt im Zuge der gleichen Entwicklung, wenn das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr durch die Preisüberwachungsstellen sich mit einer besonders intensiven Überprüfung der Besatzungsaufträge beschäftigt. Aus dem Etat ist ersichtlich, daß der für diesen Zweck ausgeworfene Betrag insgesamt 300 000 D-Mark erreicht und daß - das ist in den Erläuterungen dargelegt - sich diese Kosten im wesentlichen auf 20 Prüferkräfte verteilen, die mit besonderen Fachkenntnissen ausgestattet sind und daher auch die Gewähr für eine ordnungsgemäße Überprüfung bieten.

Wenn man überlegt, daß nach den bisher vorliegenden Mitteilungen mehrere Millionen DM bereits auf diese Weise erspart werden konnten, dann sehe ich auch in dieser zwar erhöhten Ausgabeposition doch eine notwendige Maßnahme zur Sicherung des Preisgefüges und des Wirtschaftslebens überhaupt.

Ich will es mir versagen, auf andere Tätigkeiten der Preisüberwachungsstellen und auf die vom Ministerium vorgenommene Umorganisation der Preisprüfungsstellen einzugehen. Wichtig erscheint mir nur die Tatsache, daß nach Pressemeldungen auch in unserem Lande, ebenso wie auf Bundesebene, Besprechungen mit den an der Preisgestaltung interessierten Kreisen stattgefunden haben, daß auch insbesondere die Frage des Brotpreises eingehend behandelt wurde, und daß bei der Umorganisation selbst in der Preisüberwachung keinerlei Abstriche erfolgten, sondern im Gegenteil eine Verstärkung vorgenommen wurde.

Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß trotz aller Schärfe, mit welcher die Behörden verschiedentlich einschreiten, das Problem der Preisab-sprachen noch nicht gelöst ist. Theoretisch zwar verboten, bilden sie praktisch dennoch oft genug die Grundlage für die Preisbildung. Die Gründe mögen zum Teil in der Unfähigkeit oder der mangelnden Erfahrung zur eigenen Kalkulation liegen; sie mögen aber auch in dem Bestreben zur Beseitigung von Konkurrenzen liegen. Auf alle Fälle erscheint es angebracht, wenn dieser praktisch einzigen Möglichkeit zum Einschreiten von seiten auch der Behörden stärkste Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ein solches Vorgehen würde sich auch auf das gesamte Vergabewesen günstig auswirken.

Ich kann als Kreishandwerksmeister mit Genugtuung feststellen, daß das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr schon längere Zeit einen Erlaß herausgegeben hat, in welchem es auch für das Vergabewesen die Vorprüfung durch fachkundige Kräfte vor der Erteilung des Auftrages dringend empfiehlt. Hier-

(Heiler)

durch soll ein Unterbieten in praktisch unmöglichen Preisen verhindert und eine qualitativ gute Arbeit gewährleistet werden.

Ich bin mir darüber klar, daß diesem Erlaß nicht immer Folge geleistet wird, kann aber hierin kein Versagen des Ministeriums erblicken, das ja keine Zwangsmittel zur Durchführung eines solchen, an andere Auftraggeber gerichteten Erlasses besitzt.

Meine Damen und Herren! Wenn hier Einzelpositionen behandelt werden sollten, so würde meine Stellungnahme zu dem vorliegenden Etat Sie über Gebühr in Anspruch nehmen, insbesondere, nachdem Sie heute schon verschiedene grundlegende Ausführungen gehört haben und auch mit wichtigem Zahlenmaterial bereits befaßt worden sind. Ich möchte deshalb nur noch ganz kurz auf das Problem der Straßenbauverwaltung eingehen.

Genau so, wie die Elektrifizierung der Bundesbahn einer schnelleren Erschließung der Verkehrswege dienen soll, hat unser Straßennetz die dringende Aufgabe, wirtschaftsfördernd zu wirken. Es genügt nicht, wenn die Landesregierung anerkennenswerterweise für Aufschlußarbeiten im Erzbergbau und im Kohlenbergbau Millionenbeträge zur Verfügung stellt, andererseits aber nicht in die Lage versetzt wird, die notwendigen Verbindungswege zwischen diesem stationär geförderten Wirtschaftsraum und den übrigen Gebieten herbeizuführen. Daher muß mit allem Nachdruck das Straßenbauproblem ins Auge gefaßt werden.

Hier allerdings sind gegenüber dem früheren Stand sehr wesentliche Fortschritte erreicht worden. In dem Etat des Ministeriums ist auf Seite 3 eine Übersicht über die gesamten Leistungen im Straßenbau gegeben, die für das Jahr 1953 mit 97,8 Millionen, für das Jahr 1954 mit 132,7 Millionen abschließt. Die Zahl für das Jahr 1955 kann nur insoweit angegeben werden, als sie sich aus dem Etat des Landes Rheinland-Pfalz selbst ergibt. Und hier sind wiederum wesentliche Ansätze gemacht, die im ordentlichen Etat mit 18 Millionen, im außerordentlichen Etat mit 27 Millionen einen ganz namhaften Beitrag zur Beseitigung der jetzt noch bestehenden Schwierigkeiten liefern. Hinzu kommen noch all die Beträge, welche über die Gemeindezuweisungen fließen, und all die Beträge, welche durch den Bund für den Ausbau seiner Straßen dem Lande zur Verfügung gestellt werden.

Somit wird für das Jahr 1955 das Gesamtvolumen das des Jahres 1954 wesentlich übersteigen, wobei allein aus Landesmitteln etwa 60 Millionen auf der eben angegebenen Grundlage zur Verfügung stehen.

Wir sind uns klar darüber, daß auch mit diesen Beträgen noch lange kein Idealzustand im Straßenbau herbeigeführt werden kann. Wir wissen auch, daß das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr ein großes Zehnjahresprogramm zur Verfügung hat, aus welchem jeweils nach Maßgabe der bewilligten Mittel weitere Bauvorhaben durchgeführt werden können. Dies alles ändert aber nichts an unserer grundsätzlichen Auffassung, daß mit großem Nachdruck auf eine Entlastung der Straßen hingewirkt und auf eine Koordinierung des Verkehrs überhaupt viel größerer Wert gelegt werden muß. Die zur Zeit in Bonn vorliegenden Verkehrsgesetze sollen zwar nach dieser Richtung einen Anfang bilden. Die Widerstände und Widersprüche aus den verschiedensten interessierten Kreisen lassen es aber schwerlich als annehmbar erscheinen, daß mit einer Realisierung dieser Gesetze im Sinne der Regierungsvorlage gerechnet werden kann. Wir dürfen die Landesregierung bitten, dieser Frage ihre

ganze Aufmerksamkeit zu widmen und je nach Ausgang der Gesetze im Bundestag oder Bundesrat die auf Landesebene noch möglichen Maßnahmen zu treffen, um für die Verkehrssicherheit eine Garantie, für den Straßenbau eine finanzielle Grundlage und für die Ausgestaltung der Gemeindewege eine praktische Hilfe zu schaffen.

Mir scheint aber auch bei dieser Betrachtung der Hinweis notwendig, daß dieses unheimlich gestiegene Bauvolumen den Stellenplan des Ministeriums und der Straßenbauverwaltung nur ganz unwesentlich beeinflusst hat. Dieselben Leute, die im Jahre 1949 ein Bauvolumen von 35,9 Millionen bearbeiteten, mußten bereits im Jahre 1952 ein solches von 68,6 Millionen erledigen. Ich habe darauf hingewiesen, daß dieselben Leute im Jahre 1954 132,7 Millionen bearbeiten mußten, und daß sie für das Jahr 1955 mit einem noch größeren Volumen bedacht werden.

Es scheint mir daher eine Pflicht der Gerechtigkeit zu sein, an dieser Stelle die Leistungen der Männer anzuerkennen, die sich mit Interesse und Fleiß, mit Ausdauer und Umsicht ihrer beruflichen Aufgabe gewidmet haben. Auch scheint mir, daß durch die im Ministerium vollzogene Umorganisation eine wesentliche Verbesserung im Ablauf der einzelnen Vorgänge sich abzeichnet.

Wenn daher die Fraktion der CDU dem vorliegenden Antrag ihre Zustimmung gibt, so tut sie es in dem Bewußtsein, die anlaufenden wirtschaftlichen Maßnahmen und die begonnenen technischen Vorhaben weiter zu unterstützen. Sie ist sich dabei bewußt, daß noch weitere Anstrengungen gemacht werden müssen, um allmählich die Struktur des Landes durch Ansiedlung gesunder Mittelbetriebe zu festigen und durch jedwede Förderung auch der mittelständischen Betriebe die Stabilität des Wirtschaftslebens zu sichern.

(Bravo-Rufe und Beifall im ganzen Hause.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Claus von der Fraktion der FDP.

**Abg. Claus:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über die Bedeutung des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr haben sich meine beiden Herren Vorredner bereits ausgelassen. Ich habe in der jetzigen Legislaturperiode auch jedes Mal aus Anlaß der Etatberatungen diese Bedeutung besonders hervorgehoben. Wenn ich mich recht entsinne, wurde noch vor zwei Jahren an dieser Bedeutung gezweifelt, aber die Entwicklung des Straßenwesens hat dem Ministerium eine größere Bedeutung gegeben, als es damals bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hatte.

Wenn der Herr Kollege Merz eben von der Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft für die Wirtschaft unseres Landes gesprochen hat, so möchte ich dem nur noch hinzufügen, daß wir uns auf Grund dieser sozialen Marktwirtschaft in einer im allgemeinen gesunden wirtschaftlichen Entwicklung befinden.

(Abg. Bauer: Das sagen Sie!)

- Das sage ich, jawohl! Ich habe gesagt: im allgemeinen - von Ausnahmen selbstverständlich abgesehen. - Aber was uns Sorge bereitet, sind die ständig wachsenden steuerlichen Belastungen dieser Wirtschaft und überhaupt die gesamten Belastungen der öffentlichen Hand. Hier muß nach unserer Auffassung die Regierung ein ganz besonderes Augenmerk der kleinen und

(Claus)

mittleren heimischen Wirtschaft widmen; sie darf nicht ausgesogen werden durch übermäßigen Steuerdruck und übermäßigen Druck der öffentlichen Hand.

Ein besonderes Kapitel in unserem Lande, das von beiden Herren Vorrednern dankenswerterweise angeschnitten wurde, ist die Entwicklung auf dem Bauparkt. Wir haben bei uns im Lande Rheinland-Pfalz eine derartige Konzentration von Baumaßnahmen, wie wir sie in keinem anderen deutschen Bundesland finden. Deshalb muß die Regierung der Preisbildung und vor allem dem Vergabewesen ein ganz besonderes Augenmerk widmen. Es ist dankbar anzuerkennen, daß hier vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr das Mögliche getan wurde, aber die Entwicklung, wie sie augenblicklich läuft, läßt vermuten, daß einzelne Stellen aus den getroffenen Vereinbarungen ausbrechen wollen, so daß es nicht zu einem Vergabewesen, sondern zu einem Vergabeunwesen kommt. Deshalb meine Bitte an den Herrn Ministerpräsidenten als Wirtschaftsminister, dieser Entwicklung ein ganz besonderes Augenmerk zu schenken, auch in der Richtung, daß die mittlere und kleine heimische Wirtschaft mehr als bisher berücksichtigt wird.

Die Wirtschaft will angesprochen und mit Auftragsblanketts bedacht werden. Ich hatte vorige Woche Gelegenheit, mit mehreren beachtlichen Unternehmern unseres Landes zu sprechen, die erklärten, daß sie bei Herausgabe von Auftragsblanketts einfach übergangen worden seien. Deshalb bitte ich Sie, dieser Entwicklung ein besonders Augenmerk zu widmen.

Bei der Abteilung „Verkehr“ möchte ich zwei Dinge herausgreifen, die auch bereits angesprochen worden sind; zunächst einmal das Problem „Rheinbrücken“! Mir scheint auf Grund der Vorstellungen, wie sie im Bundestag erhoben wurden, das Problem der Rheinbrücke bei Bingen-Rüdesheim deswegen im Vordergrund zu stehen, weil die Voraussetzungen für die Realisierung - nach meiner Auffassung - besser sind als beim Brückenprojekt Mainz-Süd - Weisenau und was sonst noch alles in Betracht gezogen wird. Herr Kollege Merz; wir haben damals im Wirtschafts- und Wiederaufbauausschuß, als das Brückenbauprojekt Ludwigshafen erörtert wurde, alle auf dem Standpunkt gestanden, daß diesem Projekt das Wort zu reden sei, aber es ist mangels Masse zur Zeit nicht möglich, das Projekt zu realisieren. Wenn aber die Landesregierung nun ihrerseits alle Möglichkeiten erwägt und wahrnimmt, um das Projekt Bingen-Rüdesheim zum Zuge kommen zu lassen, so wären wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, sehr dankbar.

Dann auch noch ein besonderer Dank für das Verständnis bei der Förderung der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Ludwigshafen - Remagen! Wenn hier von der Landesregierung nicht das notwendige Verständnis und die Unterstützung durch Hergabe der Anleihe an die Bundesbahn aufgebracht worden wäre, dann wären wir im Lande Rheinland-Pfalz bestimmt nicht mit der Elektrifizierung zum Zuge gekommen. Dank des Verständnisses der Landesregierung haben wir erreicht, daß die linksrheinische Strecke von Ludwigshafen bis Remagen vorab elektrifiziert wird. Es ist daher meines Erachtens durchaus angebracht, daß wir ihr dafür unseren besonderen Dank abstatten.

(Abg. Sassenroth: Hoffentlich aber auch die rechte Rheinseite!)

- Es fragt sich nur, wer zuerst drankommt. Die linke Rheinseite hat immer den Vorzug gehabt.

Nun zum Kapitel Straßenbau! Nach einer Zusammenstellung, die ich zu Gesicht bekam, betragen die

Gesamtleistungen des Landes im laufenden Rechnungsjahr 1954/55 etwa 50 Millionen DM. Die beabsichtigten Leistungen in diesem Jahr belaufen sich auf rund 65 Millionen DM. Meines Erachtens ist eine Leistung von 65 Millionen DM in diesem Jahr speziell für den Straßenbau von seiten des Landes wirklich die Grenze dessen, was das Land zu leisten imstande ist.

Die zu erwartenden Frostschäden sind im Haushalts- und Finanzausschuß ganz besonders hervorgehoben worden. Als ich heute morgen über den Hunsrück fuhr, mußte ich feststellen, daß die Frostschäden sich schon in einem ganz erheblichen Ausmaß bemerkbar machen. Hoffentlich ist es nicht so, daß der Haushalts- und Finanzausschuß eines Tages vor die Frage gestellt ist, nun noch weitere Mittel zu bewilligen, weil diese 3,5 Millionen DM nicht ausreichen.

Aber immerhin: das Verständnis im Haushalts- und Finanzausschuß zur Behebung dieser Schäden war sehr beachtlich, und er ist dankenswerterweise dafür eingetreten, daß diese 3,5 Millionen DM genehmigt wurden. Andererseits: diesen Gedankengängen, wie sie im Haushaltsausschuß in bezug auf die Vorlage eines Zehn-Jahres-Plans für Um-, Aus- und Erweiterungsbauten von Landstraßen I. Ordnung vorgebracht wurden, konnten wir uns nicht anschließen. Auch der Herr Finanzminister hat den Standpunkt vertreten, daß in Anbetracht der Entwicklung in Technik und Verkehr es ausgeschlossen sei, einen Zehn-Jahres-Plan in dieser Hinsicht aufzustellen, daß man in dieser Frage höchstens auf drei Jahre planen könne. Und so ist auch das Verkehrsministerium gebeten worden, in dieser Richtung zu planen; aber sehr beachtlich ist hierbei der Wunsch des Haushalts- und Finanzausschusses in Erscheinung getreten, keine Flickarbeit an den Landstraßen I. Ordnung mehr zu leisten, die sich lediglich sechs oder acht Monate lang bemerkbar macht und nachher doch diese ganze Arbeit ins Gegenteil umschlägt. Deshalb also keine Flickarbeit; denn die Löcher sind viel zu stark, sie werden weiter ausgefahren, der Schaden ist doppelt so groß, und die aufgewendeten Mittel sind nutzlos vertan. Wir haben dies gerade in den letzten Jahren wiederholt feststellen können.

In bezug auf die Neuklassifizierung der Straßen möchte ich bitten, Herr Staatssekretär Dr. Steinlein, daß es nicht so wird, daß die Kreise, die aus irgendwelchen Gründen bisher nicht in der Lage waren, den Großteil ihrer Gemeindestraßen als Landstraßen II. Ordnung auszubauen, auf Kosten der Kreise, die das in den letzten 10, 20, 30 Jahren getan haben, eine besondere Berücksichtigung finden, weil sie nicht von den vorhandenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben. Ich nehme an, Sie verstehen mich -, und deshalb möchte ich bitten, daß keine Straße vom Lande übernommen wird, die nicht den Anforderungen in bezug auf die Übernahme als Landstraße I. Ordnung genügt.

Dann, Herr Ministerpräsident, habe ich noch eine Bitte an Sie: beim Bund dahin zu wirken, daß wir als Land Rheinland-Pfalz in bezug auf die Mittelzuweisungen zur Erhaltung von Landstraßen, aber auch anderen Straßen - Reichsstraßen, vor allen Dingen Gemeindestraßen - mehr als bisher bedacht werden, das heißt mehr bedacht werden als mit der Quote, die auf das Land Rheinland-Pfalz entfällt. Denn wenn Sie sehen, wie die Straßen zerfahren werden, wenn Sie die kleinen Nebenstraßen im Hunsrück sehen - ich schätze, in der Pfalz und in der Eifel wird es genau so sein - die kaputtgefahren werden durch Dreißig- und Vierzigtonner-Lastzüge der alliierten Baumaßnahmen

- sie sind vielleicht gebaut für Zwei- und Dreitonner, aber nicht für derartige Belastungen -, sie werden völlig kaputtgefahren, dann erkennen Sie, daß es notwendig ist, daß der Bund viel mehr Mittel zuweist, als es bisher der Fall war. Deswegen meine Bitte an Sie.

Nun, meine Damen und Herren, die Bundesverkehrsgesetze. Eine abschließende Äußerung ist in dieser Frage leider bisher nicht möglich. Ich hoffe aber, daß diese Bundesverkehrsgesetze sich zum Segen und zum Wohle der Wirtschaft und damit aber auch zum Segen und zum Wohle des gesamten Volkes im Bundesgebiet auswirken werden.

(Bravo! im ganzen Hause.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pickel von der Fraktion der CDU.

**Abg. Pickel:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie nicht allzusehr zu langweilen.

(Zuruf von der SPD: Wir klatschen schon vorher!)

Ich habe mich den anerkennenden Worten meines Herrn Vorredners anzuschließen, die sich auf das Verkehrsministerium bezogen. Ich möchte aber auf die große Gefahr hinweisen, daß etwa die Verkehrsgesetze und das Nahverkehrsgesetz eine Industrie zerstören im Bims-Gebiet, die Sie ja kennen. Ich habe die Bitte, alles beim Bund zu unternehmen, daß bei der dritten Lesung möglichst noch Änderungen vorgenommen werden. Sie wissen, daß im Neuwieder Becken schon fünf große Firmen im Abwandern sind,

(Abg. Dr. Habighorst: Was?)

weil die Nahverkehrsbelastungen im Gebiet des Bekenens annähernd 20 Millionen DM neue Kosten ausmachen.

(Abg. Dr. Habighorst: Unerhört!)

Diese Kosten können von der Industrie nicht getragen werden.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß ein Mediziner nur seine Instrumente tragen kann,

(Heiterkeit.)

aber die Baustoffindustrie, von der Herr Kollege Claus eben gesprochen hat, wird noch eine Erhöhung der Produktion in Aussicht nehmen müssen, weil der Bedarf so groß ist.

Deshalb möchte ich dringend bitten, alles zu tun, was hinsichtlich einer Änderung an den Verkehrsgesetzen bezüglich der Beseitigung der Belastung durch Kosten, die durch das Nahverkehrsgesetz entstehen würden, getan werden kann.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Wolters:**

Ich darf dem Hohen Hause bekanntgeben, daß Herr Abgeordneter Pickel heute sein 72. Lebensjahr vollendet hat.

(Beifall im ganzen Hause.)

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Roth von der Fraktion der SPD.

**Abg. Roth:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr im Land Rheinland-Pfalz hat meines Wissens auch

andere Aufgaben, wenn auch nur mittelbar, mit dem Bundesverkehrsministerium zu erfüllen, nämlich die Schienenstrecken zu fördern. Und ich darf vielleicht diese Gelegenheit wahrnehmen, um auf eine Angelegenheit zurückzukommen, die zweifellos für einen Teil - den südlichsten Teil - unseres Landes große wirtschaftliche und darüber hinaus für das ganze Land und das Bundesgebiet auch politische Bedeutung hat.

Auf der Strecke Saarbrücken - Karlsruhe wurde im Jahre 1945 das zweite Gleis abgebaut. Seitdem ist der Verkehr wieder eingerichtet; er befindet sich aber in einem Zustand, der den Bedürfnissen nicht mehr Rechnung trägt. Hinzu kommt, daß vor wenigen Wochen und jetzt wieder vor einigen Tagen durch die Presse eine Verlautbarung ging - es war angeblich eine Verlautbarung des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz -, daß nicht daran zu denken sei, dieses zweite Gleis wieder auszubauen.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stelle, die diese Verlautbarung - auf eigene Verantwortung vielleicht - herausgegeben hat, irrt sich bestimmt hinsichtlich des Verkehrsbedürfnisses auf der Strecke Saarbrücken - Süddeutschland über Karlsruhe und hat meines Erachtens ihre Feststellungen von den seitherigen Begrenzungen - hervorgerufen durch den besonderen Zustand - hier vorgenommen. Ich darf deshalb bitten, daß das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr sich einmal die Situation dort ansieht. Einige Herren waren ja schon einmal dort in Zweibrücken und haben sich auch die Strecke angesehen, sie wurden auch überzeugt von der Notwendigkeit des Ausbaues des zweiten Gleises; aber gerade das Gegenteil von dem, was wir wünschten, ist daraus gefolgt, und das war die Feststellung: es wird kein zweites Gleis mehr angelegt. - Das war der eine Wunsch.

Ein anderer Wunsch, der zweifellos berechtigt ist und von allen anerkannt werden dürfte, ist die Beseitigung eines recht üblen Zustandes hinsichtlich der auf dieser Strecke fahrenden Personenwagen. Es darf ohne Übertreibung festgestellt werden, zwischen Zweibrücken und Pirmasens - Landau verkehren Wagen, die nirgendwo - soweit sie für den Personenverkehr in Frage kommen - mehr einrangiert werden. Ich glaube, der Herr Kollege Schuler - wir haben uns schon öfters darüber unterhalten - wird mir dies bestätigen.

(Abg. Schuler: Jawohl!)

Und wenn man die andere Strecke fährt - jenseits der Grenze -, wird man leider feststellen, daß es dort doch etwas anders ist. Die Züge, auch die Personenzüge - auch die Züge, die morgens um 4 und 6 Uhr, auf die es hauptsächlich ankommt -, die Arbeiter zwischen Saarbrücken und Zweibrücken und zwischen Zweibrücken und Homburg befördern, befinden sich in einem wesentlich besseren Zustand, und ich darf bitten, daß beim Bundesverkehrsministerium und bei der Bundesbahn durch das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr darauf hingewirkt wird, daß auch in dieser Beziehung nun endlich einmal eine Änderung eintritt. Ich glaube, wir haben dazu eine Berechtigung um so mehr, als gerade diese Verkehrsstrecke nach dem Saargebiet hingeht. Wenn sich alles das, was an politischen Ereignissen angedeutet und versprochen wurde, erfüllen würde, daß heißt, daß der wirtschaftliche Verkehr zwischen der Saar und Deutschland sich nun wieder verbessern werde, dann wäre gerade diese Strecke nach Süddeutschland - welche die Verbindung zwischen der dortigen metallverarbeitenden Industrie und der Roheisenindustrie des Saargebiets herstellt -

eine der wichtigsten Strecken. Ich bitte, besonders darauf zu achten und einmal eine Änderung herbeizuführen.

(Bravo! bei der SPD.)

**Präsident Wolters:**

Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Steinlein.

**Staatssekretär Dr. Steinlein:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich hier - wie der Herr Finanzminister - die Möglichkeit hätte, vor den Besprechungen und den Berichten über die Aufgaben des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr zu sprechen, dann hätte ich Ihnen die Programme dargelegt, die in wirtschaftspolitischer und in verkehrspolitischer Hinsicht für uns bestanden haben, zum Teil bereits realisiert worden sind, und ich hätte an Hand dieser Gegenüberstellung den Beweis dafür erbringen können, daß die Mittel, die Sie bisher für diesen Zweig unseres Wirtschaftslebens bewilligt haben, auch richtig verwandt worden sind. So will ich mich darauf beschränken, auf das einzugehen, was hier im Laufe der Diskussion zur Sprache kam, und ich glaube, am ehesten dieser Aufgabe gerecht zu werden, wenn ich mit dem Schluß beginne, mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Roth, weil sie in das Problem der Verkehrspolitik unmittelbar hinein führen und mir Anlaß geben, unser Verkehrsprogramm, das für dieses letzte Jahr aufgestellt worden war, Ihnen kurz darzulegen.

Es war geplant - und deshalb kann Herr Roth zufrieden sein -: der Bau der früher projektierten Autobahn Landstuhl - Trier, der Bau der Autobahn Herdorf - Siegen, die Weiterführung der Autobahn Kaiserslautern - Saarbrücken, die Neuverlegung des zweiten in der Nachkriegszeit demontierten Gleises der Strecke Zweibrücken - Karlsruhe und gegebenenfalls deren Elektrifizierung. Mit diesen Aufgaben haben wir uns eingehend befaßt. Als Erfolge in bezug auf den Bau der Autobahnen sind zu nennen: Abschluß der Besprechungen bei der Bundesregierung, daß die Autobahn von Montabaur bis Koblenz geführt, dort die Brücke bei Bendorf in Angriff genommen und dann die Autobahn weiter nach der Pfalz geführt werden soll. Ergebnis der Besprechungen mit der Bundesbahn: Die Nachricht der Presse, daß diese Strecke nicht gebaut werde, stammt nicht vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, und wir haben uns bereits dagegen gewandt; wir sind mitten in den Verhandlungen drin, und diese Nachricht hat wesentlich gestört.

Wir haben sie aufgegriffen und werden die Angelegenheit weiter verfolgen.

(Beifall des Hauses.)

Dasselbe gilt für die Elektrifizierung der eben erwähnten Strecken. Sie wissen, daß die linksrheinischen Strecken abgeschlossen sind und daß bezüglich der angeschlossenen Strecken die Verhandlungen bereits begonnen haben. Das im einzelnen zu erörtern, würde zu weit führen. Es wird genügen, wenn ich Ihnen sage, daß wir im Begriff sind, das gesamte Netz der Elektrifizierung zuzuführen, die in drei bis vier Jahren abgeschlossen sein soll.

(Unverständlicher Zuruf.)

- Nein! Ich möchte hier jetzt keine technische Debatte heraufbeschwören. Das sind die Nachrichten, wie sie mir gegeben worden sind.

(Frau Abg. Dr. Gantenberg: Wir begrüßen diesen Optimismus!)

Es kommt ja auch darauf an, wie schnell die Mittel gegeben werden.

Meine Damen und Herren! Es paßt in diesen Rahmen hinein, wenn ich hier besonders hervorhebe, daß das Land auch für die Wiederinstandsetzung der Lahnschleuse von sich aus den Betrag von einer Million DM zur Verfügung gestellt hat, die damit - ebenso wie der Ausbau des Hafens Ludwigshafen - mit großen Beträgen gefördert wird. Es liegt dies im Zug der Entwicklung unseres Verkehrsprogramms, und wir hoffen, daß auch auf diesem Wege Verkehrswege erschlossen und Wirtschaftsmöglichkeiten weiter gefördert werden können.

Diese meine Ausführungen mögen zum Problem des Straßenbaues genügen. Ich will auf die hier gemachten Ausführungen, daß technisch noch vieles verbessert werden müßte, nicht weiter eingehen, denn ich glaube, daß alle, die hier in diesem Hohen Hause versammelt sind, sich über die Schwierigkeiten ebenso klar sind wie über die Größe der Aufgaben, die vor uns liegen und für die die Verantwortung jeder einzelne zu tragen hat. Ich darf aber doch lobend hervorheben, daß für dieses Jahr 1955 einschließlich der Zuteilungen, die für die Gemeinden gegeben werden, immerhin etwa 55 Millionen DM Landesmittel für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden; ein Betrag, der sich gegenüber den bisherigen Beträgen doch sehen lassen kann. Das ist eine Tatsache, die jedem Mut geben muß, der vor der Schwierigkeit der Aufgabe am Anfang stand, der heute diese Entwicklung sieht und der in Zukunft auch weiterhin die Verantwortung tragen will.

Wenn bei dem Thema Straßenbau auch darauf hingewiesen wird, daß die Verkehrsgesetze von seiten der Landesregierung unterstützt werden sollen, daß aber auf der anderen Seite auch die Belange der Wirtschaft - insbesondere einzelner Wirtschaftszweige wie zum Beispiel der Bimsindustrie - gewahrt werden müssen, so darf ich darauf hinweisen, daß mit allen diesen Wirtschaftsgruppen Besprechungen geführt worden sind. Mit der Bimsindustrie, die in Schwierigkeiten geraten könnte und die die Unterstützung der Landesregierung dringend erbittet, sind Verhandlungen für morgen früh vorgesehen. Wir versuchen, mit diesen Herren dann eine Übereinstimmung zu erzielen, die dann die Haltung der Landesregierung wesentlich mitbestimmen wird. Soviel zur Frage der Verkehrspolitik.

In der Wirtschaftspolitik sind hier im wesentlichen zwei Probleme in den Vordergrund gestellt worden: Erstens die Frage der Preissteigerungen, zweitens die Frage der Kreditsituation. Die Frage der Preissteigerungen ist schon sehr oft behandelt worden. Es würde den Rahmen dieser Ausführungen sprengen, wenn ich diese Frage hier im einzelnen erörtern würde, die allgemein die ganze Wirtschaftspolitik der Bundesregierung berührt und dort auch in den zuständigen Gremien behandelt worden ist. Auch in unserer eigenen Hauptwirtschaftskammer wurde diese Frage mehrfach besprochen, und sie bildete in einer eigens eingesetzten Preiskommission mehrfach den Gegenstand der Verhandlungen. Mir liegt das Handelsblatt vom 14. März vor, in dem die Gesellschaft für Konsumforschung in ihrem Februarbericht zu der Preisgestaltung Stellung nimmt. Dort steht:

Bei den Preisen der gängigen Konsumgüter sind sowohl Erhöhungen wie auch Abschlüge vorgekommen. Teurer wurden Nahrungsmittel wie Kartoffeln und Gemüse, Artikel des Hausrates - besonders auf Metallbasis -, aber auch Papierwaren und Versicherungstarife. Auf der Seite des Preis-



(Staatssekretär Dr. Steinlein)

rückganges finden wir Artikel, wie Fleisch, Speck, Schmalz, Eier, verschiedene Textilwaren, Kaffee usw.

Sie sehen also, daß da ein Auf und Ab im Gange ist und daß das im einzelnen alles abgewogen werden muß, um festzustellen, ob in Wirklichkeit summa summarum eine Verteuerung eingetreten ist.

Aber es ist richtig, daß heute verschiedene Zweige unseres Wirtschaftslebens - besonders mittlere Betriebe - daran krankten, daß sie durch einen Mangel an Geld oder durch eine falsche Disposition - indem sie ihre Betriebsmittel zu Investitionen verwandten - in Schwierigkeiten geraten sind, und daß auf der anderen Seite die Kredithergabe unter Bedingungen erfolgt, die für diese Betriebe gar nicht tragbar sind. Immer wieder tritt dieses Problem an uns heran, und immer wieder muß im Einzelfall darauf hingewirkt werden, daß eine tragbare Lösung gefunden wird. Mittel sind unsere Verhandlungen, Mittel sind die Zusicherungen von Zinsverbilligungen, Mittel sind auch die Kreditgarantiegemeinschaften, die wir besonders für das Handwerk gegründet haben, damit hier diejenigen Betriebe, die an den Kapitalmarkt nicht herankommen, eine Möglichkeit finden, sich zu sanieren oder zum mindesten zu konsolidieren.

Es kann deshalb aber nicht gesagt werden - wie es einer der Herren Vorredner getan hat -, daß die Wirtschaftskonjunktur nun nicht allen zugute komme. Meine Damen und Herren! Wenn in unserem Lande in einem Jahr 200 000 Arbeitskräfte mehr eingesetzt werden konnten - das sind über 24 v. H., über 18 v. H. im Bund -, dann ist das doch ein Erfolg, der allen zugute kommt, denn diese Leute haben Familie, und von diesen sind wiederum andere abhängig, und so ist das Gesamtgefüge doch wesentlich durch den Aufstieg der Wirtschaft gefördert worden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wenn damit gemeint war, daß einzelne größere Vorteile von diesem Wirtschaftsaufschwung erzielen, so mag das richtig sein; das darf aber nicht dazu führen, den Zusammenhang zu verkennen und zu übersehen, daß der eben geschilderte Tatbestand - nämlich die zusätzliche Einstellung von über 200 000 Arbeitskräften - auch ein Erfolg ist, der sich doch in seiner Gesamtheit auswirkt. Und in diesem Erfolg liegt auch das Vertrauen begründet, das die Betriebe dann zeigen, wenn sie sich zur Kreditaufnahme entschließen. Meine Damen und Herren! Wir haben einen Fall zu verzeichnen, in dem mehrere Betriebe zur Kreditaufnahme angesprochen wurden. Aber nur drei Betriebe sagten: Wir nehmen den Kredit, denn wir haben das Vertrauen zur Zukunft, daß wir diesen Kredit auch verdauen können, daß unsere Wirtschaft sich beleben wird. Die anderen Betriebe scheuten dieses Risiko. Es

kommt also auch darauf an, wie der einzelne sich zu dieser Frage persönlich und in seinem wirtschaftlichen Gebaren einstellt und nicht darauf allein, wie die Sache staatlich dirigiert wird.

Es erscheint mir angebracht, in diesem Zusammenhang auch einmal darauf hinzuweisen, daß die staatlich gegebenen Mittel für die Wirtschaftsförderung wesentliche Erfolge erzielt haben. In der „Staats-Zeitung“ habe ich die einzelnen Zahlen darüber mitgeteilt; ich will Sie deshalb hier nicht noch einmal damit behelligen. Eines aber muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, nämlich, daß ohne diese staatliche Förderung und ohne den Beistand, den der Staat notleidenden Erwerbszweigen zukommen läßt, bei der Struktur unseres Landes unser Wirtschaftsleben nicht die Stabilität zeigen würde, die zur Zeit gegeben ist. Man spricht von den Bauten, man spricht von den zusammengeballten Aufträgen der Besatzungsmacht, und man glaubt, das sei der Grund unseres Aufstieges. Der beste Beweis dafür, daß das nicht der alleinige Grund ist, ist der Umstand, daß der Produktivitätsindex bei uns wesentlich höher liegt als in allen anderen Ländern der Bundesrepublik, mit anderen Worten, daß bei uns pro Arbeitsstunde mehr geschafft wird als in den anderen Ländern der gesamten Bundesrepublik. Die Grundlage für diese stabile und aufwärts gehende Entwicklung stellen die gesunden Mittelbetriebe dar, von denen wir bei uns über tausend angesiedelt haben. Wir wollen hoffen, daß sich unsere Bemühungen in dieser Form auch in der Zukunft segensreich auswirken.

(Beifall des Hauses.)

#### Präsident Wolters:

Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich komme zur Abstimmung. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache IL/1047. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung! -

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

(Heiterkeit und Beifall im Hause.)

Ich rufe auf Kapitel 01, - 02, - 03, - 04, - 05, - 06, - 07 und 08. Wer dem Haushaltsplan 08 in zweiter Beratung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! -

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

(Beifall im Hause.)

Meine Damen und Herren! Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf morgen früh 9.30 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19.36 Uhr.